

Fachkonferenz Umwelt

Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft



Protokoll

**Fachkonferenz
Umwelt
der Gewerkschaft Gartenbau,
Land- und Forstwirtschaft
25. bis 27. März 1994
im Bildungszentrum
Götzer Berge**



Protokoll

Fachkonferenz Umwelt

**Gewerkschaft Gartenbau,
Land- und Forstwirtschaft
vom 25. März bis 27. März 1994
im Bildungszentrum Götzer Berge,**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Ablaufplan	3 - 4
2. 1. Tag	5 - 27
3. 2. Tag	28 - 51
4. Arbeitsgruppen	51 - 52
5. 3. Tag	53 - 74
6. Havel-Resolution	75 - 76
8. Gästeliste	77 - 78

Fachkonferenz Umwelt

der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
vom 25. März bis 27. März 1994
im Bildungszentrum Götzer Berge,
Bergstraße 1, 14778 Götz, Tel.: 033207/2520

Themenschwerpunkte:

Warum ist die GGLF die Umweltgewerkschaft?
Wo liegt der qualitative Unterschied zu anderen Einzelgewerkschaften in Sachen Umwelt?
Welche Handlungsmöglichkeiten zeigt die GGLF in Sachen Umwelt auf betrieblicher, gewerkschaftlicher, regionaler und Landesebene auf?
Welche Schwerpunkte hat die GGLF in der nächsten Zeit in Sachen Umwelt umzusetzen?
Wie sollen diese Schwerpunkte und Inhalte umgesetzt werden?

Programm:

Freitag, den 25. 3. 1994

16.00 Uhr Anreise (Kaffee und Kuchen sind bereitgestellt)

17.00 Uhr **Eröffnung: Eva-Maria Pfeil**

Stellv. Vorsitzende der GGLF

Podiumsdiskussion

"Die großen Versager in der Umweltpolitik?

Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften" mit

Prof. Dr. Lutz Wicke

(konnte nicht erscheinen)

Staatssekretär beim Senat der Stadt Berlin

Edgar Gärtner

Ökologe, Kommunikationsberater, Leitender Redakteur des WWF-Journals

Wilhelm Bode, Ltd.Min.R.

Landesbeauftragter für Klimaschutz und ökologische Wirtschaftspolitik im Saarland

Dr. Harald Streit

Mitglied der Bundesfachgruppe Forstbeamte und -angestellte der GGLF

Andreas König

Umweltberater der ÖTV Brandenburg

Bernd Heins

IG Chemie-Papier-Keramik

Dr. Dietmar Edler

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Dr. Matthias Freude

Leiter der Landesanstalt für Großschutzgebiete im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung

Moderation:

Wolfgang Florack

Mitglied der Bundesfachgruppe Forstbeamte und -angestellte der GGLF und

Friedrich-Wilhelm Georg

Geschäftsführer Naturschutzzentrum Hessen

20.00 Uhr Abendessen

Samstag, den 26. 3. 1994

08.00 Uhr Frühstück

09.00 Uhr **Hans-Joachim Wilms**
Vorsitzender der GGLF:

"GGLF - die Umweltgewerkschaft ?"

Edgar Gärtner:

"Gewerkschaft und Umweltschutz"

Dr. Bernd Schütt
Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden
Abteilung Bundesvorsitzender, zuständig für Grundsatzfragen:

"Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen, gewerkschaftliche
Einflußnahme"

12.00 Uhr Mittagessen

13.00 Uhr Exkursion zum geplanten Großprojekt "Ausbau der Havel"

15.00 Uhr Arbeitsgruppen zu den Themen

- Umwelt und Arbeit
- Umwelt und Geld
- Umwelt und Wissenschaft
- Umwelt und Struktur- und Standortpolitik
- Umwelt planen und gestalten

18.00 Uhr Abendessen

19.30 - 21.00 Ewald Müller, Mitarbeiter der Niedersächsischen Forstverwaltung:
Lichtbildervortrag zum Thema "Gewässer - Abwasser - Landschaft -
Kosten und Möglichkeiten für Berufsangehörige des Agrarbereiches"
mit anschließender Diskussion

Sonntag, den 27. 3. 1994

9.00 - 11.30 Darlegung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen und
Abschlußdiskussion

Moderation:

Prof. Dr. Peter Sauer

11.45 Uhr Zusammenfassung der Ergebnisse: **Eva-Maria Pfeil**

12.00 Uhr Mittagessen
anschließend Abreise

**Protokoll der Fachkonferenz Umwelt
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
vom 25. März bis 27. März 1994 im Bildungszentrum Götzer Berge**

1. Tag

Eva-Maria Pfeil (Eröffnung)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, auch im Namen des Vorsitzenden der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, des Kollegen Hans-Joachim Wilms, möchte ich Euch recht herzlich zur Fachkonferenz Umwelt der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft begrüßen. Hajo Wilms ist heute in Bonn zu einem Gespräch bei der SPD-Fraktion. Er wird heute nacht hier anreisen und morgen dann an unserer Konferenz teilnehmen. Ich hoffe, es ist kein schlechtes Zeichen, daß es draußen regnet, daß also „der Himmel weint“, wenn die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft eine Umwelt-Konferenz durchführt. Ich freue mich, daß die Kolleginnen und Kollegen aus allen Bundesländern hier zahlreich angereist sind und daß ich heute hier zwei Drittel aus den alten und ein Drittel aus den neuen Bundesländern begrüßen kann. Und ich hoffe und wünsche natürlich, daß die Kollegen, die uns signalisiert haben daß sie noch im Stau stehen, auch noch Götzer Berge, unseren Tagungsort, erreichen.

Ich glaube, Menschen, die sich für die Umwelt einsetzen, die müssen schon einen starken Charakter haben, und ich hoffe, Ihr bringt auch einen starken Charakter mit, so daß wir hier drei Tage über das Thema Umwelt und Naturschutz diskutieren können. In der Kürze der Zeit nach dem Gewerkschaftstag haben wir diese Konferenz vorbereitet, und ich möchte Euch auch gleich sagen, daß dieses sicherlich nicht profimäßig erledigt wurde. Aber wir haben den guten Willen gezeigt und wollten etwas für unsere Umwelt tun. Und ich glaube, die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft fordert, auch hier Zeichen zu setzen.

Ich selbst - das wissen viele von Euch - bin seit dem letzten Gewerkschaftstag für den Bereich Umwelt und Forstpolitik zuständig. Ich sage es Euch ganz ehrlich: Ich betrachte mich auch in Sachen Umwelt und Naturschutz noch als Lernende, doch ich habe den festen Willen, hier in unserer Gewerkschaft etwas zu bewegen. Und deshalb

auch diese Umwelt-Konferenz, die heute hier stattfindet.

Wenn wir etwas für unsere Nachwelt tun wollen, dann wird es höchste Zeit, daß wir Positionen beziehen. Ihr habt es in unseren Unterlagen zur Vorbereitung der Umwelt-Konferenz gelesen: Wir wollen uns hier in diesen drei Tagen auseinandersetzen und wollen Position beziehen zu "ist denn die GGLF nun eigentlich die Umweltgewerkschaft?". Wir haben ein Fragezeichen dahintergesetzt und wollen diese Frage beantworten. Wir wollen die qualitativen Unterschiede zu den anderen Einzelgewerkschaften in Sachen Umwelt herausarbeiten. Wir wollen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen im Betrieb, innerhalb unserer Gewerkschaft, in der Region, im Land und auch beim Bund. Wir wollen die Schwerpunkte und Inhalte der Umweltaarbeit festlegen, und natürlich sind hier auch Hinweise, Meinungen und Gedanken unserer Kolleginnen und Kollegen gefragt dazu, wie es denn innerhalb unserer Gewerkschaft weitergehen soll. Dazu haben wir Euch einen Fragebogen auf den Platz gelegt mit der Bitte, ihn auszufüllen. Für mich ist es sehr wichtig zu wissen, welcher Kollege oder welche Kollegin interessiert sich für dieses oder jenes Fachgebiet und wer ist für uns - sozusagen - eine gute Unterstützung?

Ich freue mich auch, daß wir heute zu unserer Konferenz Kolleginnen und Kollegen aus anderen Einzelgewerkschaften begrüßen können und auch vom DGB. Deshalb möchte ich den Kollegen Reiner Meister vom DGB hier besonders herzlich begrüßen. Dann die Kolleginnen und Kollegen von der IG BSE: Die Kollegen Dr. Bernd Schütt, - er hat ja vorn schon im Präsidium Platz genommen -, die Kollegin Karin Enders, den Kollegen Dr. Jürgen Hoffmann und die Kollegin Dr. Monika Glapski. Dann freue ich mich auch, daß der Kollege Bernd Heins von der IG Chemic-Papier-Keramik ebenfalls unserer Einladung gefolgt ist. Er hat bereits hier vorn im Präsidium Platz genommen. Deshalb freuen wir uns ganz besonders auch über seine Anwesenheit.

Und ich möchte Euch auch sagen, daß wir Götzer Berge als Tagungsort gewählt haben, das hat auch

einen bestimmten Hintergrund. Wir dachten, so eine Umwelt-Konferenz mitten in der Natur, wo man drei Tage so richtig in Ruhe und Abgeschiedenheit beraten kann, ist eine gute Sache. Für viele war es sicher auch ganz umständlich, Götzer Berge zu finden. Wer das erste Mal hierher kommt, der findet den Weg nicht so einfach, aber da es ja auch die Bildungsstätte unserer Gewerkschaft ist, glauben wir, daß - ist der Weg erst mal gefunden, man das nächste Mal auch gerne wieder hierher kommt.

Ich wünsche unserer Konferenz einen guten Erfolg und hoffe natürlich, daß wir hier in diesen drei Tagen gute Ideen und Gedanken für unsere eigene Gewerkschaftsarbeit haben.

Ihr habt gesehen, wir haben auf die Plätze Informationsmaterial gelegt und dazu eine große grüne Tasche. Wir hoffen natürlich, daß das ganze Material, das hinten und vorn in den Räumen ausgelegt ist, von Euch mitgenommen wird, und wir hoffen natürlich auch, daß dieses Material dann unter unseren Mitgliedern verbreitet wird.

So, das war's zur Begrüßung, und jetzt komme ich dazu, die Podiumsdiskussion zu eröffnen.

Ich habe vorhin gesagt, wir sind nun mal noch nicht so profilhaft, wir haben noch vieles improvisiert, und so ist es auch mit unserer Podiumsdiskussion. Ich verrate Euch auch kein Geheimnis, wenn ich sage, daß es sehr kompliziert war, Gäste fürs Podium außerhalb unserer Gewerkschaft zu gewinnen. Gerade Experten aus Wirtschaft und Politik, sind nicht einfach bereit, auch mit den Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen, um über Fragen von Umwelt und Naturschutz zu sprechen. Wir haben viele Absagen erhalten, aber haben dennoch Kollegen gewonnen, die sich bereit erklärt haben, hier auf dem Podium Platz zu nehmen. Und diese Gäste möchte ich ganz herzlich begrüßen. Die Moderation der Podiumsdiskussion wird übernommen von den Kollegen Wolfgang Florack, Mitglied der GGLF, Vorsitzender der Landesfachgruppe und Mitglied der Bundesfachgruppe Forstbeamte und -angestellte Niedersachsen, und Friedrich-Wilhelm Georg, ebenfalls Mitglied unserer Gewerkschaft und Geschäftsführer des Naturschutzzentrums Hessen. Weiter vorstellen möchte ich den Kollegen Edgar Gärtner, der auf dem Podium Platz genommen hat, den Kollegen Dr. Harald Streitz, den Kollegen Bernd Heins, den Kollegen Dr. Dietmar Edler und den Kollegen Dr. Bernd Schütt. Jetzt möchte ich das Wort dem Kollegen Wolfgang Florack übergeben.

Wolfgang Florack

Gut, dann wollen wir es mal so probieren. Also, ich bzw. wir beide hier, der Kollege Georg und ich, haben die Moderation übernommen, sollen also die Diskussion leiten. Wir haben uns gedacht, daß wir vielleicht doch etwas über die kurze Vorstellung der Gäste durch die Kollegin Pfeil hinaus - insbesondere von Herrn Dr. Edler und von Edgar Gärt-

ner - etwas genauer erfahren, welche Institutionen sie vertreten und wie sie zur Thematik eingebunden sind. Das gleiche gilt natürlich für die Kollegen von hier aus links - dem Gewerkschaftsflügel, möchte ich einmal sagen. Vielleicht sagen Sie, Herr Dr. Edler, noch einmal, welches Institut sie vertreten und welche Aufgaben Sie dort wahrnehmen.

Dr. Dietmar Edler

Mein Name ist Dietmar Edler, ich komme vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung aus Berlin. Wir - unter uns - sagen, es gibt fünf große Wirtschaftsforschungsinstitute, und wir sind eines von diesen fünf. Wir sind in der Öffentlichkeit bekannt durch Konjunkturdiagnosen und andere allgemein-wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen. Das Institut selber hat so gut 200 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, ist also relativ groß, und deckt demnach ein breites Spektrum ab. Ich selbst bin in der Abteilung Industrie und Technologie tätig. Darüber werden Sie sich wundern, denn, was hat nun das wieder mit Umweltschutz zu tun.

Bei uns ist Umweltschutz als Querschnittsaufgabe durch verschiedenen Fachabteilungen verteilt. Wir haben also keine einzelnen Experten für Umweltschutzfragen, sondern glauben, daß Umweltschutzprobleme Querschnittsprobleme sind. Wir haben so zum Beispiel in unserer Abteilung Verkehr, in unserer Abteilung Bergbau und Energie, in der Abteilung der ich angehöre und auch in anderen Abteilungen noch Kollegen, die sich besonders mit umweltökonomischen Fragen befassen. Aktuell könnte ich für dieses Podium unter anderem dadurch interessant sein, daß wir vor einiger Zeit eine doch recht vielbeachtete Studie gemacht haben über die möglichen Beschäftigungswirkungen von Umweltschutz in der Bundesrepublik, in Ost- und Westdeutschland heute und bis zum Jahr 2000. Falls die Diskussion darauf kommt, könnte ich dazu einige grobe Ergebnisse einbringen.

Und ansonsten bitte ich bei der Diskussion immer zu bedenken, daß ich Ökonom bin und kein Ökologe. Was mich als Ökonomen besonders interessiert, ist z.B. das Zusammenspiel von wünschbarem Umweltschutz - sagen wir mal - aus einem ökologischen Motiv heraus und ökonomischen Wirkungsmechanismen. Man kann das auch Zwänge nennen, jedenfalls Regelungsmechanismen, wie man die beiden zusammen betrachten kann.

Wolfgang Florack

Vielen Dank, Herr Edler. Es gibt ja, wenn ich das so richtig verfolgt habe, in der Szene der Wirtschaftsforschungsinstitute so gewisse Zuordnungen, mehr wirtschaftsorientiert. Oder wie ist Ihr Institut einzuordnen? Wie finanzieren Sie sich?, so sage ich mal., damit man sich irgendwie vielleicht

auch - so sage ich das mal offen hier - klar darüber werden kann, ob Sie der Vertreter der Wirtschaft sind. Können wir Sie so sehen? Oder wie ist Ihre Rolle hier?

Dr. Dietmar Edler

Nein. Es gibt ja ein Institut der Deutschen Wirtschaft, das unmittelbar dem BDI untersteht und das - so sagen wir mal - die Öffentlichkeitsarbeit auf etwas gehobenem Niveau für die Industrie macht. Wir selber sind ein unabhängiges Forschungsinstitut und ein eingetragener Verein. Darauf legen wir auch großen Wert. Es ist allerdings so, daß wir ungefähr 60 Prozent unserer Mittel, die wir ausgeben können, aus einer institutionellen Förderung bekommen. Das heißt, das Bundeswirtschaftsministerium und das Land Berlin (als Sitzland) finanzieren einen größeren Teil unseres Etats fix, und den Rest müssen wir uns eben in Konkurrenz mit vielen anderen mit Gutachtengeschäften verdienen. Da unterscheiden wir uns aber auch nicht von den anderen vier großen Instituten.

Das DIW wird ja immer so ein bißchen - in seinen wirtschaftspolitischen Aussagen - als gewerkschaftsnah charakterisiert. Ich will dem nicht widersprechen, aber ich muß sagen, das ist nur zu sehen aus unseren inhaltlichen und theoretischen Überlegungen heraus insofern, als daß es vielleicht hier und da Punkte gibt, die wir ähnlich sehen wie die Gewerkschaften. Aber wir sehen uns - wie die anderen Institute auch - als unabhängiges Institut und sind manchmal in unseren Politikempfehlungen näher angesiedelt bei den Gewerkschaften.

Wolfgang Florack

Gut, schönen Dank.

Herr Gärtner, wenn Sie bitte nochmal etwas genauer Auskunft geben zu Ihrer Person und zu Ihrem Tun.

Edgar Gärtner

Ja, ich bin von Hause aus Biologe, habe mich etwas spezialisiert - im Rahmen meines Studiums - auf Mittelmeer-Ökologie, habe besonders gearbeitet an der Problematik der Tropenwälder und glaube etwas zu verstehen von Wald und von Streßbedingungen allgemein. Ich habe eine Zeit lang im universitären Bereich gearbeitet, sowohl Forschung als auch zum Teil Lehraufgaben übernommen und bin nach und nach zu 100 Prozent in der Publizistik gelandet. Ich habe etwa 12 Jahre lang in Frankreich gelebt und gearbeitet, dementsprechend bin ich sehr stark geprägt natürlich von einer Sichtweise, die nicht immer mit der deutschen übereinstimmt. Ich bin seit Ende 1988 wieder in Deutschland, habe in Frankfurt den Informationsdienst "Ökologische Briefe" gegründet, mitaufgebaut, dort etwa 4 Jahre lang gearbeitet bis Ende 1992 und habe mich dann selbständig gemacht.

Ich arbeite jetzt den größten Teil meiner Zeit für die Umweltstiftung WWF Deutschland. WWF-Deutschland ist praktisch ein Kunde von mir. Ich bin demnach nicht als Vertreter des WWF hier. Daneben arbeite ich noch für andere Kunden, die können unter Umständen Industriefirmen sein, wenn sie etwas im Umweltbereich machen, und das können auch Gewerkschaften sein oder manchmal öffentliche Institutionen.

Wolfgang Florack

Schönen Dank Herr Gärtner.

Zum Gewerkschaftsflügel: Kollege Heins, bitte schön. - IG Chemie - Wenn Du bitte mal sagst, was Du da für eine umweltpolitische, gewerkschaftspolitische Rolle spielst?

Bernd Heins

Mein Name ist Bernd Heins, ich bin Leiter der Abteilung Umweltpolitik beim Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik. Ich bin also derjenige, der die Umweltpolitik dieser IG Chemie mitbestimmt, und von daher sicherlich ein interessanter Gesprächspartner für Euch heute. Ich bin Jurist und Politologe und gehöre der IG Chemie hauptamtlich seit 2 Jahren an.

Wolfgang Florack

Ja, schönen Dank.

Und Kollege Schütt von der IG BSE, der Kooperationsgewerkschaft der GGLF. Bitte schön.

Dr. Bernd Schütt

Ja, ich arbeite seit 10 Jahren für die IG Bau-Steine-Erden und leite dort die Abteilung Grundsatzfragen. Man muß dazu sagen: Ich bin der Leiter und auch mein Mitarbeiter, damit jeder eine Vorstellung bekommt darüber, wie erschöpfend riesig so ein Laden ist.

Mein Arbeitsfeld reicht von Umweltpolitik bis - sage ich mal - zur Bau-Gewerkschaft 2000, von der Humanisierung bis zur Entwicklung der Bauwirtschaft, ist also sehr vielfältig gestrickt, und ich denke, ich bin - vielleicht gar nicht so hochgegriffen - der Vater des Programmes "Bauen und Umwelt" der IG Bau, und insofern kann man auch schon datieren, seit wann es Umweltschutz in der IG Bau, Steine, Erden, gibt.

Wolfgang Florack

Danke, Harald Streitz?

Dr. Harald Streitz

Ja, mein Name ist Harald Streitz. Ich bin Mitglied der Fachgruppe Hessen im Landesvorstand und seit einiger Zeit auch im Bundesvorstand unserer Fachgruppe. Ich war zunächst Forstamtsleiter bei der Hessischen Landesforstverwaltung und bin von da aus zur Stadt Wiesbaden gegangen, also zu einem kommunalen Forstamt, zu dem aber ein

Weingut gehört und eine untere Naturschutzbehörde. In einem Stadtkreis und auch durch die Betreuung der Landwirtschaft im Stadtkreis und bei der unteren Naturschutzbehörde fallen natürlich sehr viele Konflikte an mit den Bereichen Landschaftspflege, Städteplanung, Raumordnung, die ja in den nächsten beiden Tagen bei unserer Diskussion sicher auch eine wichtige Rolle spielen werden.

Wolfgang Florack

Vielen Dank. - Kollege Georg?

Friedrich-Wilhelm Georg

Kolleginnen und Kollegen, ich will mich auch kurz vorstellen. Ich bin von Beruf Förster, ich war 20 Jahre im Revierleiterdienst, und seit 20 Jahren bin ich hauptberuflich im Naturschutz tätig als Geschäftsführer des Naturschutzzentrums Hessen, das ich aufgebaut habe. Ich bin daneben auch 30 Jahre im ehrenamtlichen Naturschutz in verschiedenen Verbänden aktiv, aber im weitesten Sinne im Bereich Naturschutz.

In der Gewerkschaft GLF habe ich angefangen 1958 oder 1959 als Nachwuchsvertreter, war dann stellvertretender Fachgruppenvorsitzender und viele Jahre und auch jetzt noch im Ausschuß für Wirtschaft und Umwelt beim DGB-Landesbezirk Hessen-Rheinland-Pfalz.

Wolfgang Florack

Ja, schönen Dank.

Dann will ich selbst auch noch etwas zu mir sagen. Ich wurde schon vorgestellt als Mitglied der Bundesfachgruppe Forstbeamte und -angestellte. Ich bin deswegen automatisch Mitglied des Vorstandes der Bundesfachgruppe, weil ich in Niedersachsen der Vorsitzende der Fachgruppe Forstbeamte und -angestellte bin. Seit einigen Jahren engagiere ich mich ehrenamtlich aktiv im Naturschutz, habe die BUND-Kreisgruppe mitgegründet, als das damals Mitte der 70er Jahre losging. Ich bin von daher nicht nur forstlich orientiert - der Holzhacker und Hirschjäger -, sondern richte meinen Blick schon seit langer Zeit immer raus in den übrigen Bereich der Forst- bzw. auch der Umweltpolitik.

Arbeit und Umwelt, eigentlich ein klassisches Thema für die Gewerkschaften, aktuell und in aller politischen Munde. Arbeit und Umwelt! Ich komme aus Niedersachsen: wir haben gerade einen Wahlkampf gehabt, der zumindest auf dem Papier geprägt war von Arbeit und Umwelt, aber letzten Endes - unterm Strich, wenn man die Wahlanalysen selbst richtig interpretiert - war es doch ein Wahlkampf, der gewonnen wurde vom Amtsinhaber mit dem Thema Arbeit. Und für uns in Niedersachsen stellt sich auch die Frage, inwieweit kommt die Umwelt dabei unter die Räder. Sicher, aus den verständlichen Gründen der augenblicklichen Wirtschaftslage mit der Massenarbeitslosigkeit nichts Ungewöhnliches, aber ich denke mal,

die hier im Saale sitzen - und wir wollen ja auch gerade dieses Spannungsfeld Arbeit und Umwelt hier diskutieren und in den nächsten Tagen abarbeiten -, besteht doch sicher ein großes Interesse auch an der Frage, wie lassen sich Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen.

Ein Aspekt dabei ist ja immer, daß gesagt wird. Umweltschutz bringt Arbeitsplätze. Da muß man sicher genauer hinschauen, was das für Arbeitsplätze sind. Sind das Reparaturarbeitsplätze, oder sind das Arbeitsplätze, die entstehen, weil man schon im Vorwege länger nachgedacht hat, um eine umweltverträgliche Lösung für irgendein anderes Projekt, das gebraucht wird, zu finden?

Ich möchte Sie bitten Herr Edler, auf das einzugehen, was Sie eingangs schon mal kurz erwähnten, daß Sie eine Untersuchung diesbezüglich angestellt haben. Vielleicht würden Sie hierzu mal Ihre Forschungsergebnisse kurz vorstellen?

Dr. Dietmar Edler

Wir haben diese Studie im Auftrag des Bundesumweltamtes gemacht und die Fragestellung war einmal eine Bestandsaufnahme darüber, wieviel Leute arbeiten zur Zeit oder ein bißchen zurück (bis 1990) in der Bundesrepublik für den Umweltschutz. Dort haben wir herausbekommen, daß jetzt - grob gesprochen - in Westdeutschland 550.000 Beschäftigte im weiteren Sinne für den Umweltschutz arbeiten. Man muß dabei bedenken, wie diese Zahl zustandekommt.

Wir unterscheiden einmal zwischen Leuten, die unmittelbar für den Umweltschutz arbeiten. Das sind zum Beispiel sicher Förster, wenn man dann Naturschutz zum Umweltschutz zählt. Ich muß Ihnen sagen daß die amtliche Definition, was eigentlich Umweltschutz ist, natürlich noch offen ist, und vielleicht können wir da auch nochmal drauf kommen. Ebenfalls dazu gehören - mal einfache Beispiele - Leute, die für die Abfallentsorgung arbeiten, bei den Stadtwerken zum Beispiel. Das sind Leute, die unmittelbar Umweltschutzaufgaben wahrnehmen.

Wir haben dann eben noch versucht zu ermitteln, wieviel Leute dadurch in anderen Bereichen der Wirtschaft Arbeitsplätze finden, daß Umweltschutzgüter angefragt werden. Sie wissen ja, daß Umweltschutz sowohl mit Investitionen wie auch mit Sach- und Personalaufwendungen im Gefolge dieser Investitionen verbunden ist. Diese Größen, diese Nachfragegrößen nach Umweltschutzgütern haben dann auch wieder Folgeeffekte in anderen Sektoren. Also, vielleicht mal - wenn wir bei Bau, Steine, Erde bleiben - wenn es eine Baunachfrage gibt - und Umweltschutz ist noch sehr viel Bau-, dann gibt es sozusagen natürlich nicht nur die Leute, die jetzt ganz konkret meinerwegen eine Kläranlage bauen. Für diese Kläranlage arbeiten indirekt auch noch die Leute, die z.B. Zement herstellen oder eben Naturstein brechen usw. Also alle die, die für den Umweltschutz oder die da-

durch Beschäftigung finden, daß Umweltschutzgüter nachgefragt werden. Die haben wir alle dazu gezählt, und so kommen wir auf die 550.000.

In Ostdeutschland ist die Ermittlung im Moment sehr schwierig. Wir haben gemeint, daß es z.Z. mindestens 130.000 Beschäftigte sind, davon allerdings 60.000 ABM-Kräfte im Jahre 1991, also keine Dauerarbeitsplätze.

Ich will es jetzt nicht zu weit ausführen, aber vielleicht kann ich doch noch ein paar Worte mehr sagen: Die für uns eigentlich spannendere Frage war, wie kann es bis zum Jahre 2000 weitergehen? Sie wissen ja, Prognosen sind immer schwierig, besonders wenn es sich um die Zukunft handelt. Die Wissenschaftler helfen sich immer damit, daß sie Szenarien entwickeln, also mögliche denkbare Entwicklungen. Wir haben auch mehrere Szenarien entwickelt. Wir haben ein Szenario genauer analysiert, das wir "Fortsetzung der bisherigen Trends in der Umweltpolitik" genannt haben, und haben dann - aufgrund von Bedarfsschätzungen aus verschiedenen Bereichen - überlegt, welche Umweltschutzbeschäftigten unmittelbar und auch wiederum wieviel Umweltschutznachfrage man bis zum Jahre 2000 erwarten kann für Ost- und West-Deutschland getrennt. Man kommt ungefähr auf eine Größenordnung, wenn man eben diesem Trend-Szenario folgt, daß es dann im Jahre 2000 rund 1,1 Millionen Personen sind, die direkt und indirekt für den Umweltschutz arbeiten insgesamt in Deutschland.

Davon arbeiten - nach unseren Überlegungen rund 340.000 in Ostdeutschland - das sind 5 - 6 % der Beschäftigten -, während die 780.000 in West-Deutschland nur rund 2,5 % der Beschäftigten ausmachen. Man sieht also: Umweltschutz hat in Ostdeutschland auf absehbare Zeit ein höheres Gewicht.

Da spielt der große Nachholbedarf - Stichwort „Altlastensanierung“ - eine große Rolle, aber nicht nur Altlasten, sondern auch in den „kostenträchtigen“ Bereichen wie Abwasserentsorgung ist dort noch sehr viel zu leisten.

Für uns Ökonomen stellt sich - vielleicht zum Abschluß - die spannende Frage nicht allein danach, wieviele Leute für den Umweltschutz arbeiten. Es stellt sich vor allem auch die Frage danach, ob man durch eine Fortsetzung der Umweltpolitik entsprechend dieser Trendüberlegungen, die wir dort angestellt haben, per Saldo in der Wirtschaft mehr oder weniger Beschäftigung erwarten kann. Unser Ergebnis war, daß unter den Annahmen, die wir analysiert haben, es tatsächlich so ist, daß durch eine Fortsetzung der bisherigen Umweltpolitik rund 180.000 zusätzliche Arbeitsplätze per Saldo geschaffen werden können.

Vorausgesetzt wurde eine Situation, daß man sozusagen schlagartig im Jahre 1991 oder 1992 gesagt hätte, wir lassen alle Umweltschutzmaßnahmen nur noch auf dem bisherigen Niveau laufen - das haben wir "Status quo" - genannt. Diese trendmäßige Fortschreibung der Umweltpolitik wäre einer

Situation gleichgekommen, in der nichts Zusätzliches für den Umweltschutz getan wird.

So könnte man auch die Quintessenz daraus ableiten, daß ein Mehr an Umweltschutz per Saldo auch zu mehr Beschäftigung in der Volkswirtschaft führen würde. Und das ist an sich als Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses doch ein befriedigendes Ergebnis erst recht unter dem Aspekt, daß Umweltschutz - eingebunden in die Begriffe „Umwelt und Arbeit“ - eben oft noch pauschal unter den Schlagworten Jobkiller oder Jobknüller diskutiert wird. Ich glaube, unser Ergebnis hat gezeigt, daß Umweltschutz sicher kein Jobkiller ist, aber er ist natürlich auch nicht der Jobknüller, der uns alleine von Millionen Arbeitslosen runterhelfen könnte. Da darf man sich auch keine Illusionen machen.

Wolfgang Florack

Schönen Dank. Dazu jetzt noch eine Frage zu der Kritik aus Wirtschaftskreisen, daß die hohen Umweltauflagen, die Genehmigungsverfahren in ihrer Kompliziertheit das Wirtschaftswachstum bremsen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze unterm Strich eben behindern würden. Diese Prophezeiung ist also nach Ihren Feststellungen nicht richtig?

Dr. Dietmar Edler

Diese Prophezeiung halten wir nach den Ergebnissen unserer Studien nicht für richtig. Wir haben aber auch - zum Beispiel - ein Szenario "forcierten Umweltschutzes" mal grob analysiert. - In diesem Zusammenhang kann man sich natürlich auch eine Fortentwicklung der Umweltpolitik denken, die der Wirtschaft per Saldo schadet.

Wir haben also sozusagen keinen „Persilschein“ ausgestellt. Wir haben Untersuchungen angestellt innerhalb vernünftiger Rahmenbedingungen.

Man muß natürlich auch sehen, daß die Situation anders ist, bei einer voll- oder unterausgelasteten Wirtschaft. Wenn wir Vollbeschäftigung hätten, wären die Verdrängungseffekte - wir nennen das crowding out -, also das Hinausdrängen natürlich unter Umständen größer.

Wir haben eine zweite Studie gemacht in dieser unseligen Standortdebatte, die ja im Moment sehr in Mode ist, und dort haben wir auch Umweltschutz als Standort untersucht. Das grobe Ergebnis, wenn ich dazu auch kurz nochmal referieren darf, ist sicher so, daß die Bundesrepublik im internationalen Maßstab in vielen Bereichen strenge Umweltschutzanforderungen hat. Es gibt sicher einige Branchen, die davon nicht gerade profitieren. Aber in der Summe auf die Volkswirtschaft betrachtet, sehen wir keine Gefahr für den Industriestandort Bundesrepublik durch die bisherige Umweltpolitik.

Man muß einfach auch bedenken, daß Deutschland mittlerweile das erfolgreichste Land im Export von Umweltschutzgütern ist. Die Bundesrepublik hat

mittlerweile einen Anteil von über 20 Prozent auf dem Weltmarkt für Umweltschutzgüter. Die Ökonomen sagen, das ist der Vorteil einer frühen "early home demand", also der Vorteil von strengen Auflagen und großen Anpassungserfordernissen für die Wirtschaft. Das führt, wenn die anderen Länder dann nachziehen - dazu, daß die deutschen Produzenten dann oft schon eine anspruchsvolle Technik entwickelt haben. Die ersten Filteranlagen zur Rauchgasentschwefelung mußten noch importiert werden bzw. mit japanischen Lizenzen gebaut werden, und heute ist Deutschland zum Beispiel auf diesem Gebiet Weltmarktführer.

Zuruf aus dem Plenum:

Wobei die Japaner mit deutschen Erfindungen gearbeitet haben, die hier nicht ausgenutzt wurden.

Friedrich-Wilhelm Georg

Ja, Herr Dr. Edler, die Bilanz fällt ja an und für sich gar nicht so schlecht aus, wenn man an die Arbeitsplätze denkt, die auch bei wachsendem Umweltschutz entstehen könnten.

Aber mal abgesehen davon, der Kollege Florack hat ja auch die politische Frage gestellt nach dem Umweltschutz. Und Sie hatten auch anklingen lassen die Frage, ob wir uns wirtschaftlich den Umweltschutz leisten können? Kann das eigentlich eine Alternative sein, selbst wenn die Bilanz schlechter wäre, daß wir sagen können Arbeitsplätze oder Umweltschutz? Ist nicht langfristig gesehen, ökonomisch gesehen ein bestimmtes Maß an Umweltschutz unerlässlich?

Dr. Dietmar Edler

Ja, unsere Studie beginnt mit den Worten, daß "der Schutz der Umwelt ein eigenständiges Ziel ist" und daß "Vollbeschäftigung auch ein eigenes Ziel ist" und daß man sich hüten sollte, zwei eigenständige Ziele zu verknüpfen, weil man sich dann in eine Situation bringen könnte, in der zum Beispiel das eine Ziel nicht mehr im Vordergrund steht und man deshalb zum Beispiel weniger Umweltschutz betreibt.

Aber man muß natürlich bedenken, daß wir jetzt in einer Situation leben, in der ein großes Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt besteht. Da ist natürlich - finde ich jedenfalls - ein wesentliches Argument, daß man durch mehr Umweltschutz per Saldo mehr Beschäftigung schaffen kann. Aber ich bin im Prinzip auch der Meinung, man sollte Umweltschutz in erster Linie aus Umweltschutzzwecken machen. Als Ökonom muß ich aber immer im Blick haben, was das für die Wirtschaft insgesamt bedeutet.

Ich meine, der Schaden ist immer groß. Auch bei dem vorhin angesprochenen Programm der IG Bau-Steine-Erden "Arbeit und Umwelt" gibt es eine etwas zurückliegende Diskussion, dieses zu verknüpfen. Das hat natürlich auch viel für sich.

Aber, wenn ich Ökologe wäre, würde ich immer darauf bestehen, daß ich Umweltschutz mache, um die Umwelt zu schützen, und nicht in erster Linie, um Umweltschutz und Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn beides zusammenkommt, hat sicher niemand was dagegen.

Wolfgang Florack

Herr Gärtner, hier möchte ich Sie ansprechen als den Ökologen. Reicht das bisher Gesagte denn aus? Und ist diese - auch aus Gewerkschaftssicht - ganz positive Bilanz, daß man da auch irgendwo Arbeitsplätze sieht und daß diese bösen Umweltauflagen nicht so gravierend sind. Wie sehen Sie das? Mal konkret auf den Bereich Naturschutz bezogen: Können wir so weitermachen wie bisher? Ist die Natur gut geschützt vor weiteren Expansionen unseres wirtschaftlichen Handelns? Wie sehen Sie es?

Edgar Gärtner

Ja, das ist für mich auf der einen Seite eine einfache Frage. Aber bei etwas eingehender Überlegung entpuppt sich das als eine relativ schwierige Frage, weil erstmal diskutiert und definiert werden müßte, was bzw. welche Natur man überhaupt schützen möchte, weil der Naturbegriff in der öffentlichen Diskussion in einer unpräzisen Weise verwandt wird. Anscheinend ist einem alles klar, aber in Wirklichkeit ist gar nichts klar. Es ist nicht klar, welche Natur man eigentlich schützen möchte. Und diese gesellschaftliche Diskussion, die eigentlich notwendig wäre darüber, welche Natur man eben schützen möchte, die ist noch nicht gelaufen bei uns. Man tut wirklich so, als wäre alles klar. Auch der Umweltbegriff, den ich persönlich zum Beispiel kaum noch verwende, der ist noch unpräziser, noch schwammiger als der Naturbegriff. Nach den theoretischen Definitionen gerade aus der Biologie hat diese mit dem Umweltbegriff gearbeitet. Da ist der aber so definiert, daß praktisch ein lebendiges System seine Umwelt selbst definiert. Und wenn man das im Hinterkopf hat und sich dann zum Beispiel fragt, was macht denn eigentlich die Umweltbewegung, wenn sie einen vom System definierten Begriff verteidigt gegen das System.

Irgendwo beißt sich dann doch die Katze in den Schwanz. Ich denke, ich als Kommunikationsfachmann fange immer erstmal an ein bißchen aufzuräumen mit der Sprache, dann sehen wir auch ein bißchen klarer, was wir am Ende eigentlich wollen. Was heißt eigentlich „Ökologie betreiben“?

Da gibt es für mich zwei wichtige, also zwei wesentliche Bereiche: Der eine Bereich ist der Bereich "die Artenvielfalt bewahren", wenn das überhaupt geht. Das ist die wichtigste Aufgabe überhaupt, sie steht nicht im Zentrum der Debatte bei uns. Bei uns wird zur Zeit über Mülltrennung usw. diskutiert. Artenvielfalt kommt mal hin und wieder





vor, ist jedoch nicht das Thema Nummer 1, müßte es jedoch - meiner Meinung nach - sein.

Die zweite Aufgabe betrifft die Reduktion der Stoffströme, also des Stoffaustausches zwischen der menschlichen Gesellschaft und der außermenschlichen Natur, also viel weniger Input, stofflichen Input insgesamt in der Gesellschaft zu erreichen und darüber auch im Endeffekt weniger Output in Form von Abfällen zu erreichen. Es gibt ja eine neue Untersuchung darüber, die ich Ihnen empfehlen möchte, aus dem Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie. Da ist wurde ein neuer Indikator entwickelt, der nennt sich MIPS. Das bedeutet Materialintensität pro Serviceeinheit. Das ist ein wichtiger Indikator, finde ich.

Da wird erstmal die Giftigkeit untersucht. Dann, wieviel Stoff eigentlich in eine bestimmte Ware oder Dienstleistung eingeht. Und man erlebt oft Überraschungen. Da wird irgendwo ein Produkt angeboten, das ein Kilo wiegt, für das aber im Endeffekt Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Kilo Masse auf dem Planeten bewegt werden müssen, es herzustellen.

Die beiden Bereiche "Artenvielfalt bewahren", "Stoffflüsse reduzieren" das sind die Aufgaben.

Bei uns ist diese Aufgabe außerordentlich groß. Wenn wir - weltweit - allen etwa das gleiche Recht an stofflichem Input sozusagen zugestehen würden, dann müßten wir unseren stofflichen Input insgesamt um etwa den Faktor 16 reduzieren hier in Deutschland. Das ist eine gewaltige Aufgabe, aber die Fachleute - die Techniker und die Ingenieure - behaupten, daß sie vom Technischen durchaus machbar wäre. Man kann bestimmte menschliche Bedürfnisse mit Dienstleistungen befriedigen, die insgesamt sehr viel weniger stofflichen Input verlangen.

Die Aufgabe "Artenvielfalt bewahren" ist vielen bekannt. Deutschland steht in puncto Naturschutzgebiete sehr schlecht da. Seltsamerweise hat sich unser Status durch das Hinzukommen der neuen Bundesländer hier auf einen Schlag sehr verbessert. Die neuen Bundesländer haben eben nicht nur Chemicallasten gebracht, sondern - glücklicherweise - eben auch noch sehr intakte Gebiete vor allem hier im Land Brandenburg.

Aber ich möchte behaupten, wir haben - global gesehen auf ganz Deutschland - einen großen Rückstand in der Ausweisung von Gebieten mit dem Ziel des Artenschutzes, die im Grunde genommen aus der herkömmlichen menschlichen Nutzung vollständig herausgenommen werden müssen.

Das hat auch zum Beispiel Auswirkungen auf die Wirtschaft, das könnten wir auch diskutieren. Im Grunde genommen wird immer noch viel zu viel Wald bewirtschaftet. Man darf nicht nur über nachhaltige Waldwirtschaft diskutieren, man muß auch darüber diskutieren, wieviel Wald man überhaupt bewirtschaften möchte und wieviel man eventuell aus der Wirtschaft rausnehmen muß, um

die Artenschutzaufgaben zu erledigen. Das ist die eine Seite.

Ich könnte jetzt nochmal die finanzielle Seite anführen.

Es gibt ja die Auffassung, es gehe dem Umweltschutz an den Kragen, weil überall Kosten reduziert werden müßten. Ich glaube die großen Rückstände in unserer Umweltpolitik, die sind nicht finanziell verursacht.

Wir haben in der Vergangenheit sogar in Einzelfällen Milliarden zum Fenster rausgeworfen. Ich möchte nur mal erinnern an die sogenannte Großfeuerungsanlageordnung. Die ist gemacht worden aufgrund einer sehr unglücklichen Diskussion über die sogenannten neuen Waldschäden. Man hat sich irgendwie darauf versteift, für diese Schäden sozusagen einen einzigen Schuldigen dingfest zu machen. Man hat also Milliarden - genau genommen waren es, glaube ich, 27 Milliarden Mark - ausgegeben für die Entschwefelung von Großkraftwerken. Heute ist dieses Programm abgewickelt, die Milliarden sind ausgegeben, und man kann im nachhinein sagen, daß es dem Wald höchstwahrscheinlich überhaupt nichts genützt hat, weil das Schwefeldioxyd nicht die Hauptursache dieser Schäden war. Und andere Ursachen wurden damals aus der Diskussion hinausgedrängt. Es wäre also durchaus wünschenswert gewesen, man hätte nicht alles auf eine Karte gesetzt. Man hätte unter Umständen mit sehr viel weniger Geld mehr erreichen können. Ich denke, man muß sich davon lösen zu sagen, daß der Umweltschutz in erster Linie eine Geldfrage sei. Es ist erstmal die Frage, wo das Geld wirklich hinfließt, glaube ich.

Wolfgang Florack

Schönen Dank Herr Gärtner.

Jetzt vielleicht nochmal zu unserem Bereich bzw. zu unseren Zuständigkeiten: Wie ist denn so die Rolle der Landwirtschaft heute im Hinblick auf Artenvielfalt und Umweltbelastung? Können sie dazu vielleicht auch ein kurzes Statement abgeben?

Edgar Gärtner

Ja, es gibt einen Konsens bei allen Naturschutzfachleuten darüber, daß die Landwirtschaft mit Abstand die Hauptursache des Artenschwundes bei uns ist. Ich glaube, darüber braucht man gar nicht mehr zu diskutieren. Wenn man Artenschutz betreibt, muß man bei der Landwirtschaft anfangen. Man weiß auch, warum die Landwirtschaft zur Hauptursache des Artenschwundes geworden ist. Die Landwirtschaft war ja - erstaunlicherweise - historisch gesehen ein Faktor, der die Artenvielfalt in Europa förderte. Über lange Jahrhunderte hat die Landwirtschaft eine Artenzunahme bewirkt, es sind Landschaften entstanden, steppenartige Landschaften, die es vorher in Europa, das dicht bewaldet war, eben nicht gab, wo eine Menge von Pflanzen- und Tierarten eingewandert sind, die es vorher hier auch nicht gab. Die Artenvielfalt ist über

Jahrhunderte erst einmal gestiegen. Seit einigen Jahrzehnten geht sie ganz rapide zurück. Ursachen sind Überdüngung an allererster Stelle als Hauptursache für Artenschwund überhaupt, glaube ich. Überdüngung ist auch gleichzeitig mittlerweile als Hauptfaktor der Waldschäden erkannt worden und nicht zufällig. Darüber muß man diskutieren.

Andere Faktoren sind Pestizide, Einsatz schwerer Maschinen, weil die eben zur Bodenvernichtung führen und andere. Ich könnte noch ein paar Faktoren aufzeigen, aber den Faktor der Überdüngung würde ich an aller vorderster Stelle bei der folgenden Diskussion berücksichtigen. Diese ist ja auch im Rahmen der GGLF-Arbeit (und in anderen Gewerkschaften zum Teil) angelaufen mit Blick auf die Strategie, in Zukunft Umweltprobleme anzugehen, indem man auf sogenannte nachwachsende Rohstoffe setzt. Mit dem Ziel des Artenschutzes, sehe ich das erstmal grundsätzlich unvereinbar und bin sehr skeptisch gegenüber diesen Ansätzen. Wir können Artenschutz nur betreiben, indem man wirklich Intensivierung von Landwirtschaft zurückfährt und eben ganz anders arbeitet. Und dann wird man kein Land mehr haben bei uns, um noch irgendwo nachwachsende Rohstoffe zu produzieren.

Wolfgang Florack

Schönen Dank.

Mich würde mal interessieren - vielleicht mal an einem kleinen Handzeichen zu zeigen! -, wer ist denn hier aus dem Bereich der Landwirtschaft? Überwiegend. Immer das gleiche Problem bei uns: Förster, Forstbereich im Vordergrund Bitte schön. Das nur mal am Rande.

Friedrich-Wilhelm Georg

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, am Podium hat sich eine Lücke geschlossen dadurch, daß Herr Dr. Freude in der Zwischenzeit eingetroffen ist, der wahrscheinlich auch durch einen Stau aufgehalten wurde. Er ist Leiter der Landesanstalt für Großschutzgebiete im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung und besonders anzusprechen - so steht hier in Klammern - zu ABM und zu 149 H-Maßnahmen im Bereich Umwelt und Naturschutz.

Herr Dr. Freude, ich darf Sie sehr herzlich hier in dieser Runde begrüßen. Wir haben oder Kollege Florack hat die Frage aufgeworfen nach der Niedersachsenwahl. Wie steht es mit Umweltschutz und Arbeitsplätzen? Und Herr Dr. Edler hat über seine Studie berichtet. Ich vereinfache das jetzt: In Einschätzung der Trends des Umweltschutzes bis zum Jahre 2000 könnte sich dieser auch positiv in der Arbeitsplatzbilanz auswirken. Aber Sie sind ja, so wie Sie angekündigt sind, Fachmann auch auf diesem Gebiet, und es wird uns schon mal interessieren, wie Sie die konkreten Möglichkeiten zusätzlicher Arbeitsplätze auch in dem angesprochenen Bereich einschätzen.

Dr. Matthias Freude

Ja, meine Damen und Herren, wenn man zu spät kommt, gehört es sich einfach, daß man eine Ausrede hat, die beste Ausrede ist Stau. Ich gebe diese Ausrede also hiermit zu Protokoll. Ich hatte übrigens einen der interessantesten Staus meines Lebens. Wenn es heute irgendwann mal Langeweile gibt, erzähle ich es gerne; es war sehr lehrreich. Es war lehrreich aus evolutionsbiologischer, verhaltenswissenschaftlicher und was weiß ich alles für Hinsicht. Hiermit habe ich auch gleich gesagt, welche Ausbildung ich habe. Ich habe mal Zoologie, Verhaltens-Ökologie - da habe ich auch meinen Abschluß - und dann auch ein bißchen Landwirtschaft gelernt. Außerdem komme ich aus einer landwirtschaftlichen Familie.

Drei Sätze noch zu meinem Background. Ich bin einer von den vier Leuten, gelernter „Ossi“, die damals im DDR-Ministerium in den letzten Monaten das Nationalpark-Programm auf die Beine gestellt haben. Wir vier haben 11 Prozent der Landesfläche - zumindest einstweilen - gesichert. Dies ist vielen von Ihnen bekannt, dem einen mehr oder weniger freundlich, dem anderen mehr oder weniger unfreundlich in Erinnerung. Wir werden das zu diskutieren haben.

Ich soll Ihnen einen schönen Gruß vom Minister sagen. Er hat mich gerade losgeschickt, er sollte nämlich und wollte eigentlich selbst hierherkommen. Aber wer es mitverfolgt hat: Es ist ja nun echt spannend in Brandenburg. Nun ja. Irgendwie wird es ausgehen, vielleicht wird es so ausgehen, daß ich mich in vier Wochen bereits beim Kollegen Edwin Zimmermann, sprich seines Zeichens Land- und Forstwirtschaftsminister wiederfinde, wir werden sehen.

Ich bin angesprochen worden auf Arbeitsplätze. Ich weiß zwar nicht, wem ich diese Ehre verdanke, ich tue es dann halt trotzdem, obwohl ich natürlich viel lieber über Pflanzen und Tierchen sprechen würde und darüber, was die Landwirtschaft schädlich aber auch nützlich dazu beitragen kann. Und es ist gerade an meiner rechten Seite gesagt worden, das ist natürlich der Ansatzpunkt, genauso wie im Forst. Nein, zum Thema Arbeitsplätze:

Meine Damen und Herren, ich will nicht sagen, wieviel tausend Arbeitsplätze - es sind nur 46.000, das habe ich zumindest aus meiner Zeit bei Minister Töpfer mitgenommen - der Umweltschutz in diesem und im vergangenen Jahr geschaffen hat. Es ist mir viel zu grob. Ich will beim praktischen Beispiel bleiben, das was wir nämlich machen und gemacht haben. Naturschutz, Landschaftspflege, Naturschutz ...

Landschaftspflege, das ist ja ein Standbein, was kommen wird. Es wird so sicher kommen wie das Amen in der Kirche. Sie wissen vielleicht, hier in Brandenburg haben wir 84 Prozent der Landesfläche - landwirtschaftliche Nutzfläche -, die sich in Zukunft nicht mehr intensiv bewirtschaften lassen wird. Es ist einfach nicht drin auf 18er oder auf

25/28er-Böden. Was machen wir damit? Wir haben ein großes Wort geprägt "Brandenburger Weg extensiv" und, und, und, und. Das muß alles unteretzt werden mit Geldern, von mir aus mit Fördermitteln oder wie auch immer und natürlich auch mit Arbeitsplätzen, und da ist die Frage, wie macht man es denn, die ganze Geschichte? Und wir haben - es ist in Absprache mit dem Landwirtschaftsministerium geschehen - gesagt, wir picken uns ein paar Flächen in diesem Lande raus. Da schreibt man irgendein Etikett drüber, zum Beispiel "Biosphären-Reservat" oder "Naturpark" und probieren dann mal, wie es denn gehen könnte.

Sie wissen, wie knapp die öffentlichen Kassen sind, und Brandenburg ist wahrscheinlich das zweitärmste Land in Deutschland. Ohne Zuschüsse, die da vom Bund kommen, dreht sich leider nicht sehr viel. Und glauben Sie mir, diese ABM-Geschichten (249 h) wären mir auch sehr viel lieber, wenn es wären feste Arbeitsplätze wären. Das können wir vergessen die nächsten Jahre. Und das sagt mir mein Haushälter sehr sehr deutlich und zwar mehrmals im Monat.

Und wir haben uns über diese Hilfskrücken geholfen. Und ich gerade bei den Vorbereitungen dieser Diskussion heute abend haben wir durchzählen lassen: In den Großschutzgebieten Brandenburg sind mittlerweile 580 in ABM und AFG-Maßnahmen tätig. Wie sinnvoll das im Einzelfall ist, sei dahingestellt.

Und ich sage Ihnen auch, das ist sehr, sehr viel Arbeit - auch die sinnvolle Betreuung -, um da wirklich Vorwärtsweisendes auf die Beine zu bringen. Viele von Ihnen werden vielleicht einmal gehört haben vom "Naturwart". Das ging ja lange durch die Medienwelt. Wir haben knapp 200, und wir haben es auch geschafft, fast 30 in feste Stellen zu überführen. Das finde ich einen riesigen Erfolg. Da haben wir 900 Stunden Ausbildung reingesteckt. Ich habe selbst einen großen Teil der Prüfungen abgenommen, und ich muß sagen, es hat mir Spaß gemacht. Da sind fast 200 Leute, die was gelernt haben und die eine Menge gelernt haben, die manche Sachen gelernt haben, die ich mir im Studium gewünscht hätte mitzukriegen. Und so gesehen war das ein nicht nur kleiner Erfolg, das war ein Bombenerfolg dieser Geschichte.

Mit anderen Sachen sind wir nicht ganz so gut gelandet, aber vielleicht noch Beispiele:

Wir haben Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften gegründet auch über ABM. AFG. Hier haben Bauern ihre z.B. 300 Extensivrinder, die wir ihnen irgendwann einmal gekauft haben (das war noch zur seligen Töpfer-Zeit), irgendwo einmal in die Schorfheide hingestellt, und mittlerweile sind daraus 4.700 geworden. Das war ein Schneeballeffekt, ich hätte nie gedacht, daß das so gut klappt.

Die haben wir anfangs fast alle betreuen lassen über ABM. Mittlerweile haben wir daraus 60 feste Arbeitsplätze, aber nur weil wir die Rinder mittlerweile verkaufen können für 80 Pfennig mehr als ein Normalkilo.

Auf diese Flächen, weil Sie es gesagt haben, kommt kein Fitzelchen Mineraldünger mehr. Man könnte ja 50/60 Kilo noch verschmerzen, sagt man, aber gar nicht. Dafür haben wir dann einen Biostempel hinten drauf und noch ein Naturpark- oder Biosphärenreservat-Gütesiegel. So geht's, es kommt kein Mineraldünger. Und die Leute, die Bauern, die haben ein Standbein gefunden und ziehen mit. Daß sie dann noch auf ihrem Bauernhof ein paar Leute unterbringen können - auf bitte schön minimalstem Luxusniveau, die gehen dann wirklich auf's Plumpsklo, macht aber nichts, wenn sie bloß 18 Mark pro Nacht bezahlen -, dann kommen die Leute auch. Ist ja Öko, dann dürfen sie mal mit einem Biorind spielen.

Ich sage Ihnen, wir haben aus diesen Arbeitsplätzen, die wir mal irgendwo - der Not gehorchend - in ABM/AFG gemacht haben, 16 - 18 Prozent in feste Arbeitsplätze überführt. Ich hätte nicht gedacht, daß das so gut klappt. Wenn man sich Mühe gibt und ein bißchen Power hat, dann geht das in Einzelfällen immer.

Wolfgang Florack

Danke schön Herr Dr. Freude. Ich denke, das war auch sehr erfreulich zu hören. Kollege Heins von der IG Chemie hat sich zu diesem Thema gemeldet.

Bernd Heins

Ja, ich bin zunächst einmal dankbar, daß Herr Gärtner mir schon ganz viel Arbeit abgenommen hat, indem er auf Herrn Dr. Edler geantwortet hat. Ich will es nochmal weiter erläutern. Zunächst einmal bin ich erschrocken über eine Aussage Herrn Edlers und auf die Reaktion hier im Publikum. Sie haben gesagt, Umweltschutz und - sagen wir mal - die soziale Komponente Arbeitsplätze sind nicht miteinander zu verknüpfen, damit keine Zielkonflikte auftreten.

Ich frage mich eigentlich, auf welcher Veranstaltung ich bin. Ich meine, als Gewerkschafter habe ich mich immer noch als eine soziale Interessenvertretung verstanden. Und wenn ich sehe, daß die GGLF bei ihrem Zusammenschluß 600.000 Mitglieder aus dem Osten hätte haben können. Und wieviel waren es dann? Und wieviel habt Ihr verloren? Aus ökonomischen Gründen? Zur DDR-Zeit hattet Ihr 600.000 Mitglieder in der entsprechenden Gewerkschaft.

Ich freue mich erstmal, daß es ein bißchen munterer wird, schön. Wenn also dieser Zielkonflikt auftritt zwischen Arbeitsplätzen und Ökologie, daß man dann diesen Zielkonflikt vermeiden soll, da denke ich, daß das eine Ansicht ist, die wir eigentlich, so hoffte ich, überwunden haben. Wenn wir unter dem Leitbild einer Dreisäulen-Theorie diskutieren, die sozial ist, die Ökonomie und die Ökologie unter einen Hut zu bringen hat, dann haben wir es gerade zu verknüpfen. Nur dann können wir eine nachhaltige zukunftsfähige Ent-

wicklung gewährleisten und eine nachhaltige zukunftsfähige Welt schaffen.

Das nur grob, Herr Gärtner. Die MIPS-Geschichte vom Wuppertaler Institut, die ist wissenschaftlich und praktisch seit einem Jahr abgegessen. Ich würde diese Lektüre zwar empfehlen, aber es müßte doch eine weiterführende Lektüre geben.

Zu den hohen Umweltauflagen: Wir als IG Chemie vertreten die Auffassung in der Tat, daß die Bundesrepublik Deutschland zu hohe Umweltauflagen hat. Nicht von der materiellen Güte her, sondern von der Dichte her. Wir vertreten die Auffassung, daß wir einen sehr strengen, engen gesetzlichen Rahmen haben müssen, und in diesem gesetzlichen Rahmen muß das Wirtschaften der einzelnen Unternehmen frei möglich sein. Das heißt nicht, daß in irgendeiner Art und Weise die Qualität, die materielle Qualität darunter zu leiden hat.

Nun komme ich zu den Arbeitsplätzen in der Umweltschutzgüter-Industrie. Herr Eder, Sie sagten, daß Sie bei einem Szenario, da muß man ja unterstellen, daß die - und jetzt verstehen Sie mich bitte nicht falsch - daß die Ökonomen ja die reinsten Stalinisten sind, wenn sie solche Szenarien aufstellen. Sie sind doch Ökonom, dann wissen Sie, daß die Ökonomen mit ihren Infonderabilien, die sie ja wissenschaftlich berechnen, eigentlich nicht so recht praktisch umgehen. Die Ökonomen müssen in ihrer Szenarienaufstellung von einem Modellcharakter ausgehen müssen. Von daher hat es schon damit etwas zu tun. Sie haben unterstellt, daß in Ihrem Szenario 1,1 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden können unter der Bedingung, daß die bisherige Umweltpolitik und diese bisherige "end of pipe"-Technologie weitergeführt wird. Es kann ja nicht Ihr Ernst sein, daß wir diese Umweltpolitik weiterführen können. Wenn wir diese "end of pipe"-Technologie weiterführen, werden wir irgendwann an die Grenzen unseres materiell Machbaren kommen.

Wir müßten zu anderen Ansätzen kommen innerhalb der Politik, innerhalb des Verständnisses, innerhalb dieses Systems, aber nicht zu einer Fortführung dieser "end of pipe"-Technologie. "End of pipe"-Technologie will ich kurz erklären. Die bisherige Wirtschaftsweise, die wir haben, setzt ja in ihrem Denken nicht daran an, daß ein Produkt zum Beispiel schlecht sein könnte, daß ein Produkt Probleme aufwirft, das ein Produkt entsorgt werden muß, daß ein Produkt, wenn es hergestellt wird, zu Schadstoffbelastungen führen kann bei der Produktion, so daß man dann - und jetzt kommt "end of pipe" - auf einen Schornstein noch einen Filter, noch einen Filter, noch einen Filter raupacken muß. Also eine Betrachtungsweise, die am Ende dieses einen Produktionsprozesses beginnt.

Ich denke, daß diese "end of pipe"-Betrachtungsweise nicht die richtige ist, nicht sein kann. Wir müssen vorher mit unserer Betrachtungsweise beginnen, bevor wir ein Produkt produzieren, bevor wir es in die Hände nehmen und

darüber nachdenken, ob wir es überhaupt produzieren oder so produzieren wollen.

Dies nur in Kürze. Ich habe hier eine ganze Reihe, aber ich will dies nicht strapazieren. Ich denke, ich habe einige Sätze aufgebracht, die hier zur Diskussion herausfordern, dann können wir ja weitersehen.

Kollege aus dem Plenum:

Ich finde das fürchterlich unbefriedigend. Kollege. Du hast hier rumgemeckert mit allen möglichen Leuten, mit Fremdwörtern um Dich geschmissen. Ich kann auch Englisch, ich habe das gut verstanden, was Infonderabilien und end of pipe ist, aber wir wollen von Eurer Gewerkschaft auch wissen, was Ihr macht, um solche Sachen zu verhindern, daß wir das Umweltproblem gar nicht erst kriegen.

Bernd Heins

Ich sage dazu noch was, aber vielleicht sollte erst mal der Kollege Bernd Schütt ...

Dr. Bernd Schütt

Also, Kolleginnen und Kollegen, ich denke wir müssen erstmal sauber zur Kenntnis nehmen, daß wir alle in einer Industriegesellschaft leben und innerhalb dieser Industriegesellschaft einen Weg finden müssen, der sozusagen drei Fragen tatsächlich auch angeht.

Da ist das tiefgreifende soziale Problem. Wir haben es mit einer riesigen sozialen Armut in diesem Lande zu tun, mit einer ungeheuren Verschwendung sozialen Reichtums, wenn man will, einer Ungleichverteilung von Gütern. Wir haben es zu tun sozusagen mit einem wahnsinnigen Wachstum von Arbeitslosigkeit, und wir haben es zu tun mit einer Verschärfung von Umweltproblemen. Insofern meine ich, daß man sehr genau diskutieren muß, wie die Probleme in den einzelnen Branchen sind, und die sind sehr unterschiedlich. Und deswegen denke ich, ist es auch müßig, sozusagen Konflikte in die Richtung zu massieren, daß man sagt, ich will von Euch eine Lösung hören. Wir müssen denken, wir sind tatsächlich ein vernetztes System. Ob man will oder nicht:

Wir können mit und ohne Chemie nicht leben. Ich sage dies mal auch so pointiert, trotz der hieraus entstehenden Konflikte. Es macht nur Sinn, eine umweltpolitische Diskussion innerhalb der Gewerkschaften zu finden, wenn wir einen Weg finden, auf dem wir gemeinsam diese Fragen angehen aus unterschiedlicher Perspektive. Das ist eine grundsätzliche Bemerkung. Deswegen meine ich: Reiben ja, aber konstruktiv nach vorne. Das war der erste Punkt.

Der zweite: Herr Edler vom DIW hat gesagt, eigenständiges Ziel Umweltschutz, eigenständiges Ziel Beschäftigung. Ich sage mal, im theoretischen Modell würde ich zustimmen. Auf der Ebene der Theorie ist vieles richtig. In der Politik hat man gleich Probleme. Wir haben seit Mitte der 60er

Jahre sozusagen ein eigenständiges Ziel der Vollbeschäftigung. Was ist dabei herausgekommen? Damals als das formuliert worden ist von Karl Schiller, hatten wir - ungefähr - eine halbe Million Arbeitslose. Und jetzt haben wir eine Verachtfa-

chung. Wir haben ein eigenständiges Ziel „Umweltschutz“. Und wir sehen tatsächlich, daß die Umweltprobleme komplexer werden. Insofern - denke ich - ist das theoretische Modell und seine politische Handhabbarkeit sozusagen schlichtweg gescheitert. Insofern ist es schon ganz wichtig, wenn der Kollege Heins ausdrücklich darauf hinweist, wie notwendig ein Ineingreifen von Politikfeldern ist. Es ist natürlich eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, sich einzuklinken, um das notwendige Interesse an Arbeit - und das ist nun mal praktisch der Ausgangspunkt, der Verknüpfungspunkt, sozusagen unsere eigene Existenz - einerseits herstellen und zu beweisen und andererseits natürlich auch unser Umweltverhalten zu verändern und aus diesem Ansatz heraus Lösungen zu finden, die den Umweltschutz integrierend verzahnen. Und deswegen glaube ich auch, daß es gar kein eigenständiges, oder das Modell geben wird. Wir stehen heute in der umweltpolitischen Zäsur. Ich bin der Meinung, daß wir nicht mehr in der Form Umweltschutz betreiben können, wie wir es bisher getan haben. Wir haben ausreichend Gesetze, wir können sie permanent verschärfen, und es wird sich nichts ändern. Und wir haben ausreichend Milliarden - und da stimme ich dem Kollegen Gärtner voll zu - reingebuttert mit zweifelhaften Effekten.

Ich denke, wir sollten die entscheidende Frage stellen danach, welche Produkte, welche Form der Produktion und welche Qualität von Arbeitsplätzen wollen wir? Darüber müssen wir diskutieren.

Und ich sage das - jedenfalls für meine Organisation -. Wir haben Bereiche, in denen wir wissen, wie es aussehen müßte, aber wir haben auch sehr viele Leerstellen, bei denen uns nichts einfällt. Wir wissen, daß es ein Problem ist, wissen aber nicht, wie wir uns dieser Sache nähern können. Und insofern - glaube ich - muß dieses gemeinsame sich Nähern oder - von mir aus auch - das voneinander Lernen funktionieren. Wir leben nicht auf einer Insel, wir leben heute in einer total vernetzten Weltökonomie, und da werden die Dinge ganz woanders entschieden.

Eine Börsenspekulation löst viel mehr Wirbel aus als z.B. ein defektes Rohr im Chemiewerk. Ich will das mal pointiert formulieren. Das ist für mich erstmal eine Grundbemerkung, bevor wir vielleicht in einzelne Fragen dann einsteigen wollen.

Wolfgang Florack

Schönen Dank, Kollege Schütt.

Bevor wir das Plenum jetzt miteinbeziehen, möchte ich noch einmal Herrn Edler das Wort geben, um vielleicht zu den Bereichen, die da so

angeklungen sind bei den einzelnen Beiträgen noch Stellung zu beziehen.

Dr. Dietmar Edler

Ich bin ja für eine lebhaft Diskussion, auch für provokative Antworten, aber sie müssen doch den Punkt treffen. Ich meine, man muß auch die Konflikte sehen, wie sie sind. Sie haben mich jetzt in eine Ecke gestellt, als ob ich ein Verfechter der Fortführung der bisherigen Umweltpolitik bin. Das bin ich nicht.

Aufgabe unserer Studie war es, eine realistische Betrachtung in die Zukunft zu machen, und es erschien als ein sehr wahrscheinliches Szenario, daß die traditionelle Umweltpolitik sich in den nächsten Jahren weiterentwickelt und nicht - wie sozusagen Manna - mit einemmal die kreativen und von allen gewünschten, aber in die Praxis bisher nicht umgesetzten Lösungen vom Himmel fallen werden. Von daher haben wir es als vernünftig angesehen, mal eine trendmäßige Fortentwicklung zu betrachten. Ich konnte natürlich nicht im Detail darauf eingehen.

Der Begriff "end of pipe" steht ja im Raum. Das ist natürlich ein Teil der bisherigen Umweltpolitik gewesen. Ich würde es nicht als die Charakterisierung der bisherigen Umweltpolitik bezeichnen. Wenn Sie sich mal die Abwasserbeseitigung anschauen: Wir betreiben Vermeidung. Um aber zu „vermeiden“, müßten Sie doch letztlich irgendwie am Ende sehen, was Sie mit dem Abwasser geschehen muß, und wie Sie es ein bißchen unschädlicher machen.

Sie haben sich dafür ausgesprochen, daß man mehr auf den integrierten Umweltschutz setzt, auf das, was eigentlich alle wünschen, was aber bisher nicht in erforderlichem Umfang passiert. Hier muß man - glaube ich - eine Instrumentendebatte führen darüber, wie man da etwas erreichen kann.

Es hat sicherlich wenig Sinn, uns irgendwelche Schlagworte an den Kopf zu werfen. Wir kennen die schon. Aber ich weiß nicht, ob das für die anderen dann so produktiv ist.

Ich denke schon, daß Gewerkschaften - wenn ich jetzt mal auf Sie als Interessenvertreter eingehe - schon in einer gewissen Zwickmühle sind. Darum denke ich, wenn man Umweltschutz ernst meint, muß man es eben auch in Kauf nehmen, daß Umweltschutz unter Umständen Arbeitsplätze kostet. Sie haben ja groß geredet, wie wichtig es ist, sich zu entscheiden, ob man bestimmte Produkte will. Wenn man meint, man will keine Chlorchemie, dann sind - ratzbaiz - große Teile der Großchemie in Deutschland weg vom Fenster. Und dann möchte ich mal sehen, wie die IG Chemie, die ja sehr fortschrittlich ist in diesem Bereich, darauf reagiert.

Bernd Heins

War das jetzt wirklich ernst gemeint von Ihnen?

Dr. Dietmar Edler

Ja natürlich. Dann möchte ich einfach sehen, wie Sie als Gewerkschafter dann sagen, naja wir müssen alles zusammenpacken, und wir sehen jetzt ein, daß wir aus Umweltschutzgründen das so machen müssen. Und wenn dabei eben einige 10.000 Arbeitsplätze verlorengehen, müssen wir das in Kauf nehmen. Auf so ein Statement einer Gewerkschaft warte ich noch. Und ich muß auch sagen, das würde ich von einer Gewerkschaft nicht erwarten. Als Gewerkschaft sind Sie doch in erster Linie Interessenvertreter für Ihre Mitglieder. Und diese Mitglieder haben in erster Linie Interesse daran, daß sie einen Arbeitsplatz haben und erst in zweiter Linie, vernünftige Produkte zu erstellen. Wer hier gefordert ist, das ist eindeutig der Staat. Der Staat muß die Rahmenbedingungen setzen. Und dann gibt es andere Interessenparteien als die Arbeitgeber, als die Gewerkschaften und andere Gruppen, die sich dann in diesen Rahmenbedingungen zurechtfinden müssen. Und ich bin dafür, daß der Staat in Zukunft andere Rahmenbedingungen setzt.

Zum Beispiel bin ich der festen Überzeugung, daß es interessante Ansätze gibt. Über eine ökologische Steuerreform können wesentlich mehr Lenkungseffekte erzielt werden als durch das Ordnungsrecht, das Sie hier so bekritteln.

Ich tue mich immer schwer damit, gerade als Ökonom natürlich mit diesen Marktinstrumenten, durch die der Staat sozusagen nur die Richtung weist und ein Signal setzt, worauf sich dann die Unternehmer so verhalten, daß dieses Ziel erreicht wird. Sie können dann ihre ganzen Optimierungsmöglichkeiten ausnützen und erzielen das beste Ergebnis dabei - in der Theorie. In der Praxis hat sich gezeigt, daß oft ein Verbot notwendig ist, daß man den Leuten sagen muß, das dürft ihr jetzt nicht mehr oder das dürft ihr in 5 Jahren nicht mehr. Wenn man FCKW beseitigen will, hat sich am praktischsten erwiesen, ein FCKW-Verbot auszusprechen und nicht eine FCKW-Steuer zu erheben. Und dennoch denke ich mir, daß der Staat die Rahmenbedingungen in Zukunft anders setzen muß. Es sollten mehr solcher Instrumente eingesetzt werden, die den Beteiligten mehr Entscheidungsmöglichkeiten geben. Aber ich denke mir, auch in Zukunft wird das Ordnungsrecht, das heißt der Staat als derjenige, der die Rahmenbedingungen ganz exakt konkret setzt, notwendig sein.

Zum Abschluß möchte ich noch darauf hinweisen, daß wir noch gar nicht über globale Probleme gesprochen haben. Ich finde die Biodiversität sehr wichtig, und das kann man ja auch als globales Problem auffassen. Aber es gibt natürlich noch andere globale Probleme. Zum Beispiel machen wir im Moment gerade eine Studie zur CO²-Problematik. Das Thema hieß ja mal - glaube ich - "Versagen der Umweltpolitik". Und ich muß sagen, mein Haupteindruck ist, daß das größte Versagen dort vorliegt, wo es um globale Probleme

geht, weil die Interessenlage noch viel schwieriger ist, als bei lokalen Umweltproblemen.

Wolfgang Florack

Danke, Herr Edler.

Bevor wir jetzt noch einmal dem Kollegen Heins zur Entgegnung das Wort erteilen, möchte ich doch noch darum bitten zu versuchen, ruhig zu bleiben. Bitte schön.

Bernd Heins

Also, ruhig zu bleiben ist eigentlich nicht meine Art; ich versuche es. Das ist doch immer ganz spannend. Weißt Du, das ist - je nachdem, wie man so eine Diskussion gewohnt ist zu führen. Ich bin dies eben so gewohnt, weil ich ja meistens Dresche kriege als IG Chemie, so daß ich dann von vorneherein schon etwas lauter werde.

Das letzte, Herr Dr. Edler, die globalen Umweltprobleme, daß wirklich die globale Herausforderung eines der wesentlichsten Dinge ist, da stimme ich Ihnen wirklich zu. In den anderen Dingen nicht.

Ich weiß nicht, ob es so sinnvoll wäre, wenn Sie auf ein Statement warten würden, daß die IG Chemie oder die Deutsche Industrie sagen würde, sie würde aus der Chlorchemie aussteigen. Sie müßten mir sagen, wieso sie das tun soll. Aus toxischen, aus wirtschaftlichen, aus ökologischen? Die Instrumentendiskussion, das würde jetzt wirklich zu weit führen, mit welchen Instrumenten man arbeitet. Ich habe die Ehre, in der Kommission des Deutschen Bundestages mitzuarbeiten "Schutz des Menschen und der Umwelt", die sich mit Stoffkreisläufen, die sich mit dem Begriff der Nachhaltigkeit einer zukunftsfähigen Entwicklung beschäftigt. Wir führen diese Instrumentendiskussion gerade derzeit, ob man marktwirtschaftlich arbeiten sollte oder nicht. Aber ich glaube, das würde jetzt auch diesen Diskussionskreis oder die Diskussion überstrapazieren.

Ich möchte zu dem Kollegen da hinten kommen, der so wütend mir was entgegnet hat. Ach da ist er ja. Sag mir mal, was hast Du damit gemeint, was sollen wir tun? Was hätten wir tun sollen?

Aus dem Plenum:

Also, die IG Chemie wird sich ja hoffentlich auch mit Umweltschutz auseinandersetzen. Ihr werdet ja noch viel mehr als unsere Gewerkschaft von einer ökologischen Umorientierung arbeitsplatzmäßig profitieren. Wenn Ihr nämlich - nehmen wir zum Beispiel PVC-Ausstieg - eine Initiative produziert, dann produziert Ihr eben PE oder einen anderen Kunststoff. Man wird ja nicht auf Kunststoff verzichten. Ihr werdet Euch ja wohl in Eurer Gewerkschaft Gedanken darüber machen, wie man ökologische Produktionsverfahren und ökologische Produkte produziert, um Arbeitsplätze langfristig zu sichern. Wenn nämlich Anforderungen gestellt werden z.B. durch den Verbraucher, der kein PVC

mehr kauft (geh mal in einen Schreibwarenladen, da kannst Du Klarsicht kaufen, da steht extra drauf PVC-frei), oder aber durch gesetzliche Vorgaben. Dann werdet Ihr unter Druck kommen.

Bernd Heins

Ich bin Dir fast dankbar, daß Du diese PVC-Geschichte angesprochen hast. Weißt Du, bei Dir höre ich so raus die Frage, was wir dagegen tun. Als wenn wir die Gewerkschaft sind. Hat die Mehrzahl von Euch auch die Auffassung, daß die Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen, die bei uns in der Gewerkschaft vereinigt sind, überhaupt nichts mit Umweltschutz am Hut haben. (Zwischenstimme, nicht verständlich). Oh, das ist ja schön, also dann sind wir schon mal ein Stückchen weiter. Werden wir uns also über PVC unterhalten. Was hast Du denn gegen PVC?

Aus dem Plenum:

Das ist ja gar nicht die Frage. Was ich gegen PVC habe, das können wir ruhig vergessen. Die Frage ist, wenn die Leute Euer PVC nicht mehr kaufen. Ich arbeite bei einer Kommune. Wir haben den Beschluß, PVC nur noch mit besonderer Begründung zu verwenden. Das heißt, ich stehe jetzt vor der Alternative, wenn ich einen Auftrag vergebe - Untersuchung einer Altablagerung, Einbau von Rohren usw. Angebot: PVC, dann muß ich sagen: „Ne, tut mir leid, Leute. Findet mal eine Alternative, PVC wollen wir nicht.“ (Heins: Kannst Du gar nicht). Unter Umständen kommen wir doch zu PVC, weil die Begründung da ist. Ist die Wirtschaft unter einem Rechtfertigungsdruck, wenn sie PVC anbietet? Man wird sie nämlich fragen, habt ihr keine Alternative. Das ist das Problem. Wenn Ihr Euer PVC nicht mehr absetzt, aus welchen Gründen auch immer (weil die Stimmung im Lande so ist, daß die Leute lieber was anderes kaufen, oder wenn irgendwann die große Diskussion aufkommt, daß das eben vielleicht doch nicht schadlos zu beseitigen ist), dann sieht es mit Euren Arbeitsplätzen nicht gut aus. Ihr als Gewerkschaft habt Euch ja auch Eure Gedanken gemacht.

Bernd Heins

Ja, man kommt da als Gewerkschaft ganz schnell hin. Wir haben zum Beispiel als erstes den Asbest-Ausstieg. Du hast ja konkret gefragt, was Gewerkschaften dann tun. Wir haben den Asbest-Ausstieg 1980 gefordert, gegen die Betriebsräte, gegen unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die gesagt haben, ob wir nicht mehr alle Tassen im Schrank hätten, gegen ihre Arbeitsplätze zu vorzugehen. Wir haben es damals deshalb gemacht, weil nachgewiesen wurde, daß das hochtoxisch ist. Wir hätten auch gegen PVC etwas unternommen, wenn es an irgendeiner Stelle toxisch gewesen wäre, an irgendeiner Stelle toxisch nachweisbar, also gefährlich, hochgiftig, krebserregend usw. Unsere Auffassung ist, bei PVC den Markt wirken zu

lassen. Wenn der Verbraucher sagt, Holz ist okay oder ein anderer Werkstoff ist in Ordnung, soll er den auch kaufen. Aber kommt nicht daher und sagt, wir werden jetzt ein PVC-Verbot aussprechen, wenn nicht wirklich einschlägige Gründe dafür vorhanden sind.

Sprecherin aus dem Plenum

Heißt das, die IG Chemie fängt dann an zu arbeiten, wenn durch die politischen Instanzen einigermaßen klargestellt ist, daß ein Stoff gesundheitsgefährdend ist? Ist das nicht auch Aufgabe einer Gewerkschaft, im Vorfeld zu sagen, wir schützen nicht nur unsere Arbeitnehmer, unsere Arbeitnehmerinnen im Betrieb, wenn Gefahr da ist bei bestimmten Stoffen, nicht nur beim Endprodukt, sondern auch bei den Mitteln, die man einsetzt

Bernd Heins

Kollegin, wir haben BGen, also die ganzen Berufsgenossenschaften. Das weißt Du vielleicht nicht, ist auch gar nicht so wichtig. Der ganze Bereich Arbeitsschutz wird von Euch, wird von den Gewerkschaften weitestgehend untersucht und begleitet mit unseren Mitteln, die wir zur Verfügung haben. Im übrigen sind wir eine Gewerkschaft, nicht? Auch mit den Forschungsaufträgen, die wir vergeben, damit uns klar werden über irgendeinen Stoff, der gefährlich ist, dann werden wir natürlich im Vorfeld aktiv, logisch. Wir wissen es ja als erste, wo etwas gefährlich wird. Es sind ja die Mitglieder, die die Schäden davontragen.

Sprecherin aus dem Plenum

Was für Summen werden dann dafür ausgegeben, um die Gefährlichkeit zu erforschen?

Bernd Heins

Weiß ich nicht, keine Ahnung, was so ein Vorschußhaushalt hergibt. 10 Millionen? Frage den Kollegen Meister, was der DGB dafür ausgibt. Ich weiß es nicht.

Wolfgang Florack

Kollege Lang?

Erwin Lang

Ja, Kollege Heins, eine direkte Frage. Was hat die IG Chemie zur Ankündigung der hessischen Landesregierung gesagt, in öffentlichen Bauten und im staatlich geförderten Wohnungsbau kein PVC mehr zu verwenden.

Bernd Heins

Die IG Chemie hat sich massiv mit allen Mitteln, die sie zur Verfügung hatte, dagegen ausgesprochen, daß es zu solch einem Verbot kommt. Wir haben zu Demonstrationen aufgerufen, wir haben uns massiv dagegen ausgesprochen, und in allen Instanzen, die möglich waren, dagegen gekämpft.

Wolfgang Florack

Und jetzt eine Wortmeldung hier vom Podium, Herr Gärtner.

Edgar Gärtner

Also, ich möchte dazu mal einige Worte sagen. Ich habe das vorhin schon ein bißchen angedeutet, weil ich das Gefühl habe, daß die Diskussion etwas in ein Fahrwasser gerät, das möglicherweise nicht zu fruchtbaren Ergebnissen kommt.

Die Frage unserer Podiumsdiskussion zu den großen Versagern in der Umweltpolitik kann natürlich so interpretiert werden, als würden wir hier jetzt die Schuldigen suchen, die für das große Auseinanderklaffen zwischen Absichtserklärung und realen Effekten verantwortlich sind. Ich glaube aber, daß wir durch Schuldzuweisungen nicht sehr weit kommen. Ich bin erstmal nicht geneigt, jemandem in der Umweltpolitik den guten Willen abzusprechen. Selbst Herrn Töpfer möchte ich ein Mindestmaß an gutem Willen erstmal zugestehen. Wenn wir von Versagern sprechen, dann müßten wir uns erstmal alle einbeziehen. Irgendwo haben wir alle versagt, und zwar deshalb, weil wir - das habe ich vorhin nur so kurz angedeutet, ich möchte das morgen mal in meinem Vortrag vielleicht ein bißchen deutlicher machen - in Deutschland, glaube ich, nicht gelernt haben, wirklich pragmatisch an Probleme heranzugehen. Das heißt nicht so sehr zu schauen, was ist, was hat der einzelne für einen moralischen Anspruch oder eine gute Absicht. Wir schauen darauf, wie man diese Absichten am effektivsten umsetzt, was also am Ende unterm Strich rauskommt. Und das ist ja eben das Problem, daß die Deutschen sehr viele gute Proklamationen haben, auch gute und scharfe Grenzwerte haben in der Umweltpolitik, die irgendwo der Wirtschaft nützen, weil sie in der Umwelttechnik an der Weltspitze steht. Aber im Ausland werden wir trotzdem nur halb ernst genommen. Aber wir gelten ja irgendwo alle als Pharisäer gerade im europäischen Ausland. Was sie von uns sehen letzten Endes? Sie hören die guten Absichtserklärungen, aber sie sehen den Müll, der über die Grenze zu ihnen kommt, deutschen Müll letzten Endes.

Ich denke, man kommt weiter, wenn man wirklich versucht, darüber zu diskutieren, wie man am besten zu einem erwünschten Resultat kommt. Ich stelle mich oft auf den Standpunkt eines ausländischen Beobachters experimentell, sage ich mal. Diese Kampagne gegen die Chlorchemie z.B. ist als solche im Ausland kaum verstanden worden. Mich hat zum Beispiel jemand gefragt: „Wollt Ihr jetzt Chlor aus dem Periodensystem der Elemente herausnehmen?“ Also, ich habe persönlich nichts dagegen, daß man von dieser Chemie wekommt, nur ich glaube nicht, daß dieser Frontalangriff gegen eine ganze Produktlinie, daß der zum erhofften Ergebnis führt letzten Endes.

Man könnte in der Debatte möglicherweise weiter sein, wenn man sich auf die Sachen konzentriert, über die es wirklich einen Konsens gibt, daß sie gesundheits- und umweltschädlich sind. Es gibt einige Stoffe, bei denen gab es diesen Konsens, und sie sind heute geächtet deshalb. Bei Chlor gibt es weder national und erst recht nicht international keine Anzeichen, daß die deutsche Diskussion über die Chlorchemie irgendwo im Ausland aufgegriffen worden wäre außer von ein paar kleinen Gruppen. Man kann sich sehr schnell einigen darüber, daß man Dioxine und anderes absolut vermeiden muß. Das hat oft zur Konsequenz, daß man am Ende auf ganze Produktlinien unter Umständen verzichten muß. Aber ich finde, wenn man sofort Feindbilder aufrichtet, daß man dann nicht zum notwendigen Konsens über bestimmte Maßnahmen kommt.

Bernd Heins

Ich wollte einfach nochmal ein paar Worte grundsätzlich sagen, um das nicht hochkochen zu lassen hier. Kolleginnen und Kollegen, die chemische Industrie stand irgendwann mal vor der Weggabelung, einen anderen Weg zu gehen als den der Chlorchemie. Sie ist den Weg damals gegangen. Die Chlorchemie funktioniert, das ist ein Salzkreislauf, der innerhalb dieses Kreislaufes dann zu Prozessen führt, die nicht ungefährlich sind. Von dieser Chlorchemie-Industrie sind bei uns in Deutschland derzeit ca. 600.000 Arbeitsplätze betroffen. Alle Akzeptanzprobleme hat sich die chemische Industrie auch selbst zuzuschreiben, denn sie hat so getan, als wenn sie der stolze Ritter ist und nie in irgendeiner Art und Weise mal auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen muß. Die Chlorchemie ist sicherlich im Laufe der Zeit unter Beschuß gekommen vornehmlich auch von Greenpeace. Zu Herrn Gärtner: Greenpeace in Amerika hat schon versucht, eine Kampagne zu starten, die ist aber auch da nicht angenommen worden.

Wenn eine Diskussion geführt wird, z.B.: Verboten die Chlorchemie!, Geht raus aus dem PVC! ganz offen und ehrlich, und es erfolgt keine Reaktion, dann möchte ich einfach wissen, aus welchen Gründen ein Industriezweig seine Produktion aufgeben soll.

Wenn der Verbraucher irgendwann sagt, ich will dieses Zeug nicht mehr (was beinhaltet das denn dann alles?), dann ist es ohnehin passiert. Aber wenn nicht nachweisbar ist, an welchen Stellen dieser Zweig gefährlich ist, gefährlich für das Leben, für die Gesundheit, für uns und unsere Kinder, sagt mir aus welchen Gründen?

Friedrich-Wilhelm Georg

Ja, der Kollege Heins hat die Diskussion hier wesentlich belebt, hat uns aber voll auf die Chemieschiene gebracht. Ich will nochmal die Themen unserer Tagung vorlesen: "Warum ist die GGLF

die Umweltgewerkschaft, wo liegt der qualitative Unterschied zu anderen Einzelgewerkschaften in Sachen Umwelt? Welche Handlungsmöglichkeiten zeigt die GGLF in Sachen Umwelt auf betrieblicher, gewerkschaftlicher, regionaler und Landesebene auf? Welche Schwerpunkte hat die GGLF in der nächsten Zeit in Sachen Umwelt umzusetzen? Wie sollen diese Schwerpunkte und Inhalte umgesetzt werden?"

Die Diskussion über die Chemie ist sicher sehr interessant. Sie muß auch geführt werden. Wenn ich jedoch richtig mitbekommen habe, sind die meisten hier aus dem Bereich der Forst- und der Landwirtschaft, und ich behaupte einfach mal, daß die Arbeitsplätze in diesen Bereichen stärker gefährdet sind als bei der Chemie. Deswegen frage ich: Wollen wir nicht jetzt auch diesen Bereich diskutieren?

Bernd Heins

Darf ich da gleich eine Frage zu stellen? Bevor ich die Einladung bekommen habe, oder obwohl ich die Einladung bekommen habe, habe ich mich gefragt, was eine Umweltgewerkschaft sein soll. Vielleicht kann mir das jemand beantworten.

Wolfgang Florack

Ja gut, das ist eine gute Frage.

Sprecher aus dem Plenum:

Ja, ich bewundere rhetorische Fähigkeiten, bin aber nicht auf eine Karnevalsveranstaltung gegangen. Mich interessieren wirklich die Fragen auch einer Umweltgewerkschaft. Und die Frage, die wir gestellt haben, ist sicherlich etwas komplexer. Und sie ist selber nicht so präzise für diese Prodi-umsdiskussion gestellt, wie es notwendig gewesen wäre.

Eine Gewerkschaft geht von Arbeitsplätzen aus. Das, was wir erleben, was Forstwirte erleben, was Landwirte erleben, ist simpel und ergreifend das politische Ziel, wozu die Parteien heftig klatschen. Da kämpfen Leute um die Arbeitsplätze und unterhalten sich über Umwelt.

Die Ursachen sind ganz andere. Die Ursachen wurden ganz kurz von Herrn Gärtner angesprochen: die Intensität unserer Bewirtschaftung. Ich möchte jetzt zunächst auf das Thema eingehen - Versager der Umweltpolitik. Politik, Wirtschaft oder Gewerkschaft.

Versager der Umweltpolitik ist aus meiner Sicht - und da kommen wir sicherlich weiter mit unserer Diskussion - unser Wirtschaftssystem.

Das Versagen der Landwirtschaftspolitik ist nicht das Versagen der Bauern, sondern das Versagen der EG und die Bereicherung derjenigen, die damit handeln.

Das Versagen der Forstpolitik ist nicht das Versagen der Förster, die mit ihrem Wald vernünftig umgehen, sondern das Versagen der remittenden

und fehlgeleiteten Verkehrs- und Wirtschaftspolitik.

Das Versagen der Chemie ist nicht das Versagen der Chemiarbeiter, sondern ebenfalls derer, die dort dafür verantwortlich sind, Produktlinien aufzubauen, mit denen man Geld verdienen kann ohne Rücksicht auf andere ethische Werte.

Das muß eigentlich im Vordergrund unserer Diskussion stehen und nichts anderes. Die Politik versagt und unser Wirtschaftssystem versagt, indem wir selber so komfortabel mit unseren hohen Ansprüchen leben. Ich denke, das ist eine Grundvoraussetzung, wenn wir über Umwelt diskutieren wollen. Denn die Frage war sehr nützlich. Der Rückgang der Landwirtschaft: Wir reiben uns jetzt selber auf, und wenn wir an Ursachenbekämpfung denken, müssen wir uns auch dieser Ursachen bewußt werden und dort ansetzen, wenn man als Gewerkschaft Umweltpolitik betreiben will.

Ich denke, man sollte sich jetzt nicht in diesen Schlagabtausch, der zwar rhetorisch ganz brilliant war, begeben, sondern man sollte mal versuchen, da einen Kern zu finden, um an dem anzusetzen, was in dieser Richtung tun können.

Unsere Arbeitsplätze gehen verloren wegen geringer Sozialleistungen, auch durch angeworbene Arbeitnehmer aus östlichen Ländern, die für sehr wenig Geld zu haben sind. Und all das machen wir mit.

Und im übrigen bin ich auch vollkommen überrascht - ich richte mich mal kurz an die Kollegen aus der Landwirtschaft: Wir unterhalten uns über Dinge von vorgestern, die nicht funktioniert haben. Naturschutz ist nicht nur auch Artenschutz. Das Naturschutzgesetz hat ja schon längst seine Instrumente geschaffen seit 1970/72, nämlich durch Landschaftsplanung, also durch eine querschnittsorientierte ökologische Fachplanung der Planungsträger. Sie haben nämlich den Gemeinden und den Raumordnern Verantwortung übertragen, die diese aus politischen Gründen nicht wahrgenommen haben.

Und das Naturschutzgesetz hat ja durch die Eingriffsregelung all denen, die Genehmigungen für Straßen etc. übernehmen, die Verantwortung übertragen, indem es fragt: Habt Ihr denn in dieser Angelegenheit für Euren Naturverbraucher eine Rechtfertigung? Und sie haben aus politischen Gründen die Verantwortung nicht übernommen. Wir haben die Verantwortung übertragen an diejenigen, die immer schon Naturschutz gemacht haben in Schutzgebieten.

Friedrich-Wilhelm Georg

Der Kollege hier auf der rechten Seite hatte sich schon lang gemeldet.

Sprecher aus dem Plenum:

Ich komme aus Bayern. Bei uns ist das Problem der Eichenwickler recht groß. Wir hatten letzte Woche große Diskussionen mit dem Bund Natur-

schutz und der Forstverwaltung, ob Dimilin in diesem Jahr großflächig eingesetzt werden soll. Und das wurde von der Politik und von der Forstverwaltung bejaht, weil man sich der Presse nicht mehr aussetzen will. Von unserer Gewerkschaft haben wir bisher noch nichts gehört dazu, wie wir uns verhalten sollen. Aus Naturschutzgründen müßten wir eigentlich dagegen sein.

Dann zu den Unternehmereinsätzen. Die Unternehmer werden immer mehr von den Forstverwaltungen einbezogen. 30 bis 70 % Unternehmereinsatz. Warum? Weil wir zu hohe Löhne haben, zuviel Personal haben? Wir müssen unser Personal abbauen bis zu 30 %. Die Unternehmen machen alles billiger, machen alles besser und sind viel flexibler. Es ist also die Vorgabe. Warum? Wir haben es gerade schon gehört. Aus dem Osten kommen günstige Arbeitskräfte zu ganz günstigen Löhnen. Unfallverhütung davon haben die noch gar nichts gehört. Schutzkleidung, Helm usw., das kennen die gar nicht. Wenn eine Kontrolle kommt, sind sie verschwunden.

Zur Landwirtschaft: Auf EG- und Bundesebene - haben wir gehört - sollen 10 bis 20 Prozent der Fläche stillgelegt werden, und auf der übrigen Fläche muß der Landwirt über Gebühr viel düngen und spritzen. Dazu müßten wir auch eine Aussage treffen. Warum legen wir Flächen still? Legen wir keine Fläche still, und geben wir dem Landwirt 5 Mark mehr für seinen Zentner Getreide oder für seinen Zentner Rüben, dann haben wir wesentlich mehr erzielt, denn er braucht wesentlich weniger Spritzmittel und weniger Dünger. Dazu müßten wir mal eine Aussage treffen. So könnte man direkt dem Landwirt helfen.

Vor 10 Jahren war das Waldsterben in aller Munde, und jeder Bürger wäre bereit gewesen, 10 Pfennig zu opfern damals. Die Politik hat versagt. Wir müssen Personal abbauen. Und jeder von uns weiß, daß seine Stelle, wenn er in Pension geht, nicht mehr besetzt wird, sie wird einfach gestrichen. Und wenn wir so weitermachen, müssen wir uns einmal fragen lassen, was ist denn in den letzten 10 Jahren - wenn wir in der Fläche nicht mehr präsent sind und den Naturschutz- und Umweltgedanken nicht mehr ausüben können - passiert? Dann kommt irgendein anderes Ministerium oder es kommen andere Leute von der Politik und sagen: Ihr habt ja den Wald gar nicht hergerichtet. Welche Aufgaben, Vorgaben habt Ihr gehabt und habt sie nicht erfüllt? Diese Dinge müssen wir schnellstens mit unseren Kolleginnen und Kollegen besprechen, weil uns das auf den Nägeln brennt.

Friedrich-Wilhelm Georg

Danke schön. Vorschlag: Es sollten nicht zuviele Themen auf einmal angesprochen werden, weil es gar nicht möglich ist, dann in der Diskussion darauf einzugehen. Gibt es noch Wortmeldungen aus dem Plenum?

Sprecher aus dem Plenum:

Ich komme aus dem schönen Territorium des vorpommerschen Bodenlandschaft-Nationalparks. Ich hoffe, daß meine westlichen Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen wissen, wo das liegt.

Mich bewegt bei dieser Diskussion etwas unangenehm einmal, daß ich so das Gefühl habe, daß uns hier gewisse Dinge vorgeführt werden sollen. Aber ich sage das mal, von unserer Warte aus, wir sind mehr Praktiker. Uns interessieren mehr praktische Dinge, mit denen wir uns so beschäftigen können, und nicht irgendwelche Theorie. Wir waren im Osten - sage ich mal - eben immer etwas mehr mit der Praxis verbunden und nicht soviel Theoretiker, weil wir in der Landwirtschaft und in der Forstwirtschaft viel aus Kleinigkeiten haben machen müssen, damit es dann klappte. Unsere Kollegen in der Forstwirtschaft haben wirklich teilweise sehr gute Arbeit geleistet, sonst würde manches heutzutage nicht mehr sein.

Und wir in der Landwirtschaft haben auch einiges geleistet und auch versucht, das so umweltfreundlich wie möglich zu machen. Und deswegen stört mich auch - und ich kann meinem bayrischen Kollegen da nur beipflichten - diese Geschichte mit der Stilllegung von Flächen bei uns. Ich komme nun aus einem Land, mit riesigen landwirtschaftlich genutzten Flächen. Und sind wir sozusagen Krisengegend, weil unser Landwirtschaftsminister sich immer damit rühmt, was er alles für Flächen stillgelegt hat hier. Aber was machen wir denn mit diesen Flächen überhaupt? Die vergammeln, die verbinsen usw. Dann müssen wir nachher wieder Gelder reinstecken für die Landschaftspflege.

Zum anderen finde ich es eine ganz schlimme Sache mit der Politik und mit den Politikern zum Beispiel.

Auf dieser großen Umweltkonferenz in Rio hat der wertvolle Bundeskanzler so den Rachen aufgemacht und gesagt, was wir für diese Regenwaldgeschichte für Unterstützung und Gelder hingeben. Und wir können uns auch noch ein Stückchen Regenwald kaufen, damit wir dann auch dafür sind, daß der nicht abgeholzt wird. Und was macht so eine Regierung jetzt, wenn sie ihre Regierungshäuser baut, wie diesen Bundestag usw? Sie diese Hölzer diese teuren exotischen Hölzer, die wir nach außen hin doch nicht wollen. Herr Gärtner hat richtig gesagt, daß man da gar nicht mehr glaubwürdig wird im Ausland.

Deswegen würde ich es viel besser finden, wenn die jetzt neue Bauten machen oder Rekonstruktionen für die Hauptstadt, daß sie Material verwenden, das wir in unserem eigenen Land bergen können, daß unsere Forstleute das gute Holz auch bergen dort, wo es jetzt vergammeln muß, weil wir es nicht loswerden. Warum können wir nicht auf einem Kiefernstuhl sitzen, muß es Mahagoni sein? Wo bleibt da das Umweltbewußtsein dieser Politiker? Und ich bin der Meinung, wir müssen als

Gewerkschafter auf dieser Strecke viel ernster mit diesen Leuten reden hier, viel viel ernster.

Martin Schwenninger

Mein Name ist Martin Schwenninger, ich bin von Beruf Förster, und wir sind es gewohnt in der Forstwirtschaft, verschiedene Zielbereiche unter einen Hut zu bringen. Das ist unsere Aufgabe. Wir sind dann oft im Spannungsfeld zwischen Naturschutz, der Pflegeaufgabe, Sozialfunktionen und aber auch der Nutzungsfunktion. Dieses Spannungsfeld - das haben wir gerade im Umweltschutzbereich überall - ist doch bei allen Gewerkschaften vorhanden.

Deshalb - finde ich - gibt es nicht die Umweltgewerkschaft. Die GGLF ist für mich nicht die Umweltgewerkschaft, sondern eine dieser Gewerkschaften, die Umweltschutz betreiben müssen. Das ist eine ganz zentrale Aufgabe aller Gewerkschaften meines Erachtens nach.

Es geht hier um die drei Standbeine - ich glaube, Kollege Schütt hat es mal gesagt -, ich sage es kurz Arbeit, Umwelt und Soziales. Das sind doch unsere drei Bereiche, die ineinandergreifen, und da gilt es abzuwägen, wo wir die Prioritäten setzen. Und da reiben wir uns beständig.

Wir haben es ja gesehen an dem Beispiel Chlorchemie. Und da finde ich, da haben die Gewerkschaften im gewissen Sinn schon ein Stück weit auch versagt. Man kann es nicht immer nur auf die Politiker schieben. Wir müßten auch viel aggressiver versuchen, diese Arbeitsplätze, die zukunftsorientiert sind, nämlich die die Umwelt schützen, und der Umwelt auch nützen, mehr zu forcieren und sie auch politisch viel stärker vertreten.

Ich glaube auch die Zahlen vom Herrn Edler sind viel zu niedrig, Arbeitern, die Umweltschutz beinhalten, sind ja Bereiche eines Zukunftsmarktes, der eine Lawine nach sich zieht. Hier sind sicherlich schon viel mehr Arbeiter beschäftigt haben, daß wir höchstwahrscheinlich nur den Kernbereich erfaßt haben.

Außerdem: Wenn wir sagen, wir haben Geld, um Umweltschutz zu betreiben, möchte ich auch zu bedenken geben, daß wir sehr auf Kosten unserer Zeit leben. Wir werden künftig vermehrt Umweltreparaturen wahrnehmen müssen. Dazu gibt es jetzt schon verschiedene Investitionen. Da reden wir fast nur über Deutschland. Ich möchte nur mal in Erinnerung rufen, daß wir nicht nur in Deutschland leben, in Europa, sondern daß wir die ganze Welt praktisch zu bedenken haben.

Friedrich-Wilhelm Georg

Schönen Dank, Martin.

Ich begrüße jetzt Wilhelm Bode hier ganz herzlich in unserer Runde und hoffe, daß er auch noch seinen Einstieg erkennt. Aber wer ihn kennt, der weiß, daß er ihn kriegt. So, jetzt war hier noch eine Wortmeldung. Kollege Schütt bitte.

Dr. Bernd Schütt

Ich meine, der letzte Beitrag ist ganz wichtig. Ich würde das mal unterschreiben. Es gibt nicht die Umweltgewerkschaft. Wir haben auch so einen Antrag gehabt auf dem letzten Kongreß, und der ist mit Mehrheit durchgegangen. Und ich sage mal: Plakative Aussagen nützen nichts, wenn die Praxis nicht stimmt. Das ist ja für mich eine ganz klare Aussage. Und genau darauf kommt es nämlich an.

Trotzdem werden an jedem Punkt durchaus Konflikte provoziert, und zwar aus einem ganz einfachen Grunde. Es liegt einfach daran, daß unser Wirtschaftssystem gar keine Innovation eingebaut hat zumindestens nicht in dem Sinne (außer über den Markt vermittelt), daß es irgendeine andere Stelle geben kann, die innovativ sein kann.

Die Mitbestimmung funktioniert, aber nur als Abwehr, im besten Sinne sagen wir mal, in der Verteidigung von Einzelrechten und als Sozialplantchnik. Aber wo ist denn die Investitionsmitbestimmung? Ich kenne kein Projekt, an dem ein einziger Gewerkschafter schon mal in irgendeiner Form Einfluß nehmen konnte. Und darum geht es eigentlich. Es geht ja sozusagen um eine klare Innovationspolitik. Die ist für mich die Kernaufgabe. Und für mich ist die Aussage von Rio sozusagen Innovation der Volkswirtschaft. Umstellung unseres Wirtschaftssystems auf Nachhaltigkeit, das ist der Kerninhalt. Und das ist die Frage: Wie kommen wir dahin?

Da brauchen wir natürlich einerseits politische Handlungsinstrumente. Da brauchen wir sicherlich auch ökonomische Instrumente, wie - beispielsweise - den Versuch einer ökologischen Steuerreform oder Instrumente, die mit marktwirtschaftlichen Mitteln sozusagen Impulse setzen.

Wir brauchen auch das Ordnungsrecht. Wir können nicht darauf verzichten. Das eine kann nicht mit dem anderen aufgehoben werden. Aber da liegt auch der Knackpunkt. Die Gewerkschaften werden systematisch genau aus dieser Innovationspolitik herausgehalten.

Ich will mal ein Beispiel geben, damit wir über einen anderen Bereich reden. 1984 oder 1985 - ich will mich nicht auf ein Jahr festlegen - hat die IG Metall formuliert, die Automobilbranche sei die Stahlindustrie der 90er Jahre. Und ich meine, Prognosen treffen selten ein, aber die IG Metall hat verdammt richtig gelegen. Sie hatte eine Reihe von Kongressen, auf denen genau dieses Problem behandelt worden ist. Und was ist gelaufen? Der Absatz von den Automobilen ist rasant nach oben gegangen, teilweise auch durch die neuen Ostmärkte. Große Nachfrage in den neuen Bundesländern, und die haben sich überhaupt nicht darum gekümmert, was die Innovationspolitik ist.

Statt dessen haben sie in Modelle investiert, die - jetzt sage ich mal so - mit Arbeitsplätzen erkauft werden müssen. Nämlich 5 Milliarden hat VW beispielsweise in den Ausbau von Produktions-

standorte gesteckt, die andererseits natürlich Arbeitsplätze vernichten. Das muß man ja auch sehen. Das sind hochmoderne, leistungsfähige Arbeitsplätze, und nicht eine einzige Mark von diesen 5 Milliarden bezieht sich auf ein - sage ich mal - vernünftiges Auto, wobei „vernünftig“ natürlich immer eine Definitionsfrage ist. Ich meine eines, das spritsparend wäre, das beispielsweise recyclingfähig wäre, das materialsparend wäre, etc. Es gibt hunderttausend Kriterien, die man da anführen könnte. Da passiert nichts.

Man muß also einfach sehen, diese Innovationspolitik ist natürlich auch verpennt worden in vielen Bereichen. Und ich meine, wir haben heute Arbeitnehmer - das gilt jedenfalls in großem Maßstab in Deutschland -, die in einem hohen Maße qualifiziert sind. In Sonntagsreden wird ja diese Qualifikation als der „Standortvorteil Deutschlands“ gesehen. Und ich sehe dieses auch so. Ich sage, nur diese Kreativität der Arbeitnehmer in diesem Lande hat auch zu diesem Stück Wohlstand geführt. Und ich behaupte auch weiterhin, daß unsere Kollegen kreativ genug sind, ihre Ideen in die Produkte mit hineinzubringen, nur sie dürfen es nicht. Ist doch ein Witz.

In Deutschland werden 0,2 % aller Verbesserungsvorschläge der Arbeitnehmer umgesetzt. In Japan gibt es pro Jahr 64 Verbesserungsvorschläge der Arbeitnehmer, die umgesetzt werden. Da gibt es sogar einen Manager, der rausgeschnitten wird, wenn diese Verbesserungsvorschläge nicht umgesetzt werden. Über die Qualität kann man reden. Nicht jeder Verbesserungsvorschlag in Japan ist auch ein Verbesserungsvorschlag, das muß man natürlich auch sagen. Aber darum geht es nicht.

Das heißt aber, in anderen Ländern werden Arbeitnehmer viel ernster genommen. Ich denke, das ist für mich der Ausgangspunkt.

Wir brauchen eine Politik, die sozusagen die Qualifikation, die Innovationspolitik und die Verantwortlichkeit des einzelnen Arbeitnehmers, die ja da ist, zusammenbindet. Es ist doch ein Witz - ich sage das mal für unsere Bauwirtschaft -, daß unsere Kollegen Straße planen - sage ich mal - quer durchs Naturschutzgebiet. Dann sind die gleichen Kollegen unterwegs und bewegen sich in irgendeiner Bürgerinitiative, um gegen diese Planung zu demonstrieren. Ja, also ihre Verantwortung mit dem was sie tun, heute im Büro und abends in der Freizeit klafft total auseinander.

Ich denke, da liegt der Schnittpunkt. Und ich denke, wir müssen einfach auch mal dahin kommen, Instrumente für uns einzufordern, indem wir die Verantwortung, die uns dauernd aufgedrückt wird. Wir sind permanent verantwortlich für allen Mist in diesem Land. Gewerkschaften sind zuständig, für die Arbeitsplätze, die kaputtgehen. Geht der Umweltschutz den Bach runter sind die Gewerkschaften zuständig. Gibt es Armut, sind die Gewerkschaften zuständig. Der Grund ist natürlich immer die überzogene Lohnpolitik. Aber wir haben keine Instrumente, dies zu ändern. Ich denke, wir

müssen massiv dahinwirken, daß wir schlichtweg auch eine Rechtsposition haben. Und dann kann man die Frage stellen, wie weit gibt es Versagen oder Nichtversagen, oder wie wird dieses Handlungsfeld eigentlich ausgekleidet usw.

Ich denke mit den bescheidenen Mitteln, die wir gegenwärtig haben, hat es - ich bin da ganz sicher - eine ungeheure Innovationspolitik aller Gewerkschaften gegeben, aller Gewerkschaften, ich betone das ausdrücklich in Deutschland, jede hat ihre Ansatzpunkte gefunden. Nur, die Konflikte sind natürlich unterschiedlich ausgeprägt, und man kann natürlich immer aus der Sicht einer anderen, vielleicht das eine oder andere leichter kriusieren. Das ist auch klar, das macht jeder, ist auch normal. Ich kenne die europäische Gewerkschaftsbewegung insgesamt, und ich weiß, der Stand unserer Umweltdiskussion, unserer gewerkschaftspolitischen Umweltdiskussion ist den anderen dermaßen weit weg. Wir sind gerade dabei - jedenfalls für den Baubereich kann ich das sagen -, mit zaghaften Ansätzen die Kollegen in anderen Ländern auf bestimmte Pfade zu bringen, um eine Verzahnung hinzukriegen.

Wir leben ja nicht mehr alleine in Deutschland, wir leben heute in der europäischen Union und wir leben in der Weltwirtschaft. Wir brauchen also eine vernetzte Strategie. Deswegen hat Herr Edler das globale Problem angesprochen.

Wir reden sozusagen hier - sage ich mal - vor Ort. Vor Ort kriegen wir schon nicht in den Griff, und dann sollen wir weltweit mit irgendwelchen Instrumenten was lösen?

Ich denke, das ist ein Konflikt, den wir gar nicht aushalten können, und deswegen, meine ich, muß die Bewegung in die Richtung gehen, uns diese Instrumente entsprechend zu verschaffen, um neben der Umweltbewegung, die eine Protestbewegung ist, auf ein Instrument zu setzen, durch das Innovation im Wirtschaftssystem vorangetrieben wird durch diejenigen, die es auch im wesentlichen mitgestalten, nämlich durch ihre Arbeit gestalten.

Friedrich-Wilhelm Georg

Kurze Nachfrage, welche Instrumente denn? Was meinst Du mit Instrumenten?

Dr. Bernd Schütt

Ich glaube, wir brauchen mehrere Formen von Instrumenten. Wir brauchen einerseits die Möglichkeit, daß bei Investitionsentscheidung auch die Arbeitnehmer ein Mitbestimmungsrecht haben. Bei der Investition setzt ja der Umweltschutz an. Bereits hier wird entschieden, welche Anlagen gebaut werden und was dabei sozusagen rauskommt.

Ja, so brauchen wir ein Öko-Ording beispielsweise. Wir brauchen Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates. Wir brauchen eine ganze Palette von Mitbestimmungsrechten. Wir brauchen Mitbestimmungsrechte, die auch am einzelnen Arbeitsplatz wirken, Initiativrechte des Betriebsrates, damit er

selbstständig Vorschläge entwickeln kann. Und diese müssen akzeptiert werden und geprüft werden.

Es gibt also einen ganzen Strauß von Instrumenten, in welche Richtung wir diskutieren müssen. Ich sage auch, in anderen Ländern gibt es Elemente, die dort verwirklicht sind. Teilweise ist die Rechtsposition von Arbeitnehmern in anderen Ländern viel weitergehend als bei uns.

Man darf auch nicht so tun, als ob die Bundesrepublik sozusagen das gewerkschaftliche Paradies ist, in dem alles existiert. Wir können eine ganze Menge von anderen Ländern lernen, die sind an vielen Punkten ein deutliches Stück weiter. Ich nenne mal das Öko-Ording beispielsweise. In Frankreich gibt es viel mehr Ansätze gerade für die Arbeitnehmerbewegung, als wir bisher überhaupt nur erfinden konnten.

Robert Göller

Mein Name ist Robert Göller, ich komme eigentlich aus der Forstwirtschaft, bin Forstwirt. Ich komme aber noch aus einer Zeit, da hat man eigentlich noch den intakten Bauernhof gekannt. Und wenn ich nun den Anfang aller Diskussionen höre, wo geschimpft wird über die Chemie zum Beispiel, wo der Förster sagt, er sei der Umweltschützer, dann verstehe ich mitunter die Welt nicht mehr. Und ich verstehe deswegen die Welt nicht mehr, weil verschiedene Dinge einfach nicht stimmen. Die Chemie hat eigentlich immer nur reagiert auf die Ansprüche all unserer Bürger im Land und sogar auf die der Forstverwaltungen. Wenn zum Beispiel ein Chemiemittel da war, oder es wurde gefordert, doch etwas zu tun, damit wir die Heidelbeersträucher vernichten können, damit wir schnell Kulturen nachbringen können. Und dann wurden Herbizide entwickelt, die das wegrasiert haben.

Damit haben wir den Auerhahn kaputt gemacht. Aber das war ja nicht schlimm. Man hat ja Forstwirtschaft betrieben.

Dann hat man eine Menge Holz gebraucht, weil immer mehr Papier benötigt wurde. Man hat also immer große Flächen gebraucht, um die benötigten Maschinen einsetzen zu können.

Es mußte also alles mögliche so schnell wie möglich erledigt werden. Es endete am Schluß damit, daß das gewonnene Holz raus war und der Schlagabraum da war. Und was hat man gemacht? Man hat gebittelt und gebettelt an allen Tankstellen, damit man Reifen bekam, um den Schlagabraum zu verbrennen. Und alles das im Namen des Fortschritts.

Und dann haben wir uns beklagt, dann haben wir gesagt, daß unsere Arbeitsplätze abgenommen haben. Die Gewerkschaft hat keinen Einfluß darauf, das ist doch die Tatsache.

Alles, was den Markt beliefert, hat Einfluß drauf. Einfluß hat das Gewinnstreben, auch das Gewinnstreben derer, die eigentlich für unser aller Wohl

verantwortlich sein müssen, nämlich die Politik. Ja, die hat auch ein Gewinnstreben.

Nehmen wir die Borkenkäfer. Das ist ein ganz klares Versagen der Forstverwaltung, aber nicht derer, die vor Ort tätig sind. Es ist ein Fehler der Planung. Weil es zu teuer ist, zum Beispiel Fangbäume zu machen, muß vergiftet werden. Unsere Vorgänger im Wald haben zum Beispiel vor Ort entrindet und das Zeug fein säuberlich zusammengetragen. Heute läßt man es großflächig im Wald liegen.

All die Dinge haben wir uns doch selbst mit zuzuschreiben. Ich bin nur froh, daß es heute eine ganze Generation junger Förster gibt, die diese Sache nicht einfach tun, die mit auf die Barrikaden gehen gegen solche Dinge.

Ich habe erlebt, daß zum Beispiel ein Vorstandsleiter, der ein sehr hoher Mann in der Hierarchie der Forstverwaltung ist, zu mir mal gesagt hat, ich solle einen Ölwechsel im Wald machen. Ich sollte das Öl einfach laufen lassen. Das war an und für sich noch nicht das schlimmste. Er hat mir dann erklärt, daß das mit dem Öl eigentlich nur dann schlimm sei, wenn es auch wirklich ins Grundwasser komme. Er hat also gesagt: Du hast verdammt recht, wenn das so ist, aber ob das überhaupt so ist Und jetzt kommt der eigentliche Hammer. Einige Jahre später hatte er eine hohe Position, und dann gab er ein Zeitungsinterview. Er sprach über die Waldarbeit und Maschinen usw. und darüber, wie er das sieht im Verhältnis zur Umwelt. Da sagt er **w i r** sind die ersten Umweltschützer.

Friedrich-Wilhelm Georg

Jeder kann dazulernen, kann man daran wieder nur erkennen.

Martin Schwenninger

Ich bin Forstwirtschaftsmeister und möchte ein paar Sachen doch aufgreifen. Das eine, was Herr Dr. Schütt gesagt hat, Kollegen, das ist genau richtig. Wir brauchen solche Instrumente, um hier mitbestimmen zu können. Bloß, wer bietet uns die Instrumente? Natürlich niemand, da ist ja keiner, der sagt, den Bereich, den gestehen wir euch zu. Im Gegenteil, uns Gewerkschaftern weht der Wind ins Gesicht, und zwar geht es genau in die andere Richtung.

Zum anderen kam die Aussage, wenn wir so große Flächen stilllegen, verkommt ja das Zeug. Hier müßten wir mal versuchen, untereinander einen Konsens zu finden. Was ist eigentlich für uns ein sinnvoller Natur- und Umweltschutz? Wo geht es eigentlich hin in der Forstwirtschaft? Gibt es inzwischen Proklamationen, die die GGLF endlich verabschiedet hat? Es wäre schon seit 10 Jahren notwendig gewesen, aber wie geht es denn überhaupt weiter, was ist denn ein sinnvoller Naturschutz? Der Artenschutz, praktisch der ganze Wald als Renwald, wäre subideal, oder machen wir

einen integrierten Anbau, oder was oder wie, da täten wir gerne ein bißchen drüber reden nachher.

Friedrich-Wilhelm Georg

Ja, das ist eine Frage vielleicht an Wilhelm Bode, die kommt aus dem Forst, und die richten wir mal an Dich.

Wilhelm Bode

Ich möchte etwas allgemeiner anfangen. Ich bitte zunächst um Entschuldigung, daß ich so spät gekommen bin, aber das Problem war, daß ich mit meinem Wagen kommen mußte, und ich habe dreieinhalb Stunden insgesamt vier mal im Stau gestanden. Ich möchte ganz gerne etwas zu dem sagen, was der Gewerkschaftskollege hier links von mir gesagt hat eben. Das war so die erste Wortmeldung, die ich mitbekommen habe.

Ich darf vielleicht vorwegschicken, daß ich ja nun auch schon 20 Jahre in der Gewerkschaft bin, auch wenn ich der Gewerkschaft kritisch gegenüberstehe.

Ich empfinde ebenfalls einen schrecklichen Mangel. Die gesamte Problematik, die wir haben - auch wirtschaftspolitisch -, ist insbesondere in meinen Augen nichts anderes als ein Innovationsstau oder Phantasiestau in der Gesellschaft. Aber es ist damit nicht getan, das zu beklagen. Und es ist auch nicht getan, daß man sagt, bei Innovationen wollen wir in Zukunft mitbestimmen. Daß die Gesellschaft so einen sklerotischen, so einen verfestigten, stabilen, kaum beweglichen Brei hergibt, den sie eben heute darstellt, das hängt meines Erachtens gerade auch mit dem Verlust der Rolle der Gewerkschaften zusammen.

Die Gewerkschaften werden ihrem Anspruch nach meiner Auffassung heute weithin nicht gerecht. Ich will gar nicht soweit gehen, das an den Indizien der Mitgliederbewegung darzustellen. Ich meine, wenn man die Story der deutschen Gewerkschaften sieht, dann waren sie eigentlich immer deutlich Gegner des Bestehenden, deutlicher als sie das heute sind. Und wir sollten wirklich überlegen, ob es der Gewerkschaft beispielsweise gutgetan hat, daß sie sich hat sehr deutlich politisch auch vor den Karren spannen lassen mitunter, daß sie in vielen ihrer Führungspersonlichkeiten ins System völlig eingebunden ist mit einschließlich der hochbezahlten Jobs, die damit zusammenhängen. Ich will hier nicht in den Ruf des Gewerkschaftsgegners kommen, ich sage das bewußt hier als Gewerkschafter und als jemand, der ja hier gerade die historische Rolle der Gewerkschaften wieder stärker anfordert.

Ich erlebe eigentlich eine Gesellschaft, die die Krisen auf dem Rücken der kleinen Leute auslebt, und ich erlebe auch eine Gesellschaft natürlich, die überhaupt nicht innovationsfähig ist, auch bezüglich des Themas, zu dem wir heute hier reden wollen, nämlich Umwelt.

Und insofern ist die Wortmeldung, die zum Schluß von dem Kollegen, der Forstwirtschaftsmeister war und sich so vorgestellt hat, genau der richtige Fingerzeig. Wir sind ja hier im Kreis der GGLF. Ich darf davon ausgehen, daß die meisten Gewerkschaftskollegen der GGLF sind. Und dann wollen wir doch mal schauen, ob wir hier wirklich das Spielfeld oder im Spielfeld gewissermaßen die Opposition, die notwendige Opposition gegen das offensichtliche Versagen des Bestehenden sind. Wir sind es nicht, um es kurz zu sagen. Und wenn da jemand sagt - ein Forstmeister -, wir sind die ersten Umweltschützer, dann kann man ja nur heiser lächeln.

In Wirklichkeit hätten wir es so leicht. Wir hätten es so leicht, wenn wir sehen, daß wir das liebste Objekt des Bürgers, der Gesellschaft verwalten, nämlich den Wald. Wir hätten es so leicht, wenn wir sehen, daß dieser Wald, ausgerechnet dieser Wald, das erste Opfer in dieser Gesellschaft ist und das allgegenwärtige Opfer. Also, jedes große Umweltproblem, das wir diskutieren in der Bundesrepublik, kennt an erster Stelle jeweils den Wald als Hauptopfer. Ob das die Luftverschmutzung ist, Thema Waldsterben, ob das Klimakatastrophe ist, Thema höhere Windgeschwindigkeiten, Sturmkatastrophen, ob das Ozonstrahlung ist, unsere Bäume sind besonders ozonempfindlich, ob das Artensterben ist, unsere Wälder sind die höchstbedrohten Artenbiotope, die wir haben, 50 Prozent unserer Arten sind am Aussterben auch im Wald usw. Selbst ob das die Zukunftsversorgung der Gesellschaft mit Wasser ist, unsere Wälder saufen als erste ab, oder vertrocknen, sagen wir besser.

Das heißt also, wir kriegen es auch von der Opferseite her unseres Objektes vorgemacht, was wir eigentlich tun müßten. Daß wir also wirklich knallhart mit den Füßen auftrampeln müßten und wirklich fordern müßten, alles anders zu machen.

Und dann fängt das natürlich bei uns an, denn wir können nicht erwarten, daß wir gewissermaßen auf das Opfer zeigen, aber selbst unsere Rolle im Wald nicht genügend überdenken und nicht vorbildhaft neu gestalten. Das heißt also, ich muß ganz offen sagen, ich vermisste in diesen Fragen auch aus der GGLF ein prononciertes Vorangehen, ein wirklich radikal-ökologisches Denken, wie ich es im Saarland gesagt habe. Radikal-ökologisch! Da brauchen wir uns gar nicht zu schämen, das kommt von dem lateinischen Wort radice, exradice, von der Wurzel her denkend.

Wenn wir Förster nicht von der Wurzel her denken dürfen, wer denn sonst? Das Radieschen hat auch den schönen Namen von radikal, und es hat deswegen einen roten Kopf. Wir bräuchten uns dessen nicht zu schämen. Um es klar zu sagen, wir könnten - zumal ja bei uns auch die ökonomischen und ökologischen Konflikte in einem radikal-ökologischen Konzept gar nicht auftreten und auch gar nicht mal unser Portemannie betreffen - wirklich vorangehen. Und ich sehe eigentlich auch bei uns, insbesondere natürlich in der Fachgruppe

Forstbeamte und -angestellte, und deswegen habe ich dort meinen Austritt erklärt und lasse mich jetzt lieber bei den Waldarbeitern führen, weil ich die auch im Saarland als innovationsfreudiger erlebt habe als die Forstbeamten (mich selbst eingeschlossen selbstverständlich) eine Riesenchance, aber wir nutzen sie immer noch nicht. Und insofern bin ich äußerst skeptisch.

Ich habe gerade gestern in einer Jagdzeitung gelesen, daß drei deutsche Forstverwaltungen einen Großteil ihrer Forstämter auflösen. Ja, wir sind wieder soweit, und das wird weiter so gehen, machen wir uns nichts vor. Und machen wir uns auch nichts vor. Das erste Glied, das nach dem Wald stirbt, ist der Waldarbeiter. Wo bleibt dann da der Aufschrei der GGLF zum Beispiel? Wo bleibt er denn gegen die Maschinen? Ja, es ist doch ver-rückt, der Wald stirbt - jeder von uns weiß das, im Grunde genommen - aufgrund der unsagbaren Energieverschwendung dieser Gesellschaft. Und ausgerechnet in dieser Situation holen wir eine Maschine in den Wald, die genau das nachvollzieht, nämlich Energieverschwendung. Man muß sich vorstellen, welche Manipulationskräfte dazu eigentlich nötig sind, um einen Baum freihändig zu heben, hin und her zu schwenken, dreimal durchzuratteln, einzuschneiden. Das heißt, ich vermag beim besten Willen auch bei uns den Fingerzeig in Richtung Zukunft nicht zu erkennen. Wir diskutieren brav darüber, aber wo bleibt der Aufschrei? Das zunächst einmal.

Friedrich-Wilhelm Georg

Danke schön Kollege Bode, das darf ich wohl trotzdem noch sagen. Dr. Freude hat sich zu Wort gemeldet.

Dr. Matthias Freude

Wilhelm Bode hat es für den Forst getan, ich will es für die Landwirtschaft tun. Wir reden ja über Versager. Und den Naturschutz setze ich auch gleich noch hinten dran. Wir sind ja ganz genauso betroffen. Wir sind ganz genauso auch Versager. Die Landwirtschaft, ich muß das nicht erzählen, ich habe selbst blaue Babys gesehen. 273 mg Nitrat im Trinkwasser gestern auf einer Bauernversammlung vorliegen gehabt. Und was machen sie? Immer noch Gülle drauf, sogar vor der Vegetationsperiode. Und auch dort fallen Arbeitsplätze weg. Und auf der anderen Seite die Naturschützer, die 0,96 Prozent der DDR-Fläche und 0,98 Prozent der Fläche der Alt-Bundesländer als Naturschutzgebiete, als ihr Eigentum abgesperrt haben, Zaun drum, Adler rein, Menschen raus. Das kann es doch auch nicht sein.

Und alles, was gekommen ist, das war das Aufzeigen von Fehlern und Sachen, die schiefgegangen sind. Vielleicht ein paar Intensionen, wo es langgehen sollte. Ich habe heute mindestens fünf mal das Wort gehört von nachhaltiger Nutzung. Sie wissen alle, was dahintersteckt. Umweltschutz als

Möglichkeit, als Zukunftsinvestition, ich sage als einzige Chance für die Zukunft. Und wenn ich dann sehe, daß die grünen Berufe Förster, Landwirte und nehme jetzt mal die Naturschützer dazu, das sind ja oft auch Förster und Landwirte von Haus aus, sich auch noch auseinanderdividieren. Ich erlebe das wöchentlich hier in diesem Bundesland. Wenn die einen sagen, die Förster, wir wollen jetzt landwirtschaftliche Fläche aufforsten, und die Landwirte aufheulen und sagen. Ihr Förster wollt uns Fläche wegnehmen, da heulen wir gegeneinander auf und nicht gegen das, was Wilhelm Bode sagte, gegen das, wogegen es sich wirklich lohnt aufzuheulen. Nämlich an der Wurzel anzusetzen, an seinem Radieschen, den Politikern auf die Füße zu treten und zu sagen, macht doch mal, bringt doch zum Beispiel mal die 64 Milliarden DM EG-weit, die wir nur ausgeben, um überschüssige landwirtschaftliche Produkte zu lagern und Export zu subventionieren, bringt die doch mal auf die Reihe, bringt sie doch mal in die Landschaft, das heißt zu unseren Leuten. Zu den Landwirten, Forstwirten und von mir aus zu uns Naturschützern. Dort sind sie doch richtig aufgehoben. Kein Pfennig mehr wird gebraucht, nur an die richtige Stelle soll er gelangen. Da sind wir doch gefordert, den Politikern auf die Füße zu treten, Punkt 1.

Punkt 2, die richtigen Sachen zu kaufen. Das muß ich nicht weiter sagen, das ist genug diskutiert worden heute abend.

Und Punkt 3: nicht Auseinanderdividieren lassen, gemeinsame Papiere hinlegen! Irgend jemand hat es ja gesagt: Die Verbände haben den Gewerkschaften doch längst schon den Rang abgelassen. Ich bin zufällig Vorstandsmitglied vom DNR (wer das nicht weiß: Deutscher Naturschutz-Ring, 2,6 Mio. Mitglieder angeblich) und Wilhelm Bode sitzt beim Naturschutzbund, beim NABU. Und ich würde mir auch wünschen, daß wir alle gemeinsam vorgehen. Zusammen kann es doch nur gehen. Wir ziehen uns gegenseitig die Ohren lang, anstatt mit einer Zielrichtung möglichst noch Hand in Hand bei den Politikern zu sagen: „So doch wohl nicht!“ Danke.

Sprecher aus dem Plenum:

Kurz und knapp wollte ich mich auf zwei Dinge beziehen. Die Rolle der Gewerkschaften, die traditionelle, die hier eingefordert worden ist, kann meines Erachtens nicht mehr die traditionelle sein, weil es die traditionelle Arbeit nicht mehr gibt. Im Moment bewegt sich diese Gesellschaft hin zu einem Punkt, wo andere Dinge wesentlich mehr Raum einnehmen als das tägliche lange, harte Arbeiten. Es geht hier um Sachen, die außerhalb der Arbeitszeit laufen, bei denen die Rolle der Gewerkschaften deshalb zurückgedrängt wird.

Und wie wir mit sogenannter außermenschlicher Natur umgehen, das ist ein Ordnungsprinzip. Ich selber arbeite ein bißchen im Umweltschutz, und

ich habe beruflich permanent, nur gegen einen ganz wesentlichen Faktor zu kämpfen, und zwar ist das die Ordnungsvorstellung, die wir davon haben, wie Natur aussehen sollte. Wobei wir eigentlich gar nicht mehr wissen, was Natur in dem Sinne ist. Wir kennen ja nur noch Kulturlandschaften. Das heißt, das ist ein ganz wesentlicher Punkt, der sehr selten benannt wird und um den wir uns kümmern müssen. Was damit zusammenhängt, ist die Aufforderung, daß der Mensch als solcher sich an vielen, vielen Punkten zurücknehmen muß, zurücknehmen in seiner Funktion, die er spielt in dieser Umwelt, in der Form seines Wirtschaftens und in der Form seines Einflußnehmens. Der Mensch ist der Hauptumweltfaktor. Und da kann ich an vielen Punkten anfangen. Ich kann bei mir anfangen, ich kann bei meinen Kollegen anfangen, ich kann nach Politikern schreien. Das Problem ist nur, daß ich bei einem ganz bestimmten, tiefsitzenden Punkt anfangen muß.

Und das ist nicht irgendwelches Gerede über theoretische Grundlagen, was uns in der Praxis nicht hilft. Wenn wir theoretische Grundlagen nicht haben, dann werden wir in der Praxis nicht vorwärtskommen. Wenn ich nach wie vor die Vorstellung habe, wie ein Gewässer durch die Landschaft zu fließen hat, damit es bestimmten Erfordernissen gerecht wird - und sei es die Erfordernis, soviel Arten wie möglich an und in sich zu sammeln -, dann habe ich in der Grundlage etwas falsch gemacht.

Michael Schwarz

Mein Name ist Michael Schwarz, Forstwirtschaftsmeister aus Baden-Württemberg. Wir haben fünf Schwerpunkte, Themen-Schwerpunkte festgelegt. Der erste Punkt war: "ist die GGLF die Umweltgewerkschaft"? Ich glaube, das kann man sagen. Sie ist mit Sicherheit nicht die Umweltgewerkschaft. Das gibt es in dem Sinne nicht. Jede Gewerkschaft ist in ihrem Bereich die Umweltgewerkschaft, und deshalb wäre es sinnvoll, wenn z.B. vorher geklärt wird, Dimilin soll großflächig eingesetzt werden. Da wäre ich der Meinung, daß die IG Chemie einmal auf die Forstleute zukommen und sagen sollte: „Leute, hört, das und das ist gefährlich oder ist nicht gefährlich in dem Bereich.“ Auch sollte mal die Chemiegewerkschaft dagegen protestieren, wenn BASF zum Beispiel ganze Flüsse verseucht. Ob es jetzt rote Gewässer sind oder blaue Gewässer sind, sei mal dahingestellt. Gewerkschaft, wo jeder gegeneinander kämpft? Im DGB sind wir zusammen in einer Gewerkschaft! Und wenn es Probleme gibt - und die Probleme sind ja momentan überall ganz gewaltig - dann sind wir im DGB unter einem Dach!

Wilhelm Bode

Ja, ich würde ganz gerne etwas zu der Wortmeldung des Kollegen sagen, der den Begriff der Ar-

beit angewandt hat und sagt, deswegen ist die Rolle der Gewerkschaften nicht zu wiederholen.

Ich glaube, wir müssen es zunächst mal ganz banal sehen: eine Organisation, deren Aufgabe sich gewissermaßen ein Stück weit erledigt hat und die sich nicht von selbst neue Aufgaben sucht, sie hat ihre Aufgabe erledigt. Das muß man ganz klar und deutlich sagen. Das ist aber sicherlich nicht der Sinn, warum wir hier sitzen.

Die Gewerkschaft möchte sicherlich eine Aufgabe weiter formulieren, aber dann muß sie sich eine Aufgabe auch suchen. Sicherlich ist der Begriff der Arbeit nicht der zentrale Anknüpfungspunkt heute, jeder weiß, daß wir eine strukturelle Arbeitslosigkeit haben in der Gesellschaft. Auch der Begriff der Erwerbsarbeit befindet sich in der gewerkschaftlichen Diskussion.

Aber ich habe das ganz zu Anfang ja schon gesagt eben bei meiner ersten Wortmeldung. Ich empfinde eigentlich sehr stark, daß es wieder ein verstärktes "da oben" und "da unten" gibt. Das heißt, die "da unten" bräuchten eine kämpferische Gewerkschaft, die durchaus noch kräftiger auftreten könnte als sie das nach meinem Geschmack heute tut. Und für die Umwelt wäre das auch nötig, denn die Umweltverschmutzung wird - darüber gibt es zahllose Untersuchungen - zuerst die sozialen Schichten treffen, die sagen wir mal am unteren Ende der Gesellschaft leben. Also von unten nach oben wird die Umwelt - auf gut Deutsch - besser. So, wie auch das sonstige Sozialvergnügen gewissermaßen das, was man sich leisten kann, besser wird, wenn man von unten nach oben kommt.

Ja, wie sollte die Natur aussehen, das ist die Frage gewesen, die zweite. Und das ist für mich überhaupt keine Frage. Und da wäre auch der Anknüpfungspunkt für eine Inhaltsgebung der GGLF: Die Landschaft als Arbeitsplatz zurückgewinnen, das ist mein Schlagwort. Das heißt also, wenn wir uns mal vergegenwärtigen, daß um 1950 noch etwa 25 % der Erwerbspersonen in der Landschaft gearbeitet haben, das heißt in den Landnutzungsformen, und heute sind das noch schätzbare Erinnerungsprozentchen, dann ist interessant, daß uns genau unsere strukturelle Arbeitslosigkeit heute von den Wissenschaftlern vorgerechnet wird. Das bezieht sich auf die offene Arbeitslosigkeit plus die verdeckte. (Es gibt ja dahinter noch eine große verdeckte Arbeitslosigkeit der vielen Arbeitswilligen, die erst recht von vorneherein aufgeben, sich nach Arbeit zu bewerben.) Dann kommen wir auf fast 25 %, wie man vor einem Monat schön in der Wirtschaftswoche lesen konnte, auf fast 25 % verdeckte und offene Arbeitslosigkeit, beides zusammengekommen. Und das entspricht dann ziemlich genau dem Prozentsatz, der real vor 1950 in der Landwirtschaft gearbeitet hat.

Interessanterweise, denn natürlich gibt es da keinen ursächlichen Zusammenhang. Aber damit ist angedeutet, daß wir als Gewerkschaft, wenn wir es uns auf die Fahnen und aufs Papier schreiben würden, gewissermaßen die Landschaft wirklich wie-

der als Arbeitsplatz zurückzugewinnen könnten. Das sollten wir natürlich tun auch mit Blick auf das Sozialprestige, das dazu nötig ist. Damit ist nicht gemeint, daß man morgen wieder Hacke und Schuppe verteilt, sondern eben das tut, was die Gesellschaft ja eigentlich erwartet von der Landschaft.

Sie erwartet gesunde Lebensmittel, sie erwartet eine Kulturlandschaft durchaus, das wäre auch die Antwort auf Ihre Frage, was ist Natur? Natur ist seit über tausend Jahren bei uns eine Kulturlandschaft und nichts sonst. Das heißt, auch wenn wir den Blick auf die Zukunft werfen. Bei der zunehmenden Bevölkerungsdichte in der Welt und in Europa wird die Natur immer mehr zur Kulturaufgabe im besten Sinne des Wortes. So, wo ist da die Gewerkschaft, die wirklich vorangeht, beispielsweise?

Und das wäre dann mein letzter Hinweis auf den Kollegen, der das da vorne gesprochen hat, ja wo bleibt denn jetzt wieder der Aufschrei bei Dimilin? Von wem erwarte ich denn diesen Aufschrei am ehesten? Doch nicht von den Naturschützern. Ich bin auch Naturschützer. Ich erwarte ihn eigentlich von meinen Kollegen, denn die haben eigentlich die Kenntnisse der Biokybernetik von Wäldern, die wissen, daß das, was da passiert, nicht Natur ist. Es trifft den Monokulturwald, das ist nicht Natur. Jeder weiß das. Und jeder weiß auch, daß die Reaktion des Schmetterlings, der sich da in Massen vermehrt, nichts anderes als eine normale natürliche Reaktion genau dieses Wesens ist. Das heißt nicht, daß wir es fressen lassen wollen und daß wir uns wünschen, daß es frißt. Nur die Rückkehr zur Natur findet jedenfalls nicht mit Dimilin statt, sondern indem ich die Sukzession auch dieses Schmetterlings gewissermaßen zulasse. Das heißt also, solange wir nicht irgendwo beginnen, auch vorbildlich Einhalt zu gebieten und zu sagen, wir machen den Mist nicht mehr mit ...

Ja, und es ist ja interessant, wie verrückt ausgerechnet die Politiker gemacht werden von unserem Berufsstand gerade in der Frage. In der Zeitschrift „Nationalparke“ war vor einem halben Jahr ein schöner Aufsatz des Kollegen Schwenker, einer der besten Forstschutzkenner in deutscher Sprache, die wir haben, und des Kollegen Dr. Sperber. Die haben sich die Mühe gemacht, unter anderem im bayrischen Staatsarchiv nachzugucken, ob schon mal irgendwo von diesem Schmetterling ein Wald abgestorben ist. Es ist noch nie einer abgestorben. Und wer redet denn den Politikern den Dimilin-Einsatz ein? Es ist genau unsere Kollegenschaft und niemand sonst. Ja, die sich nämlich einmal im Jahr gerne auch gewissermaßen in die Sonne der Medien und der Öffentlichkeit setzen.

(Zwischenrufe) - Es ist gut, wenn es Widerspruch gibt -. Denken Sie aber mal an den schönen Borkenkäfer. Mit welcher Liebe der jedes Jahr ins Fernsehen gerückt wird. Und dabei wissen wir, daß der Borkenkäfer nichts anderes tut als das, was seine Natur ist. Ich sage mal: Eine homogene

Freßstruktur oder Fraßstruktur schafft sich eine homogene Fresserstruktur. Und wenn wir das als Förster nicht wissen und der Gesellschaft immer wieder sagen, daß wir wegkommen müssen von dieser homogenen Fraßstruktur, die wir selber schaffen im Kunstwald, ja dann haben wir natürlich ewig mit dem Borkenkäfer und dem Schmetterling zu tun.

Und ich sage auch vom Borkenkäfer, das Zurück geht nur über das Einhaltgebieten der falschen Regelungskreise, die wir selber einschlagen.

Friedrich-Wilhelm Georg

Ich schlage vor, die Diskussion über Dimilin und Schwammspinner beim Abendessen fortzuführen. Es ist üblich, daß bei einer Podiumsdiskussion gewechselt wird ins Plenum und daß auch die Teilnehmer auf dem Podium noch gefragt werden, ob sie Abschlußworte sagen wollen. Ich sehe keine Wortmeldung.

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit, die uns zur Verfügung stand, ist abgelaufen. Ich verzichte auch auf ein Resümee und auf Bemerkungen, weil wir ja morgen Arbeitsgruppen haben und weil die Ergebnisse am Sonntagmorgen auch im Plenum vorgetragen werden. Ich denke, gerade die letzte halbe Stunde hat eine Menge zur Einstimmung beigetragen, was jetzt noch weiter bearbeitet werden muß.

In einer Podiumsdiskussion ist fast immer zu wenig Zeit für die Beiträge aus dem Plenum, zu wenig Zeit für die Fachleute, die auf dem Podium sitzen. Aber irgendwann ist man in der Not, auch Schluß machen zu müssen. Ich bitte dafür Verständnis zu haben.

Ich darf mich bei Ihnen sehr herzlich für die sehr interessante, engagierte Diskussion bedanken, auch im Namen meines Mitmoderators, Kollege Flo-rack, und ich darf mich insbesondere auch ganz herzlich bedanken bei den Kollegen und Herren, die hier auf dem Podium Rede und Antwort gestanden haben. Ich hoffe, daß wir in den nächsten Tagen wirklich noch vertiefend auch in die Probleme einsteigen können. Danke schön.

2. Tag

Eva-Maria Pfeil

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße Euch auch heute recht herzlich zu unserem zweiten Beratungstag. Ihr habt es schon gesehen, hier vorn im Präsidium hat unser Vorsitzender, Kollege Hans-Joachim Wilms, Platz genommen. Ihn möchte ich ganz herzlich begrüßen und natürlich auch all die Kolleginnen und Kollegen, die gestern im Stau gestanden haben und die gestern im Laufe des Abends noch hier in Götzer Berge eingetroffen sind.

Euch ist allen bekannt, wie der heutige Tag ablaufen soll. Wir haben es uns so vorgestellt, daß Kollege Wilms, Kollege Gärtner und Kollege Schütt nacheinander ihre Vorträge halten und daß wir danach bis 12.00 Uhr darüber diskutieren.

Anschließend werden wir Mittag essen, und dann habe ich die Bitte, daß wir uns um 12.45 Uhr hier wieder in diesem Raum treffen. Kollege Karl-Heinz Lach, GGLF-Landesbezirksleiter von Berlin-Brandenburg, hat die Exkursion zum Großprojekt "Ausbau der Havel" vorbereitet, er wird dazu ergänzende Bemerkungen machen.

Wir haben einen Bus organisiert, der wird hier ab 13.00 Uhr bereitstehen. Es werden auch Kollegen vom Aktionsbündnis gegen den Havelausbau dabei sein und uns zum Havelprojekt führen.

Ab 15.00 Uhr werden wir uns in den Arbeitsgruppen weiterbeschäftigen.

Wir haben gestern festgestellt, daß sich für die Arbeitsgruppe "Umwelt und Geld" relativ wenig Kollegen oder Kolleginnen gemeldet haben. Außerdem ist der Kollege, den wir gebeten haben, diese Arbeitsgruppe inhaltlich zu gestalten, krank geworden, so daß wir uns gestern dazu entschieden haben, die Arbeitsgruppen "Umwelt und Arbeit" und "Umwelt und Geld" zusammenzulegen zu einer Arbeitsgruppe. Diese Arbeitsgruppe wird sich dann im großen Clubraum in der 1. Etage drüben treffen, die Arbeitsgruppe "Umwelt und Wissenschaft" wird sich hier im Waldhaus, die Arbeitsgruppe "Umwelt und Struktur- und Standortpolitik" im Dachausbau drüben treffen, und die Arbeitsgruppe "Umwelt planen und gestalten" wird hier in diesem Raum bleiben.

Für heute abend hat sich Kollege Ewald Müller bereit erklärt, uns einen Lichtbildervortrag hier in diesem Raum zu zeigen.

Nach dem Lichtbildervortrag werden wir Euch eine Weinverkostung anbieten, und zwar mit Wein aus dieser Region: Obstwein.

Ihr seht, es ist ein umfangreiches Programm, was wir heute hier bewältigen müssen. Ich muß auch sagen, es ist erfreulich, daß Ihr alle hier seid und - sagen wir mal so - unsere Gewerkschaft sogar an einem Samstag vertreten. Ich freue mich sehr über

Eure/Ihre Teilnahme und möchte nun das Wort an den Kollegen Hajo Wilms geben.

Hans-Joachim Wilms

Vorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie recht herzlich zu unserer ersten bundesweiten Umweltkonferenz, der ich einen guten Verlauf wünsche.

Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft verstand sich immer als die Umweltgewerkschaft im Reigen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und blickt auf ein hohes Bewußtsein ihrer Mitglieder zum Schutz unserer Umwelt zurück. Es ist naturgegeben, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte in den Grünen Berufen eine hohe Sensibilität entwickeln, da sie es sind, die täglich in und mit der Umwelt arbeiten.

• Umweltbegriff:

Die Umwelt ist für uns eine konkrete Arbeitsgrundlage. Hier geht es nicht um den Ausdruck eines allgemeinen Bewußtseins, sondern um direkte täglich erfahrbare Realität.

Deshalb sind unsere Aktivitäten auch nicht mittelbar aus einem gesellschaftlichen Ziel abgeleitet, sondern wurzeln in ebenso praktischen Überlegungen wie zum Beispiel tarifliche Aktionen. Nicht das hehre Ziel ist bestimmend, sondern das konkrete Problem. Und davon haben wir mehr als genug.

• Umweltverträgliche Landwirtschaft:

Gerade die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer sehen sich einer öffentlichen Diskussion ausgesetzt, die sie zu Umweltzerstörern abstempeln will. Es muß deutlich gesagt werden, daß kein einziger Landarbeiter an umweltschädigenden Produktionsverfahren interessiert ist. Im Gegenteil.

Mitglieder unserer Gewerkschaft setzen sich in den unterschiedlichsten Gremien für eine umweltverträgliche Landwirtschaft ein. Sie haben Güllerverordnungen ebenso mitentwickelt wie Förderprogramme für Umstellungen und alternative Anbaumethoden. Sie treten in Landwirtschaftskammern für eine Verbesserung der Kontroll- und Überwachungsorgane ein.

Vielerorts bestehende regionale Probleme werden aktiv aufgegriffen und an ihrer Lösung mitgearbeitet. Ich kann davon selbst ein Beispiel geben.

Zu Beginn meiner Tätigkeit in der GGLF war ich mit dem Problem konfrontiert, daß in einem Baumschulgebiet ein Wasserschutzgebiet geschaffen werden sollte. Es gelang mir in teils mühsamer Kleinarbeit, die Kolleginnen und Kollegen vor Ort von dem übergeordneten Ziel des Schutzes des Wassers zu überzeugen und eine Position unserer Gewerkschaft zu finden. Wir sprachen uns deutlich für die Schaffung dieser Trinkwasserschutzgebiete aus und entwickelten Lösungskonzepte mit dem Ziel, daß Umweltschutzprojekte nicht allein auf Kosten von Arbeitnehmern und Arbeitsplatzsicherheit durchgesetzt werden. Ich fand viele Mitstreiter in meinem damaligen Bezirk. Ergebnis dieser Aktivitäten war eine umfassende Mitgestaltungsmöglichkeit der GGLF bei der Schaffung dieser Trinkwasserschutzgebiete. Ein Beispiel, wie viele andere, die gemeinsam aufzeigen, wie regionale Umweltschutzaktionen in der GGLF initiiert werden.

Gleichzeitig auch ein Beispiel dafür, daß viele Umweltinitiativen der GGLF in der internen Hierarchie unabhängig voneinander entstehen. Es ist ein Zeichen unserer Organisationsdemokratie, daß ein Großteil dieser Aktionen von ehrenamtlichen Mitgliedern entwickelt werden.

Somit wird sich mein Bericht heute aber weitestgehend mit den Aktivitäten unserer Hauptverwaltung beschäftigen.

• Pflanzenschutz:

Ein Schwerpunkt der praktischen Arbeit war die kritische Begleitung des neuen Pflanzenschutzgesetzes von 1986. Hier gelang es aufgrund einer breit angelegten Diskussion der Umweltschützer, den Schutz des Naturhaushaltes - gleichberechtigt neben dem Schutz von Mensch und Tier - durchzusetzen. Auch wir haben unseren Anteil zu diesem Paradigmenwechsel im chemischen Pflanzenschutz geleistet. Eine kritische Begleitung und Würdigung der Entwicklung dieses Gesetzes hat doch immerhin dazu beigetragen, daß wir heute statt damals 1.700 Pflanzenschutzmittel nur noch 740 und statt rund 700 nur noch rund 210 Wirkstoffe haben. Diesen Abbau der Mittelvielfalt und die Reduzierung der Wirkstoffe um doch immerhin rund 50 % werten wir als großen Erfolg, insbesondere aber auch die massive Ausweitung der teils oder ganz beschränkten Anwendungsmöglichkeiten.

Die jetzt gültige Pflanzenschutzanwendungsverordnung erfaßt in ihren Anlagen doch immerhin rund 130 Wirkstoffe. Diese Beschränkung der Vielfalt führt neben direkten positiven Auswirkungen im vorsorgenden Schutz auch zu einem erheblich besseren Überblick über die teils noch immer bestehenden immensen Probleme im Bereich des chemischen Pflanzenschutzes.

Trotz des geschilderten Erfolges im Bereich des Aufbaus alternativer Landwirtschaft und der Be-

grenzung des Flächeneinsatzes durch Flächenstillegungen muß aber kritisch hinterfragt werden, warum es bis heute nicht gelungen ist, die chemischen Pflanzenbehandlungsmittel mengenmäßig zu reduzieren. Im Gegenteil: Der immer weitere Anstieg des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln hat heute eine Höchstmarke erreicht und stellt die Erfolge der letzten Jahre in ein anderes Licht. Insbesondere die massive Mengenzunahme hochtoxischer Fungizide wird uns in der nächsten Zeit beschäftigen. Hier geht es direkt darum, den immer noch mangelhaften akuten Schutz für Arbeitnehmer zu verbessern und eine Umkehr im Einsatz dieser Mittel zu bewirken.

Sich widersprechende Linien sind für eine Strategie zur Verbesserung des Arbeitnehmerschutzes im Bereich Pflanzenschutz zu beachten. Einerseits konnte mit der Festschreibung der guten fachlichen Praxis eine wesentliche Verbesserung der Ausbringerpraxis erzielt und die grundsätzlich positiven Ansätze des integrierten Pflanzenschutzes festgeschrieben werden, andererseits darf man sich aber auch nicht dem Eindruck verschließen, daß sich die Verfahrensmöglichkeiten immer noch zu sehr alleine auf den chemischen Pflanzenschutz konzentrieren. Hier bestehen erhebliche Möglichkeiten, in den nächsten Jahren durch Förderung anderer Pflanzenschutzlinien zu einer Verbesserung der Situation zu kommen.

• Gentechnik

Immer stärker wird in der heutigen Diskussion die Nutzung der Potentiale der Gentechnik angerufen, wenn es darum geht, Alternativen zu toxischen Pflanzenschutzmitteln zu suchen.

Die GGLF hat sehr frühzeitig einen deutlichen Standpunkt zur Gentechnik in der Landwirtschaft entwickelt und diesen offensiv und öffentlich vertreten. Insbesondere in der Anfangsphase der Diskussion über Freilandversuche und in der Begleitung der Enquetekommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie" konnte sich diese Position einer breiten Zustimmung erfreuen.

Heute müssen wir feststellen, daß zentrale Punkte unserer Vorstellung zur Frage Gentechnik durch die Realität überholt worden sind.

Gerade die von uns geforderte öffentliche Kontrolle und demokratische Beteiligung bei der Entwicklung dieser Technologieschiene ist mit dem gerade verabschiedeten zweiten Gentechnikgesetz überholt worden.

Die massiven Entwicklungen und Freilandversuche durch große Konzerne im Ausland begünstigen auch in Deutschland die Kräfte, die versuchen, ohne öffentliche Diskussion die Gentechnik zum normalen Handwerkszeug zu entwickeln. Aber auch die öffentliche Diskussion unterstützt unsere Ziele nicht in dem Maße, wie wir es uns wünschen würden. Gerade am Beispiel der beantragten Freilandversuche ist doch deutlich geworden, daß das "Sankt-Florians-Prinzip" greift. Konkret: Bürger-

rinner und Bürger kämpfen massenhaft gegen Anwendungsversuche in ihrer räumlichen Umgebung, beenden diesen Widerstand aber dann, wenn ein anderer regionaler Bereich tangiert wird, und entziehen sich dann der grundsätzlichen Diskussion über diese Versuche.

Gerade in den neuen Bundesländern ist aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Situation eine bedenkliche Bereitschaft vorhanden, Flächen für Freilandversuche im Schnellverfahren zur Verfügung zu stellen. Die Folgen sind klar. Eine öffentliche Diskussion und Kontrolle findet dann nicht mehr statt. Und wenn wir in die osteuropäischen Länder schauen, dann ist es sicherlich auch keine Lösung, wenn deutsche Antragsteller in eben diese Länder mit ihren Versuchen gehen, und dort ohne jegliche Beobachtung und ohne jede kritische Begleitung Gentechnologie draußen auf dem Feld entwickeln.

Um es klar zu sagen: Mir scheint es heute weniger um die grundsätzliche Verhinderung dieser Technologieschiene zu gehen, als vielmehr um die Frage, wie weit wir dazu beitragen können, die potentiellen Gefahren durch eine offensive kritische Begleitung und Beobachtung der Versuche einzuschränken, und die Wissenschaft eben nicht ohne uns vor sich hinwurschteln zu lassen.

• Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel und Biotechnologie

Gemeinsam mit den Umwelt- und Verbraucherverbänden sind wir daran interessiert, Nahrungsmittel, die aus den von uns geschaffenen Produkten entwickelt werden, möglichst original und gesundheitsfördernd konsumieren zu können.

Deshalb fordern wir - gemeinsam mit Umwelt- und Verbraucherverbänden - eine eindeutige Kennzeichnung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel.

Neue Methoden in der Produktion stellen uns vor neue Probleme. Wir begrüßen die Verlängerung des Moratoriums zum Rinderwachstumshormon Somatotropin (BST), sehen aber ohne massive Einschränkung eine mittelfristige Zulassung auf dem europäischen Markt auf uns zukommen, nachdem die USA die Nutzung zugelassen hat.

• Pflanzen- und Tierzucht

Gentechnik darf nicht die traditionelle Zuchtlinie zerstören. Wir sprechen uns eindeutig für eine Beibehaltung der kleinstrukturierten Pflanzenzucht in Deutschland aus. Hier liegt der positive Effekt in der Vielfalt und gerade diese Vielfalt stellt ein wichtiges Merkmal der hohen Qualität unserer Pflanzenzucht dar. Dies trifft ebenso auf den Bereich der Tierzucht zu, und wenn es auch nicht Gegenstand gewerkschaftlicher Aktivitäten ist, so begrüße ich doch die Aktivitäten zur Erhaltung und Förderung traditioneller Rassen und Sorten, wie sie insbesondere für Haustierrassen und Obstsorten

in Deutschland in vielen kleinen Verbänden organisiert wird.

• Forstwirtschaft

Mit der Integration der Forstflächen der neuen Bundesländer in den Zuständigkeitsbereich des BML hat die Diskussion über die Forststruktur in Deutschland neuen Auftrieb erhalten. Mit Sorge beobachten wir einerseits die geldliche Entwertung der vielfältigen waldlichen Produkte und andererseits die umfassenden Diskussionen über den Arbeitskräfteabbau in den Wäldern, trotz objektiv höherer Arbeitsanforderungen.

Ich möchte deutlich machen, daß in unserer Gewerkschaft wie in kaum einem anderen Verband das Wissen über die ökologischen und gesellschaftlichen Funktionen unserer Wälder vorhanden ist und sich in vielfältigen Aktivitäten unserer Landesfachgruppen niederschlägt. Seien es Waldführungen, Entwicklungskonzepte oder Pläne zum Naturwaldmanagement, die Aktivitäten unserer Mitglieder sind hier überhaupt nicht aufführbar.

Wir können mit Stolz feststellen, daß es hier die Vielfalt der Aktionen unserer Mitglieder ermöglicht, die öffentliche Diskussion über die Zukunft unserer Wälder maßgeblich mitzubestimmen. Ob in öffentlichen Diskussionen über Nationalparks, Waldentwicklungen oder Waldnutzungen, die GGLF mischt sich ein und handelt.

• Waldsterben

Früher als jede andere Gewerkschaft erkannten wir die Auswirkungen menschlichen Handelns auf unsere Naturgüter und entwickelten grundlegende Konzepte zur Verbesserung der Situation von Boden, Wasser und Luft.

Was 1972 mit Diskussionen über Waldschäden (damals nannten wir das "Rauchgasschäden") begann, setzte sich in Demonstrationen gegen Buschhaus und zahllosen Konferenzen und Aktionen gegen die Ursachen des Waldsterbens fort.

Wir können mit Stolz feststellen, unseren Beitrag zur öffentlichen Diskussion dieses für die Entwicklung des deutschen Umweltbewußtseins wichtigen Gegenstandes beigetragen zu haben. Aber wir sehen auch, daß sich - trotz vieler Erfolge - die Situation unserer Wälder nicht grundsätzlich verbessert hat und - trotz dieser Situation - die öffentliche Diskussion über die Auswirkungen der Luftverschmutzung und das Waldsterben abgenommen hat. Aber so ist das nunmal, wie alle anderen Politikfelder auch, scheint auch der Umweltschutz sich den gesellschaftlichen Konjunkturen anzupassen. Ich muß das mit Bedauern zur Kenntnis nehmen.

• Internationaler Umweltschutz

Wie kaum ein anderes Thema berührt die Vernichtung der Tropischen Regenwälder gerade die emotionale Seite unserer Mitglieder. So führten wir beispielsweise mit der Gewerkschaft Holz und

Kunststoff mehrere Aktionen zu diesem Thema durch, um uns mit Hilfe unserer Kolleginnen und Kollegen aus den betreffenden Ländern und deutschen Umweltverbänden unsere Position zum Tropischen Regenwald zu erarbeiten. Trotz eindeutiger Gewerkschaftstagsbeschlüsse, die für uns jegliche Nutzung tropischer Hölzer verbieten, gibt es auch in unserer Gewerkschaft in diesem Punkt widersprüchliche Diskussionen. Sie verdeutlichen, daß Widerspruch in diesem Fall nicht zur Handlungsunfähigkeit führt, sondern im Gegenteil örtliche Aktivitäten dadurch befruchtet werden.

Während auf der einen Seite der beschriebene Boykott tropischer Hölzer befürwortet wird und dies die Position der GGLF ist, suchen andere Kolleginnen und Kollegen nach Möglichkeiten der Verwertung nationaler Ressourcen für die Ökonomien der Tropenwaldländer. Vor allem die Kolleginnen und Kollegen bewegt dies, die durch praktische Tätigkeiten in den Forstverwaltungen der Regenwaldländer vor Ort mit den Problemen von Arbeitslosigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen zu tun haben.

Sicherlich wird die Diskussion über die Nutzung von Tropenholz aus nachhaltigem Anbau in den nächsten Jahren stärker werden. Es reicht dann nicht mehr aus, nur noch zu boykottieren. Wenn den Menschen in den Regenwaldländern keine wirtschaftliche Perspektive in den Wäldern geboten wird, werden sie diese Wälder vernichten.

Neben diesem wirtschaftlichen gibt es auch den sozial-ethnischen Bereich. Denn sowohl dem Regenwald als auch den Waldindianern wäre damit der totale Kampf angesagt. In diesem Kampf hätten sie keine Zukunft mehr.

• Artenschutz und natürliche Vielfalt

Das Artensterben und der Verlust genetischer Ressourcen durch eine schwindende natürliche Vielfalt, ist natürlich vor allem auch ein Problem in den Entwicklungsländern, aber die Auswirkungen des Artensterbens dürfen auch in Deutschland nicht vernachlässigt werden. Erschreckend dabei ist die Beteiligung der Landwirtschaft, die auch heute noch Hauptverursacher für den Rückgang von Tier- und Pflanzenarten ist. Eins muß hier aber deutlich gesagt werden: Es ist weniger die Form der hochentwickelten Landwirtschaft als vielmehr die sich aus dem Inhalt der landwirtschaftlichen Tätigkeit ergebende natürliche Konkurrenz, die hier zum Artensterben führt.

Lösungsansätze können, neben der Durchführung konkreter Artenschutzprojekte, aber nur in einer Landschaftsplanung gefunden werden, die die Notwendigkeit der Erhaltung natürlicher und naturnaher Lebensräume als Teil ihrer Arbeit begriffen hat. Trotz vieler Neuigkeiten und Modernisierungen in der Flächenplanung bestehen hier massive Defizite. Ich halte es für antiquiert, daß der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA) sich bis heute weigert, mit uns Tarifver-

träge über die Beschäftigten in diesem Bereich abzuschließen. Somit ist es für uns schwierig, die Erfahrungen dieser großteils bestens ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Branche zu nutzen, und die Potentiale zum Schutz unserer Umwelt zu bündeln. Gerade in diesem Arbeitsgebiet wird deutlich, wie sehr das Bindeglied Gewerkschaft für Beschäftigte fehlt.

Denn gerade hier arbeitet ein Großteil von hochmotivierten, ausgebildeten und erfahrenen Arbeitnehmern, die sehr konkrete und umfassende Vorstellungen über die Grundlagen des Natur- und Umweltschutzes besitzen.

In unserem Verbandsorgan "Der Säemann", aber auch in der Zeitschrift "forstliche mitteilungen" berichten wir regelmäßig über Artenschutzprojekte der Umweltverbände und informieren über Schwerpunkte in dieser Arbeit, wie beispielsweise vor einem Monat erst über die Blume des Jahres.

• Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften

Als Umweltgewerkschaft im DGB arbeiten wir natürlich auch mit den anderen Gewerkschaften zusammen. Umweltschutz ist ja nicht alleine Aufgabe der GGLF, sondern Querschnittsarbeit auch aller anderen Gewerkschaften.

So beraten wir mit der Gewerkschaft Holz und Kunststoff über die Zukunft der Regenwälder, da sie die deutsche Sektion der Internationalen Holzarbeiter vertreten.

Mit der Gewerkschaft Chemie, Papier, Keramik diskutieren wir über PVC und versuchen, hier mit GHK und CPK zu einer gemeinsamen Position zu kommen.

In vielen Bereichen wie der Gentechnik, den Biotechnologien oder den Möglichkeiten der Arbeitsplatzschaffung durch Umweltsanierungen gibt es viele Berührungspunkte zu anderen Gewerkschaften, die aufgegriffen werden müssen. Denn unsere Mitarbeit hilft damit gleichzeitig auch, den Umweltgedanken in anderen Gewerkschaften stärkeren Platz einzuräumen.

• Zusammenarbeit mit Umweltverbänden

An leider zu vielen Menschen ist der letzte deutsche Umwelttag in Frankfurt vorbeigegangen, den zum ersten Mal in der Geschichte die Umweltverbände zusammen mit den Gewerkschaften durchgeführt haben. Auch unsere Mitglieder haben sich daran nicht in dem Maße beteiligt, wie wir uns das gewünscht hatten.

Ich betone es nochmals: die GGLF ist kein Umweltverband, sondern eine Solidargemeinschaft der Beschäftigten. Umweltschutz ist in dieser Gemeinschaft aber eine übergreifende und umfassende Aufgabe, der sich kein Bezirk, kein Landesbezirk und schon gar nicht eine Hauptverwaltung entziehen kann.

Deshalb nutzen wir die Kenntnisse, Publikationen und Strategien der Umweltverbände zum Erreichen unserer Ziele.

Viele unserer Mitglieder arbeiten in den Umweltverbänden. Ob in Bundes- und Landesvorständen oder als Aktive in den Ortsgruppen, Mitglieder der GGLF mischen sich ein.

Immer noch zu wenige unserer Mitglieder drängen auf konkrete Aktionen ihrer Gewerkschaft im Umweltschutz und schwächen damit auch unsere Möglichkeiten.

Es ist Zeit zu akzeptieren, daß es ein Widerspruch ist, tags Arbeitnehmer zu sein und abends für die Umwelt zu kämpfen. Es ist Zeit, den Umweltschutz in alle gesellschaftlichen Gruppen einzubringen und dort für diese Ziele zu werben.

- **Zusammenarbeit mit Verbraucherverbänden**
Arbeitnehmer spielen heute eine immer stärker werdende Rolle nicht nur als Produzenten, sondern auch als Konsumenten, als Verbraucher.

- **Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern**
Die wachsende gesellschaftliche Bedeutung des Umweltschutzes hat unter anderem zur Folge, daß viele Fragen nicht mehr ohne wissenschaftlichen Beistand ausreichend bearbeitet werden können.

- **Europäische Union**
Auf der Ebene der europäischen Union haben wir aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Heute sitzen die europäischen Agrargewerkschaften mit Wissenschaftlern und Instituten an einem Tisch und entwickeln unter wissenschaftlicher Hilfe ihre Positionen. Aktuell arbeiten wir z.B. an den Problemen der Harmonisierung der Pflanzenschutzmittel im gemeinsamen Markt und an der Neufassung der EG-Trinkwasserrichtlinie. Hier bedarf es einer kontinuierlichen und konsequenten Lobbyarbeit, um die erreichten Ziele auszubauen und Rückschritte zu Lasten der Gesundheit und der Umwelt zu verhindern.

- **Umweltschutz als Aufgabe der Sozialpartner**
Diese Erkenntnisse heute in den Gewerkschaften wiederzufinden ist vor allem das Verdienst der Umweltverbände, die es verstanden haben, in den letzten zwei Jahrzehnten die allgemeine gesellschaftliche Diskussion zu entwickeln.
Den zugespitzten Umweltentwicklungen muß auf dieser Grundlage die Arbeit in anderen gesellschaftlichen Bereichen entsprechen.
Uns gelang es als erster der DGB-Gewerkschaften, in einem Tarifvertrag die Verwendung umweltfreundlicher Arbeitsmittel zu verankern. Die Substituierung des Kettenöls in Motorsägen durch Rapsölprodukte hat dazu beigetragen, auch in anderen Industriebereichen die Entwicklung voranzutreiben. Und die Substitute, die in der chemischen, Metall- und Druckindustrie heute umgesetzt worden sind, folgten dieser Logik.

Damit will ich nicht sagen, daß damit die Probleme vom Tisch wären. Aber Erfolge und konkrete Umweltentlastungen greifen eben nur dann, wenn sie auch in der Praxis Anwendung finden können.

- **Neue Zukunft in einer neuen Gewerkschaft**
Einen wichtigen Schritt hin zur Verbesserung und Effektivierung der Umweltarbeit unserer Gewerkschaft auf nationaler und europäischer Ebene wird die geplante Fusion mit der IG BSE darstellen. Hier planen wir eine durchgängig arbeitsteilig und strukturell moderne Gewerkschaft. Es werden gerade die Erfahrungen und das Know-how unserer Mitglieder sein, die in einer zu schaffenden Bundesvorstandsabteilung "Umweltschutz und Europa" den Umweltschutz unserer Organisationen verbessern werden.

Ebenso wie in unserer Gewerkschaft sind die Bauarbeiter dem Ruf ausgesetzt, Umweltzerstörer zu sein. Es ist notwendig, den Nachweis zu führen, daß weder Bauarbeit noch Landwirtschaft die Umwelt zerstören müssen und unsere vernünftigen Ansätze Mehrheiten erreichen können.

Es ist schon so: in einer großen Solidargemeinschaft kann wir alle nur stärker werden - auch im Umweltschutz.

Zur konzeptionellen Weiterentwicklung und zur Stärkung und Aktivierung der Potentiale vor Ort führen wir heute diese Konferenz durch.

Wir erwarten uns viel davon, vor allem Hilfe bei der Lösung der umfangreichen Aufgaben, die vor uns stehen.

Herzlichen Dank meiner Kollegin Eva-Maria Pfeil und den vielen Helfern im Landesbezirk Berlin-Brandenburg für die Ermöglichung dieser Konferenz.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Eva-Maria Pfeil

Ja ich danke dem Kollegen Hajo Wilms für seine Ausführungen und bitte nun den Kollegen Edgar Gärtner um seinen Beitrag.

Edgar Gärtner

„Gewerkschaften und Ökologie heute“

Entgegen einem weit verbreiteten Gerücht sind die Gewerkschaften in der Umweltpolitik nicht auf den fahrenden Zug aufgesprungen, sondern haben gerade in der Phase der Konzeption dieses neuen Politikbereiches zu Beginn der siebziger Jahre mit eigenen Initiativen Maßstäbe gesetzt. Erinnert sei hier nur an die vierte Internationale Arbeitstagung der IG Metall zum Thema "Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens", wo der Begriff des "qualitativen Wachstums" in die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Diskussion eingeführt wurde.

Ansätze einer arbeitsorientierten Ökologie gab es aber in der Arbeiterbewegung schon sehr viel früher. Neben den "Klassikern" Karl Marx und Friedrich Engels möchte ich hier vor allem Karl Liebknecht erwähnen, der als einer der ersten den Umweltbegriff der Ökologie aus der Fachdiskussion in die breite Öffentlichkeit trug. Und schon 1974, lange vor dem Aufkommen der Grünen, legte der DGB ein eigenes Umweltprogramm mit sehr weitgehenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Forderungen vor.

Diese Ahnenforschung soll hier allerdings nicht dazu dienen, in selbstgerechter Manier herzuleiten, daß die Arbeiterbewegung schon immer Umweltprobleme ernstgenommen hat und auch heute noch umweltpolitisch auf dem richtigen Dampfer ist. Ich erwähne die frühen Ansätze nur, um zur Frage überzuleiten, warum sich dann nicht Gewerkschaften und ihnen nahestehende Parteien, sondern Die Grünen als Öko-Partei profilieren konnten und warum es heute wieder als total offen gelten muß, worin denn der spezifisch gewerkschaftliche Beitrag zur Lösung ökologischer Probleme bestehen könnte. Zum Teil hängt das sicher damit zusammen, in welcher Form der DGB und verschiedene Einzelgewerkschaften Umweltprobleme aufgegriffen und welche grundsätzlichen Lösungswege sie vorgeschlagen haben. So finden sich im DGB-Umweltprogramm etliche (damals auch von mir selbst geteilte) Orientierungen, von denen man heute im nachhinein sagen kann, daß sie zum Glück nicht durchgesetzt wurden. So etwa die Aussage, Umweltschutz dürfe nicht zur Gewinnquelle für Unternehmer werden, er dürfe nicht der Entscheidung der Unterehmen überlassen werden, sondern müsse Bestandteil bzw. Resultat einer gesamtwirtschaftlichen Investitionslenkung sein. Heute sind wir in dieser Frage, denke ich, alle etwas klüger. Das heißt aber nicht, daß wir die weltweiten Umbrüche seit 1989, die u.a. damit zusammenhängende Beschleunigung gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse und die aktuelle wirtschaftliche Strukturkrise schon ausreichend analysiert und daraus praktikable Handlungsanweisungen abgeleitet haben. Die Ratlosigkeit ist groß. Hehre moralische Bekenntnisse, Forderungen und Absichtserklärungen helfen nicht weiter. Es gilt, Denkblockaden zu überwinden. Ohne das Eingeständnis, daß die bisherige Politik der Gewerkschaften und linker Parteien die schwierige Lage, in die wir geraten sind, mitverursacht hat, kommen wir nicht weiter. Die Gewerkschaften müssen heute einen ganz anderen Zugang zu den ökologischen Problemen finden als in den 70er und 80er Jahren. Wie ich mir das vorstelle, will ich im folgenden in Form einiger provokativer Thesen andeuten.

• Grundsätzliches zur aktuellen Umweltpolitik

Trotz Beschäftigungskrise und Superwahljahr scheinen die Bedingungen für einen ökologischen Kurswechsel der Wirtschaft in Deutschland nach wie vor günstiger zu sein als in vergleichbaren Industrieländern: Die Sensibilisierung der Deutschen für globale und regionale Gefährdungen ökologischer Zusammenhänge ist noch immer auf einem Spitzen-Niveau. Die Angst um den Arbeitsplatz hat zwar in den letzten Monaten zweifelsohne die Sorge um die Zukunft unseres Planeten auf den zweiten Platz verdrängt, aber noch immer wird der Umweltschutz bei uns in Meinungsumfragen als mittelfristig wichtigstes Problem eingestuft. Die Natur- und Umweltschutzverbände genießen höchste Glaubwürdigkeit - ganz im Gegensatz zu Berufspolitikern und Top-Managern der Wirtschaft. Die Konsumgüterindustrie reagiert auf diesen Wertewandel, indem sie in wachsendem Maße Öko-Versionen ihrer Produkte anbietet oder alteingeführte Markenwaren zumindest öko-mäßig verpackt. Die Sortierung von Verpackungsmüll scheint zur wichtigsten Freizeitbeschäftigung der Deutschen zu werden.

Doch sind die Deutschen nicht nur Europa-, wenn nicht Weltmeister in der ökologischen Sensibilisierung und im Formulieren guter Absichten, sie sind gleichzeitig Europameister im Müllexport und Weltmeister im Ferntourismus. Offenbar lieben die Deutschen ihr eigenes Land so wenig, daß sie ihm bei jeder Gelegenheit den Rücken kehren. Nicht zuletzt deshalb ist die Öko-Bilanz einer/eines Durchschnittsdeutschen vermutlich noch immer um einiges schlechter als etwa die Ökobilanz eines Durchschnittsfranzosen, dessen ökologische Sensibilisierung zwar bestenfalls europäisches Mittelmaß erreicht, der aber seinen Urlaub mit einem kleinen Auto im eigenen Land verbringt, sich mit einem winzigen Eigenheim begnügt und sein Geld lieber für gutes Essen und Trinken im Kreis der Großfamilie ausgibt. Auch für einen typischen deutschen Öko-Aktivist, der die moralische Selbstgerechtigkeit wie ein Transparent vor sich herträgt, Müsli isst und Rad fährt, sich dafür aber jedes Jahr mehrere Fernflüge in die entlegensten Erdteile gönnt, fällt der Vergleich mit unseren europäischen Nachbarn nicht günstiger aus. Ist es unter diesen Umständen wirklich so abwegig, wenn uns viele ausländische Beobachter allesamt für ausgemachte Pharisäer halten und die ihnen von deutschen Öko-Bewegten erteilten guten Ratschläge dankend zurückweisen?

• Reinheitskult statt Ökologie

Die Hauptursache für das weite Auseinanderklaffen zwischen Worten und Taten in der deutschen Umweltpolitik liegt nicht in der Verschwörung einer obskuren Minderheit Ewiggestriger gegen den Mainstream der Öko-Bewußten. Sie liegt auch nicht in den sinkenden Etats des Bundesumwelt-

ministeriums bzw. des Umweltbundesamtes oder im rezessionsbedingten strengeren Kostenmanagement vieler Unternehmen, so ärgerlich das im Einzelfall auch sein mag. Sie liegt vielmehr darin, daß wesentliche Teile unserer Öko-Bewegten die Ökologie mit einem Reinheitskult verwechseln.

Besonders deutlich wurde das beim Affentheater um den Grünen Punkt. Das DSD, wage ich zu behaupten, ist nicht deshalb in Schwierigkeiten geraten, weil die Deutschen in ihrem Öko-Eifer mehr als doppelt so viele Plastikverpackungen als vorgesehen gesammelt haben, sondern weil Klaus Töpfer dem Reinheitskult der Öko-Bewegten zu weit entgegenkam, indem er die Verbrennung von Verpackungen von vornherein ausschloß. Die französische Regierung, die die deutsche Verpackungsverordnung weitgehend kopierte, die Entsorgung jedoch vollständig in der Hand der Kommunen beließ, hat demgegenüber pragmatisch entschieden, daß Verpackungen erst ab einer gewissen Mindestgröße stofflich verwertet werden müssen. Kleinkram kann nach wie vor verbrannt werden. So besteht dort die Chance, daß die Öko-Bilanz des Verpackungs-Recycling positiv wird. Nun möchte Töpfer seine Verpackungsverordnung entsprechend korrigieren, aber die Öko-Bewegten schreien Verrat. Warum ist es bei uns nicht möglich, sich darauf zu einigen, die Restmüllverbrennung unter strengen Auflagen noch auf 20 Jahre befristet zuzulassen, bis grundlegende Veränderungen unserer Wirtschaftsstruktur und Lebensweise diesen Entsorgungsweg überflüssig gemacht haben?

Seine Begründung findet der Reinheitskult meist in einem platten Naturalismus. Dahinter steht das Unbehagen der neuen Mittelschichten an der Moderne. Ursache der postmodernen Gebrochenheit ist die Orientierungslosigkeit der Anhänger extrem individualisierter und lustbetonter (hedonistischer) Lebensentwürfe, die sich im Gefolge der 68er Revolte ausgebreitet hat. Die damit verbundene Sinnkrise kompensierten diese Individuen eine Zeit lang mit Ersatzbefriedigungen, die der Massenkonsum bot. Doch dadurch wurde die vom Verlust familiärer und religiöser Geborgenheit herrührende geistige Leere nur umso größer. An die Stelle des Konsumrausches trat deshalb bei einem Teil der Mittelschichtsangehörigen "die Natur" als vermeintlich sicherer Wert.

Die "Natur" erscheint den durch den Verlust traditioneller Bindungen auf sich selbst zurückgeworfenen Individuen als überparteiische Sinn- und Ordnungsstifterin. Wer sich der Natur verpflichtet fühlt, begründet damit eine moralische Überlegenheit gegenüber bisherigen sinnstiftenden Institutionen wie Kirchen, Parteien, Unternehmerverbänden oder Gewerkschaften. Die "Natur" (Welche Natur: die Wildnis oder die von Menschen gestaltete?) erscheint als gut und weise und

die ihr undialektisch entgegengesetzte moderne Technik als Sündenfall. Durch die Opferung von Sündenböcken, d.h. von als "unrein" erklärten Techniken oder Produktlinien (z.B. der Abfallverbrennung, der Chlorchemie oder der Gentechnik) versuchen die von der Moderne enttäuschten Individuen, sich wieder reinzuwaschen. Die ökologische Gesamtbilanz gerät aus dem Blickfeld. So sieht es zumindest Ortwin Renn von der Stuttgarter Akademie für Technikfolgenabschätzung. Jedenfalls ist unübersehbar, daß bei der deutschen Öko-Bewegung weder die Bewahrung der Artenvielfalt noch die unumgängliche drastische Verminderung unseres Material- und Energieeinsatzes, sondern die Beruhigung des eigenen Gewissens im Vordergrund steht. Diese Bewußtseinslage erlaubt es Umweltpolitikern wie Klaus Töpfer, die öffentliche Aufmerksamkeit auf symbolische Ersatzhandlungen zu lenken, die Gewissenserleichterung versprechen, deren Öko-Bilanz aber bestenfalls neutral ist.

Außer in der postmodernen Gebrochenheit, die in unterschiedlicher Ausprägung heute in verschiedenen Industrieländern zu beobachten ist, wurzelt die Kultivierung des schlechten Gewissens und die Suche nach Sündenböcken bei uns in Deutschland aber auch in einer bestimmten Form der Bewältigung unserer nazistischen Vergangenheit. "Daß in Deutschland das Ozonloch allemal vernichtender, das Wetter apokalyptischer und die Ölpest am Golf verheerender ausfällt als in Frankreich, England oder den USA, hängt weniger mit unterschiedlichen Grenzwerten als vielmehr mit dem unterschiedlichen Potential an 'Schuldbereitschaft' zusammen", schreibt der "Trendforscher" Matthias Horx treffend. Und der junge französische Ethnologe Pierre-Yves Gaudard hat kürzlich hergeleitet, daß hinter den "deutschen Ängsten" vor Waldsterben und Klimakatastrophe sowie bei der bei uns verbreiteten Neigung, Beschwichtigungsversuche nicht nur als ungerechtfertigte Verharmlosung zu kritisieren, sondern als "Mitläufertum" zu denunzieren, letztlich der Wunsch eines maßgeblichen Teils der jungen Generationen steht, sich nachträglich mit den Opfern des Holocaust zu identifizieren.

• Wider die deutsche Gründlichkeit

Man könnte das alles - ganz pragmatisch - auf sich beruhen lassen, würden durch den naturalistischen Fehlschluß zwischen Sein und Sollen nicht potentiell folgenschwere Kommunikationsbarrieren zwischen der Öko-Bewegung und der Wirtschaft oder - noch schlimmer - zwischen den Deutschen und ihren europäischen Nachbarn oder in der sich bei uns selbst herausbildenden "multikulturellen Gesellschaft" errichtet. Wir müssen aber mit immer mehr Menschen kommunizieren, die keine nazistische Vergangenheit zu bewältigen haben.

Wenn eine Seite selbstbewußt ihre Interessen vertritt, die andere aber ihre Komplexe kultiviert, ist kaum Kommunikation möglich.

So ist z.B. die nur auf dem Hintergrund der Verwicklung der deutschen Großchemie verständliche Forderung nach einem raschen Totalausstieg aus der Chlorchemie weder in Europa noch in Amerika ohne weiteres kommunizierbar. Sie gilt als typischer Ausdruck deutscher Gründlichkeit. Ob wir denn Chlor aus dem Periodensystem der Elemente tilgen wollten, fragte mich z.B. ein kanadischer Umweltschützer. In unserem Nachbarland Frankreich gilt Chlorgeruch, historisch bedingt, sogar nach wie vor als Ausdruck von Sauberkeit und Frische.

Vermutlich wären die Anstrengungen zur "Entgiftung" der Chemie schon weiter, hätte die Öko-Bewegung nicht zum Frontalangriff gegen die böse Chlorchemie geblasen und damit auf Seiten der Chemieindustrie Selbstbeauptungsreflexe provoziert, sondern sich um die Substitution besonders problematischer Produkte (darunter selbstverständlich auch organische Chlorverbindungen) gekümmert und dabei die Zukunft ganzer Produktlinien zunächst offengelassen.

Den Deutschen bleibt nichts anderes übrig, als ihr Verhältnis zu Natur und Technik wie zu ihrer eigenen Nation und Geschichte zu "normalisieren", d.h. den "deutschen Sonderweg" der Distanz zur Tradition der westeuropäischen Aufklärung zu verlassen. Ich möchte mich dabei aber, um Mißverständnisse zu vermeiden, nicht an Frankreich orientieren. Dieses Nachbarland kann für uns, gerade aus gewerkschaftlicher Sicht, meiner Meinung nach kein Modell sein. Ein Vorbild könnte hingegen für uns in mancher Hinsicht die Verkehrs- und Abfallpolitik der Schweiz sein. Aber es nützte wenig, bei uns die ökologisch z.T. außerordentlich effektive direkte Demokratie zu kopieren, ohne gleichzeitig das in der Schweiz weiter entwickelte pragmatische Denken zu übernehmen.

Nur der Pragmatismus vermag es, Kommunikationsbarrieren zu vermeiden und die Bedingungen für kreatives und effektives Handeln in einer unübersichtlichen Gesellschaft zu schaffen, weil er davon ausgeht, daß es die Wahrheit nicht gibt, sondern daß einzig der nachhaltige gesellschaftliche Nutzen von Theorien und Weltbildern zählt. Er ist deshalb eine wirklich demokratie- und marktwirtschaftsverträgliche, weil unideologische und vorurteilsfreie Philosophie und somit das wirksamste Gegengift gegen Naturalismen und Fundamentalismen unterschiedlichster Spielart, die das friedliche Zusammenleben der Menschen im "globalen Dorf" gefährden. In seinen ökologischen und gesellschaftlichen Konsequenzen ist der Pragmatismus übrigens radikaler als der lediglich verbalradikale Reinheitskult. Freilich ist auch der Pragmatismus eine Utopie. Das gebe ich gerne zu.

Auf gesellschaftliche Leitbilder und Ideale sollen und können die Gewerkschaften aber deshalb nicht verzichten.

• Für eine arbeitsorientierte Ökologie

Umdenken, neu beginnen heißt nicht, Bewährtes über Bord werfen. Ich denke, wir sollten gerade im Rahmen eines pragmatischen, flexiblen ziel- und erfolgsorientierten Herangehens an die ökologischen Probleme nicht davon abgehen, das Verhältnis von Mensch und Natur von der lebendigen Arbeit her zu bestimmen. Ich wende mich damit gegen Ansätze, die vom unausweichlichen Ende der Arbeitsgesellschaft ausgehen. Das heißt nicht, daß ich gesellschaftsplitische Vorschläge wie die Einführung eines arbeitsunabhängigen Grundeinkommens von vornherein für abwegig erklären möchte. Im Rahmen pragmatischer Lösungsansätze für die ökologischen und sozialen Probleme können solche "systemfremden" Elemente durchaus ihren Platz haben. Ich möchte auch nicht vor dem realen Trend in Richtung auf die Auflösung der Arbeitsgesellschaft die Augen verschließen. Ich bin allerdings davon überzeugt, daß dieser Prozeß zum Zerfall unserer hoch differenzierten Gesellschaft führte, würde ihm kein demokratischer Widerstand entgegengesetzt, denn die Arbeit ist nach wie vor das wichtigste Bindemittel der modernen Gesellschaft. Die Postmoderne hat nichts hervorgebracht, das die Arbeit in ihrer Rolle als Vermittlerin des gesellschaftlichen Zusammenhalts ablösen könnte. Deshalb sehe ich als Ex-Marxist keine Veranlassung, in diesem Punkt einen der zutiefst humanistischen Ansätze in der Theorie von Karl Marx preiszugeben.

Dort gilt die Arbeit allerdings nicht vordergründig, d.h. instrumentell verkürzt, lediglich als Mittel, um irgendwie Geld für den Lebensunterhalt zu verdienen, sondern grundsätzlich als das, was den Menschen erst zum Menschen macht. Der Mensch als Teil der Natur arbeitet sich durch die zielgerichtete, bedürfnisorientierte Veränderung der außermenschlichen Natur aus dem Tierreich empor. Diese Veränderungen können sich als klug, d.h. den menschlichen Bedürfnissen und Interessen längerfristig förderlich, oder als kurzfristig erweisen. Nur durch die Methode von Versuch und Irrtum können die Menschen erkennen, was geht und was nicht geht. Bis heute hat sich daran nichts Grundsätzliches geändert. Aufgrund der Fortschritte der Wissenschaft verstehen wir heute zwar sehr viel besser, warum etwas geht, wenn es erst einmal geht, d.h. warum eine Nutzungsform der Natur zu besseren Ergebnissen führt als eine andere, aber wir können nicht im Voraus abschätzen, zu welchen Ergebnissen völlig neuartige Eingriffe in Naturzusammenhänge führen werden. Im Wesentlichen haben wir nur unser Wissen darüber, was alles nicht geht, vermehrt. (Darauf werde ich im

Zusammenhang mit dem Begriff der Nachhaltigkeit zurückkommen.)

Wichtig erscheint mir hier lediglich der Hinweis, daß es keinen grundsätzlichen, unaufhebbaren Widerspruch zwischen Arbeit und Umwelt gibt. Das zeigt sich im historischen Rückblick gerade bei uns in Mitteleuropa, wo sich nach der Eiszeit extrem artenarme Wälder entwickelten. Waldrodungen für Ackerbau und Viehzucht führten bei uns über Jahrhunderte hinweg zu einer erheblichen Zunahme der Zahl der Organismenarten, weil Steppenbewohner in die an der Stelle des eintönigen Urwaldes entstehende vielfältige Kulturlandschaft einwandern konnten. Dabei entstanden durch Überweidung und andere Formen der Überausbeutung Magerrasen (Orchideenwiesen) und Heiden, die heute als besonders wertvolle Stücke "Natur" gelten und als solche geschützt werden. Damit möchte ich die gerade im Mittelalter eingetretene nachhaltige Ressourcenzerstörung und das damit verbundene menschliche Leid nicht verharmlosen. Es kommt mir hier nur darauf an, aufzuzeigen, daß es seit dem Aufkommen des Ackerbaus, der "neolithischen Revolution", in der sozialökologischen Gesamtbilanz so etwas wie Fortschritt gab. Gerade wenn wir hier unser wichtigstes Fortschrittskriterium, die Entwicklung der individuellen und politischen Freiheit, anlegen, wird das deutlich: durch die Bereicherung der Kulturlandschaft entstanden mehr individuelle bzw. einzel- und gesamtwirtschaftliche Wahlmöglichkeiten bei der Ressourcen-Nutzung.

Erst seit etwa 50 Jahren ist die Entwicklung wieder rückläufig. Die intensive Landwirtschaft gilt heute bei Ökologen einhellig als die mit Abstand wichtigste Verursacherin des Artenschwunds. Aus einer ganzen Reihe negativer Faktoren ragt hier die Überdüngung der Böden mit Stickstoffverbindungen (Nitrate aus Kunstdünger, Ammoniak aus der Massentierhaltung und Stickoxide aus dem motorisierten Verkehr) hervor. (Das ist, nebenbei gesagt, auch die wichtigste Ursache der "neuartigen Waldschäden".) Infolgedessen ist heute die Artenvielfalt in unseren Großstädten paradoxerweise schon größer als auf dem Lande. Die Umkehrung dieses Trends durch Maßnahmen der "Renaturierung" erfordert den Einsatz zusätzlicher lebendiger und vergegenständlichter Arbeit.

Arbeitsorientierung der Ökologie schließt also ein, daß sich die Gewerkschaften nicht kritiklos Standpunkte und Forderungen der deutschen Ökologiebewegung zu eigen machen. Diese Bewegung begnügte sich meines Erachtens bislang weitgehend mit der lautstarken Äußerung von Befindlichkeiten und edlen Absichten, legte aber in der Praxis (siehe Fernreise-Boom) wenig Wert auf eine effektive und nachhaltige Veränderung unserer Arbeits- und Lebensweise. Der Reinheitskult förderte vielmehr den Verkauf von Produkten, die Völlerei und

Ablatz in einer Packung versprechen. Matthias Horx bezeichnet das als "Ökoloizismus" (Verbindung von Ökologie und Katholizismus).

Eine stärkere Einbeziehung der Arbeitswelt in die Ökologiedebatte böte hingegen meiner Meinung nach große Chancen, die Scheinheiligkeit des Reinheitskultes zu vermeiden. Schon in den 70er Jahren setzte sich im DGB und in verschiedenen Einzelgewerkschaften die Erkenntnis durch, daß sich die Gewerkschaften neben dem nach wie vor wichtigen Lohnkampf und der Verbesserung der betrieblichen Arbeitsbedingungen verstärkt gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben widmen müssen. Diese Erkenntnis wurde aber allenfalls bruchstückhaft in die Praxis umgesetzt. Und das nicht nur deshalb, weil die Gewerkschaften durch ihre Gegner daran gehindert wurden (was zweifelsohne auch stimmt). Ausschlaggebend waren meines Erachtens trotzdem Denkblockaden in den eigenen Reihen. Auch bei vielen Gewerkschaftern bestand die Neigung, sich mit selbstgerechten Glaubensbekenntnissen zu begnügen, statt bestehende mehr oder weniger enge Spielräume für kleine, aber greifbare Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen zu nutzen. Diese setzen die Überwindung der Lagermentalität voraus.

Anders als auf dem ureigensten Feld gewerkschaftlicher Aufgaben, der Lohnpolitik, hat heute in der Umweltpolitik wie bei anderen gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben meines Erachtens die Kooperation einen größeren Stellenwert als die Konfrontation. Dabei gilt allerdings, daß die Kooperation umso leichter zustande kommen dürfte je besser es den Gewerkschaften gelingt, ein eigenes umweltpolitisches Profil zu gewinnen und ihr Konfrontationspotential aufrecht zu erhalten. Noch bereitet es aber vielen Kolleginnen und Kollegen Schwierigkeiten, sich beispielsweise auf Diskussionen über neue Produktions- und Managementmethoden einzulassen, die zu realen Umweltentlastungen und auch zu höherer Arbeitszufriedenheit führen können, zunächst aber nicht selten den Verzicht auf liebgewordene Gewohnheiten, gewisse soziale Errungenschaften und u.U. auch auf wirtschaftliche Wachstumspotentiale und Beschäftigungsmöglichkeiten beinhaltet. Andererseits dürfen bestehende Arbeitsplätze nicht schon deshalb leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, weil eine Tätigkeit oder Produktlinie von Eiferern für "unrein" erklärt wird. Entscheidungsgrundlage kann nur ein verantwortungsgeleiteter gesamtwirtschaftlicher Abwägungsprozeß sein, in dem alle Betroffenen gehört werden müssen. Detaillierte Ökobilanzen können dabei manchmal hilfreich sein, die Entscheidungsträger aber letztlich nicht von ihrer Verantwortung entlasten.

Alles in allem war die bisherige gewerkschaftliche Tarif- und Arbeitspolitik (ich spreche jetzt nicht

speziell von der GGLF) ökologisch kontraproduktiv. Sie trug nicht wenig zur Festigung überholter Industrie- und Wirtschaftsstrukturen bei. So die Einschätzung des Berliner Sozialwissenschaftlers Eckart Hildebrandt. In Zukunft muß sich die gesamte Politik der Gewerkschaften stärker an Kriterien der nachhaltigen sozialen und ökologischen Nützlichkeit orientieren. Es geht, so Hildebrandt in einer in den "Arbeit & Ökologie-Briefen" veröffentlichten Debatte, um "eine Reintegration von Arbeit und Leben von der Seite der Arbeit her." Hildebrandt hat übrigens in einer anderen Veröffentlichung zu Recht darauf hingewiesen, daß die Hoffnung, durch massive Umweltinvestitionen dem Problem der Massenarbeitslosigkeit beikommen zu können, trügerisch ist: Gerade bei einer konsequenten Umwelt-Vorsorgepolitik entstehen die wenigsten neuen Dauerarbeitsplätze. Und ein Teil der bestehenden Arbeitsplätze verschwindet ersatzlos. Nur bei der schlechtesten, auf nachträgliche Entsorgung und Reparatur ausgerichteten Umweltpolitik entstehen im nennenswerten Umfang neue, aber nicht unbedingt qualifizierte Arbeitsplätze (siehe DSD). Die arbeitsmarktpolitische Instrumentalisierung der Umweltinvestitionen wäre also mit großer Wahrscheinlichkeit ökologisch kontraproduktiv. In Teilbereichen kann ein ökologischer, d.h. am Kriterium der Nachhaltigkeit orientierter Umbau der Wirtschaft aber durchaus mit der Sicherung und Neueinrichtung qualifizierter Arbeitsplätze einhergehen. Die GGLF ist in der glücklichen Lage, solche Bereiche zu vertreten.

• Der Streit um die Nachhaltigkeit

Damit komme ich zur wichtigsten Leitidee ökologisch orientierten gewerkschaftlichen, aber auch unternehmerischen Handelns, dem Begriff der Nachhaltigkeit bzw. der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen. Dieses Konzept geht bekanntlich auf die deutsche Forstwissenschaft des beginnenden 19. Jahrhunderts zurück und hat seit der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio in seiner englischen Übersetzung (sustainability) weltweit Karriere gemacht. Allerdings gibt es hier eine beinahe hoffnungslos sprachliche Verwirrung. Das englische "to sustain" bedeutet eher durchhalten. Der in der forstwissenschaftlichen Tradition im Vordergrund stehende Aspekt der Bewahrung und der Dauer ist damit nicht unbedingt angesprochen. So ist denn auch in den schönen Beschlüssen der Rio-Konferenz weniger von "sustainable use", sondern hauptsächlich von "sustainable development" die Rede, was nicht unbedingt dasselbe ist. Im Buch "Kurswechsel!" des zur Ökologie konvertierten schweizer Konzernchefs Stephan Schmidheiny findet sich gar an zentraler Stelle der Begriff "nachhaltiges Wachstum", was wieder etwas ganz anderes ist. Konsens gibt es bislang nur über solche allgemeinen Ziele

wie die Verminderung der Stoff- und Energiedurchsätze in der Weltwirtschaft und die weitestgehende Bewahrung der erreichten biologischen Vielfalt.

Hinter dem forstwissenschaftlichen Konzept der Nachhaltigkeit steht die Idee, im Wald jedes Jahr nur so viel Holz einzuschlagen wie nachwächst, d.h. von den Zinsen und nicht vom Kapital zu leben. Dahinter steht, kaum verhohlen, der bürgerlich-kapitalistische Anspruch auf totale Naturbeherrschung. Daneben gab es aber bekanntlich auch noch andere, mit der Idee des Natur- oder Dauerwaldes verknüpfte Interpretationen von Nachhaltigkeit. Inzwischen sollte aber klar geworden sein, daß es in einer raschem Wandel unterworfenen Welt Nachhaltigkeit nur als regulative Idee im Sinne Kants, nicht aber als (mechanistisches) Realmodell geben kann. Und auch die außermenschliche Natur kann nur auf dem Hintergrund bereits ausformulierter gesellschaftlicher Ziele als Vorbild dienen. An und für sich könnte sie Beispiele (und Rechtfertigungen) für alles mögliche liefern: für Sparsamkeit und Verschwendung, für Eintönigkeit und Vielfalt, für Brutalität und Sensibilität usw.

Aber selbst als Leitidee ist das Konzept der Nachhaltigkeit alles andere als eindeutig. Und es verschleiert wirtschaftliche und soziale Interessengegensätze. Wie der Begriff "Natur" schafft auch das Konzept der Nachhaltigkeit nur eine scheinbare Einmütigkeit. Gerade hier gibt es nicht die Wahrheit, sondern je nach Weltansicht, Interesse und Zukunftsvorstellung verschiedene Wahrheiten. Umso wichtiger ist es, mögliche Alternativen klar herauszuarbeiten, voneinander abzugrenzen und im argumentativen Streit gegenüberzustellen.

Ich möchte das am naheliegenden Beispiel der Forstwirtschaft verdeutlichen. Auch die von der staatlichen Forstverwaltung und von großen Holzkonzernen bislang favorisierte Kahlschlagwirtschaft kann, zumindest formal, dem Kriterium der Nachhaltigkeit genügen, wenn die Kahlschläge wieder rasch aufgeforstet, gepflegt und gedüngt werden. Die Vertretung der Arbeitnehmer hat hingegen ein Interesse an Formen der Waldbewirtschaftung, bei denen in größtmöglichem Umfang qualifizierte Arbeitsplätze entstehen. Die Naturschutzverbände werden wieder andere Aspekte in den Vordergrund rücken. Der Streit zwischen den verschiedenen Interpretationen von Nachhaltigkeit muß offen ausgetragen werden können. Am Ende werden sich die Kontrahenten zu mehr oder weniger tragfähigen Kompromissen zusammenraufen müssen. Im Idealfall käme es dadurch zu einem von Pragmatismus geleiteten Problemlösungspakt zwischen Unternehmern, Arbeitnehmern und Umweltschützern, zu einem effektiven interessen- und zielorientierten Co-Management.

Noch ist das Zukunftsmusik. Die überkommene Struktur der deutschen Forstwirtschaft setzt einer solchen Herangehensweise Grenzen. Aber auch in anderen Wirtschaftsbereichen haben sich Betriebsräte und Gewerkschaften bislang noch viel zu selten durch ökologische Gestaltungskompetenz und Verantwortungsethik hervorgetan. In der Regel gehen Initiativen für die ökologische Umstellung von Betrieben einseitig vom Top-Management aus. Schuld daran ist sicher zum Teil der Widerstand der Unternehmerseite gegen eine Ausweitung der Zuständigkeit der Gewerkschaften. Das hat sich besonders deutlich in den Auseinandersetzungen um die Aufnahme umweltbezogener Regelungen in Tarifverträge gezeigt. Wahr ist aber auch, daß viele Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter bislang ganz froh darüber waren, wenn ihnen Manager oder Unternehmensberater die Arbeit des Nachdenkens über ökologieverträgliche Zukünfte ihres Betriebs oder ihrer Branche abnahmen.

Bleibe es bei dieser Haltung, dann würden die Arbeitnehmervertreter bald als überflüssig erscheinen. Die deutschen Gewerkschaften könnten dann, wie die französischen, den Abstieg in die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit kaum noch aufhalten. Das aber hielte ich im Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der eine von Naturschützern leider oft unterbewertete Dimension der Nachhaltigkeit darstellt, für sehr bedenklich. Die Gewerkschaften haben in der Nachkriegszeit als konflikt- und kooperationsfähige Sozialpartner nicht unwesentlich die Qualität des "Standortes Deutschland" mitbestimmt. Sie sollten das meines Erachtens auch in einer Zeit tun, in der ökologische Faktoren der Standortqualität an Bedeutung gewinnen.

Eva-Maria Pfeil

Vielen Dank, Kollege Gärtner. So, ich würde jetzt vorschlagen, daß wir eine Pause machen von 20 Minuten.

Bernd Schütt

„Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen - gewerkschaftliche Einflußnahme“

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mit der preußischen Gewerbeordnung von 1869 wurde der Grundsatz, jede Produktion sei unschädlich, sofern von den eventuell Geschädigten nicht naturwissenschaftlich extakt das Gegenteil bewiesen werden kann" zum politischen Dogma erhoben.

Seit dieser Zeit werden die Risiken für die arbeitenden Menschen und die Umwelt nur gemindert und nachträglich korrigiert.

In mehr als 20 Jahren Umweltpolitik ist es nicht gelungen, den additiven Umweltschutz zugunsten einer ökologisch orientierten Kreislaufwirtschaft zu überwinden. Darum läßt sich der nicht als Prozeßinnovation angelegte nachsorgende Umweltschutz immer wieder politisch instrumentalisieren. Er ist unproduktiv, verursacht folglich zusätzliche Kosten, die zumeist auf den Verbraucher abgewälzt werden und hat kaum steuernde Investitionswirkung für einen ökologischen Umbau. Konsequenter muß diese Sichtweise in die Formel münden, nur eine florierende Wirtschaft kann sich Umweltschutz leisten: Die „Wirksamkeit“ dieser Formel in der öffentlichen Diskussion macht allerdings deutlich, wie „schwach“ der Umweltschutz in Unternehmen und Gesellschaft oft noch verankert ist.

Gerade die jetzige Krise mit einer Massenarbeitslosigkeit von mehr als 4 Millionen offiziellen Arbeitslosen, 3 Millionen Wohnungssuchenden und 4,2 Millionen Sozialhilfeempfängern führt nicht nur zur Absenkung der Einkommen und der sozialpolitischen Standards.

Tatsächlich wird zur Zeit die Forderung des BDI, die Krise zu nutzen, eingelöst. Sie begünstigt all jene, die unternehmerische Verantwortung als kurzfristige Strategie schwarzer Zahlen definieren und denen im Zweifelsfall zukünftige Generationen gleichgültig sind.

Verbandslobbyisten, wie der DIHT, sehen sogar durch Umweltschutz den Standort Deutschland gefährdet. Daß dieser Bereich bereits heute 600.000 Arbeitsplätze umfaßt und die bundesdeutsche Industrie bei Umwelttechnik im internationalen Wettbewerb den absoluten Spitzenplatz einnimmt, wird absichtsvoll übersehen.

Und dies ist nur der Anfang. Gerade der Umwelttechnik wird eine ungeheure wirtschaftliche Dynamik vorausgesagt. Weltweit wird sich die Nachfrage nach Umwelttechnik verdreifachen - von gegenwärtig 300 Milliarden pro Jahr auf 1.000 Milliarden Dollar pro Jahr. Die Nachfrageseite kann noch wesentlich verstärkt werden durch Strategien zu Ressourcen- und Energieeinsparung sowie der Verkehrsvermeidung.

Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft kann also ein entscheidender Beitrag der Bundesrepublik für die Neubewertung der internationalen Arbeitsteilung sein.

Ein Wettbewerb um Lohndumping wird nur Verlierer kennen. Ein Wettbewerb um den ökologischen Umbau wird dagegen technologische Basisinnovationen, eine Qualifikationsoffensive und Beschäftigungsimpulse auslösen.

Hierauf gewerkschaftliche Fantasie zu verschwenden, erscheint mir allemal vielversprechender als öffentliche Gefechte zur Verteidigung umweltbeeinträchtigender Produktionen zu führen.

Natürlich bilden die Beschäftigungsinteressen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Kristallisationspunkt gewerkschaftlicher Politik. Gefragt sind sowohl sichere Arbeitsplätze als auch sinnvolle Arbeit. Unzweifelhaft diktiert der Grad der Arbeitsplatzsicherheit die Einstellung zur Umweltpolitik.

Aus unserer repräsentativen Untersuchung „Baugewerkschaft 2000“ wissen wir, daß 54 % unserer Beschäftigten für eine Vorreiterrolle der IG Bau-Steine-Erden in der Umweltpolitik plädieren, wenn ihr Arbeitsplatz nicht gefährdet ist.

Bei denen, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, liegt der Anteil nur bei 46 %.

Und: während 46 % derjenigen, die ihren Arbeitsplatz für sicher halten, ein Engagement der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden gegen das Zubauen von Flächen fordern, sind es unter denjenigen mit gefährdeter Stellung nur 37 %.

Zugleich wissen wir aus unserer Untersuchung, daß umweltpolitisches Engagement ganz wesentlich vom Bildungsgrad und beruflichen Status geprägt ist. Je höher der Bildungsgrad bzw. der soziale Status, desto eher wird umweltpolitisches Engagement eingefordert. Auch die Lebenslagen und das Alter sind prägend. Nicht mit zunehmender

Jugend, sondern - dem Vorurteil widersprechend - mit zunehmendem Alter, setzen sich unsere Beschäftigten eher für eine Vorreiterrolle der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden in der Umweltpolitik ein sowie gegen das Zubauen von „noch mehr Fläche“.

Offenbar werden mit höherem Alter die strategischen Zusammenhänge der Umweltpolitik mehr bewußt und zum anderen kommen hier die Früchte 10jähriger gewerkschaftlicher Umweltpolitik in der IG BSE zum Ausdruck.

Bevor ich hier ihren Verlauf darstelle, will ich noch eine grundsätzliche Anmerkung zur gewerkschaftlichen Umweltpolitik machen.

Jede gewerkschaftliche Umweltpolitik muß daran anknüpfen, die Ideen und Aktivitäten in Betrieben und Dienststellen möglichst in pro-aktiver Weise zu unterstützen. Für dieses Feld gibt es bislang keine entsprechende institutionelle Absicherung, weder nach innen noch nach außen.

Die Debatte um qualitatives Wachstum oder genauer um nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung muß im Rahmen der DGB-Reformdiskussion offensiv geführt werden. Ressourcenschonung, Abfallvermeidung und Energieeinsparung sowie verkehrvermeidende Mobilität sind strategische Elemente bei der Bewältigung gegenwärtiger Strukturbrüche. Sie zu bewältigen, macht den industriepolitischen Dialog unter der gleichberechtigten Einbeziehung der Kompetenz der Beschäftigten notwendig. Deshalb geht es auch um die Demokratisierung der industriellen Beziehung. Das gegenwärtige System der Mitbestimmung ist eher ein Instrument der Konfliktrege-

lung als der zukunftsweisenden Gestaltung. Gefragt ist nun ein differenziertes Beteiligungssystem, das sowohl dem Beschäftigten in Groß- als auch in Kleinbetrieben Beteiligungsmöglichkeiten einräumt.

Diskussionen um Arbeitsplatzsicherheit können nicht länger um ein Produkt oder Produktionsverfahren geführt werden, sondern müssen sich auf alle Stoffe im Produktkreislauf konzentrieren, branchenübergreifende Produktions- und Konsumstrukturen sowie öffentliche Dienstleistung einbeziehen.

Im Bereich der Automobilindustrie geht es nicht um Spritsparen, sondern um umfassende Mobilitätskonzepte, die sich am Leitbild „qualitativen Wachstums“ orientieren. Beim Bauen geht es um Benutzungsintegration, die die Spaltung von Arbeit und Wohnen aufhebt sowie um eine energie-, rohstoffsparende und zugleich recyclinggerechte Konstruktionen.

Diese wenigen Beispiele machen unter anderem deutlich, daß es um mehr geht, als um betrieblichen Umweltschutz. Gerade der Baubereich zeigt die Begrenztheit betrieblicher Ansätze. Die Baumaterialien haben immer sowohl eine umweltbezogene als auch eine gesundheitliche Komponente. Solange sie verarbeitet werden, können bestimmte Stoffe auf die Gesundheit der Beschäftigten zielen (Lacke, Kleber, Dichtungsmittel und Faserbaustoffe), danach werden sie zu eingebauten Umweltbelastungen (siehe Sick-building-Syndrom). Deshalb muß eine auf Produktionsinnovation abzielende bauspezifische Umweltpolitik an der Stoffseite ansetzen.

Um zu dieser Einsicht zu gelangen, mußte in unserer Organisation ein langer Weg zurückgelegt werden. Diese Einsicht ist selbst erst Resultat der bauspezifischen Auseinandersetzung mit der Umwelt. Ihren Ausgangspunkt hat die Umweltdebatte in unserem Organisationsbereich in der Strukturkrise der Bauwirtschaft zwischen 1984 und 1987 genommen, in der jeder fünfte Arbeitsplatz im Bauhauptgewerbe abgebaut wurde. Unter dem Eindruck der massiven Beschäftigungskrise stand die IG Bau-Steine-Erden vor der Frage, ob sich nicht neue Handlungs- und Beschäftigungsfelder erschließen lassen. Es begann mit Unterstützung der Wissenschaft eine systematische Bewertung der einzelnen Beschäftigungsfelder. Festgestellt wurde u.a., daß beim Bau von AKWs keine und bei der Sanierung von Abwassersystemen ungeheurere Beschäftigungschancen zu finden sind. Die Hoffnung auf neue Beschäftigung in anderen Bausparten beförderte die Bereitschaft, sich in der Organisation mit Umweltschutz zu beschäftigen.

Gerade die krisenhafte Entwicklung der Baubranche war Anlaß, sich der Umweltpolitik zu öffnen. Zunächst wurde sie als reine Beschäftigungspolitik verstanden, die um ordnungsrechtliche Instrumente und ökonomische Steuerungsinstrumente ergänzt werden mußte. Der Katalog der Instrumente wurde beschrieben und Finanzierungsmög-

lichkeiten für die Forcierung des baulichen Umweltschutzes aufgezeigt. Fixiert wurde dies im Programm „Bauen und Umwelt“ aus dem Jahre 1984.

Gerade die Verzahnung von Umwelt und Beschäftigungspolitik hat im wesentlichen dazu beigetragen, daß heute das umweltpolitische Bewußtsein unter den Bauarbeitern deutlich zugenommen hat. Der lange geltende Grundsatz „egal was, Hauptsache es wird gebaut“, wird heute nur noch von einer Minderheit vertreten. Dazu hat sicherlich auch beigetragen, daß mit dem „Memorandum zur ökologischen, sozialen und humanen Stadterneuerung“ aus dem Jahre 1988, ein Qualitätskonzept zur Stadterneuerung vorgelegt werden konnte.

Dort heißt es: „Aus Sicht der IG Bau-Steine-Erden geht es dabei um ein integriertes Konzept der Stadterneuerung. Der Mensch und seine Bedürfnisse müssen unter Sicherung und Verbesserung der Umweltstruktur Element der Stadtgestaltung bilden. Leitmotiv muß sein: Mit den Menschen für den Menschen bauen. Er muß die Chance haben, sich und seine Bedürfnisse und Vorstellungen formulieren und einbringen zu können.“

Stadterneuerung erfordert perspektivisches Denken, klare politische Weichenstellung und die Einbindung stadtteilbezogener Ansätze in eine neue übergeordnete Gesamtplanung und ressortübergreifende Erneuerungsstrategien. Sie muß städtebauliche, sozialpolitische, beschäftigungspolitische und Umweltschutzaspekte miteinander verzahnen. In dieser Weise ist Stadterneuerung sowohl Gegenstand als auch Ergebnis eines qualitativen Wachstumsprozesses, aus dem neue Beschäftigungsimpulse erwachsen.“

Von der IG Bau-Steine-Erden wurden, daran anknüpfend, Vorschläge zur Ökologisierung des Bauens, des Wasser- und Energieeinsparens, der Verkehrsvermeidung und sozialen Belebung von Stadtteilen gemacht. Wir haben uns eingeklinkt, in die Diskussion über den IBALandschaftspark NRW, und wir haben uns zum Hochhausbau sowie Denkmalschutz geäußert.

Zugleich hat die IG Bau-Steine-Erden mit dem „Memorandum“ den Versuch unternommen, ihre Umweltaktivitäten zu kommunalisieren. Aufgabe ist es seitdem in den Bezirksverbänden, eigenständige kommunale Umweltprogramme in Zusammenarbeit mit der Umweltbewegung aufzustellen. In gewisser Weise ist damit der Grundstein geliefert worden, unsere Gewerkschaft wieder in den gesellschaftlichen Diskussionsprozeß einzubringen, auf die Erfahrungen unserer Kolleginnen/Kollegen zurückzugreifen, neue Kooperationen zu entwickeln und die eigene Handlungsfähigkeit zu stärken.

Die Qualität der einzelnen Initiativen ist natürlich höchst unterschiedlich. Allerdings ist es uns in Zusammenarbeit mit dem DGB Landesbezirk Nordmark gelungen, ein Büro für qualitatives Wachstum in der Hansestadt Lübeck durchzusetzen.

Aus diesem Beratungsbüro und unter maßgeblicher Initiative der IG BSE konnte ein Projekt SIGEBAU (Altlasten - Risiko für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz/Baustelle) im Jahre 1992 gestartet werden, daß sich mit der Durchführungsplanung von Altlastenprojekten beschäftigte.

Über das Beratungsbüro und die IG Bau-Steine-Erden gelang es, die Akteure bei der Altlastensanierung an einen Tisch zu bringen, um Erkenntnis-, Informations- und Organisationsdefizite aufzuarbeiten.

Im Projektverlauf stellte sich jedoch heraus, daß vor allem Kommunikationsprobleme hinderlich sind, die in einer vernetzten Planungs- und Kommunikationsstruktur überwunden werden können. Das Ergebnis ist eine Musterbaustelle, die sowohl an Arbeits- und Gesundheitsschutz, als auch an Umweltschutz höchste Maßstäbe anlegt.

Unser Programm „Bauen und Umwelt“ hat ebenfalls erhebliche Ausstrahlung auf Parteien und die bauwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände gehabt. Erst unter dem Druck unserer Organisation ist es gelungen, dieses Thema auch auf die Tagesordnung der Bauverbände zu setzen. Insofern ist die IG BSE auch zum umweltpolitischen Schrittmacher in der Bauwirtschaft geworden.

Innerhalb unserer Gewerkschaft war das Programm Anlaß, die Umwelt- und Gesundheitspolitik miteinander zu verzahnen. Erstmals gerieten die mehr als 50.000 Baustoffe in den Blick und der bis dahin gültige technisch-organisatorische Ansatz des Arbeits- und Gesundheitsschutzes konnte überwunden werden.

Heute beschäftigen sich mehr als 50 Arbeitskreise mit einer praktischen Umsetzung des Umwelt- und Gesundheitsschutzes am Bau. Sie zielen sowohl auf Bestandsaufnahme als auch auf Lösungsansätze.

Beispielsweise wurden die von den Baubetrieben erzeugten Abfälle sowohl in gesamtgesellschaftlicher Hinsicht (weit mehr als 50 % des örtlichen Abfallsaufkommens stammt aus den Betrieben der Bauwirtschaft) als auch in konkret praktischer Hinsicht für die Betroffenen thematisiert. Poliere auf der Baustelle beklagen sich darüber, daß morgens bevor der Arbeitstag anfängt, mehrere LKWfüllungen Verpackungsmüll entsteht, von dem sie nicht wissen, wo sie ihn lassen sollen. Bauschuttdeponien sind immer schwerer zu erreichen, seine Beseitigung wird immer teurer.

Das ökologisch erwünschte Trennen des Bauabfalls von seinen Verunreinigungen ruft enorme Veränderungen in der Ablauforganisation und der Organisation der Baustelleneinrichtung hervor.

Giftige Abfälle, wie Farb- und Lösemittelreste und Asbest müssen entsorgt werden, ebenso wie Säuren und Laugen. Weit mehr als 200.000 Farbpinsel werden arbeitstäglich gereinigt - mit Lösemitteln.

Es wurde und wird immer deutlicher, daß Vorgaben des betrieblichen Umweltschutzes zu einer Vielzahl neuer Fragestellungen in bezug auf die

Arbeits- und Ablauforganisation, die Einrichtung der Arbeitsplätze, mithin in Bezug auf die Gestaltung der Arbeit insgesamt führen.

Dies hat zu praktischen Empfehlungen für Abfallvermeidung auf der Baustelle, die Ausgestaltung von Abbruchgenehmigung und die Forderung nach recyclinggerechter Konstruktion geführt.

Aber auch die Leistungsverzeichnisse, über die die stoffliche Qualität eines Gebäudes festgelegt wird, lesen sich mittlerweile wie Kataloge chemischer Messen. Konstruktionszeichnungen lösen zwar ästhetische und statische Fragen, doch bleiben die Fragen der zukünftigen Nutzungsgeschichte einschließlich der Wiedernutzung seiner Komponenten weitgehend ausgeklammert.

Mit Blick auf die Definition von Sustainable Development der BrundtlandKommission ließ sich für den Bau fordern, daß er „den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“.

Gerade die Baustoffe müssen sich auf ihre Dauerhaftigkeit, als auch auf ihre Um- und Wiederverbenutzung hin prüfen lassen.

Ein Grundsatz, der sich in früheren Baupochen sozusagen unter der Hand herstellte. Immer wieder entstanden in der Geschichte des Bauens aus alten Bauten Neubauten - Stadtmauern verwandelten sich beispielsweise in Wohnhäuser.

Heute trägt die wandernde Fabrik, nämlich die Baustelle, die Zeitbombe Umweltgefährdung in sich. Die Vereinigung technischer Überwachungsvereine schätzt den Anteil von PCB, PCP und Formaldehyd an den Umweltgiften am Bau auf 40 %. Zement und Ziegel sind heute durch den Einsatz von Sekundärbrennstoffen (Altöl, Altreifen, Klärschlamm) zunehmend mit Schwermetallen, Dibenzofuranen und Dibenzodioxinen belastet.

Pro Jahr werden in der Bundesrepublik mehr als 500.000 Tonnen PVC in Gebäude eingebracht und teilweise mit anderen Bauteilen vermischt. Mehrere Millionen Tonnen PVC wurden seit den 60er Jahren eingebaut, teilweise mit Schwermetallen belastet. Auch wenn die unter Druck geratene PVC-Industrie sich nun zu Recycling bekennt, ist die Entsorgungsfrage keineswegs geklärt bzw. nur auf die Zukunft verschoben.

Die Suche nach umweltverträglichen Lösungen und neuen Produktionen ist nicht ohne Konflikte. Es darf nicht vergessen werden, daß sich viele Arbeitnehmer mit „ihrem“ Produkt identifizieren. Andererseits erscheinen viele Produkte auf den ersten Blick als unbedenklich. Tatsächlich werden aber natürliche Baustoffe allzu häufig mit Bauchemie kombiniert, die zwar zu verbessertem Brand-, Schall- und Wärmeschutz führen, ihn aber zugleich bei der Wiederaufbereitung zur unbekannten Entsorgungsgröße machen. Da das Umwelthaftungsrecht keine entsprechende Gefährdungshaftung bzw. Herstellerverantwortlich-

keit kennt, wird die Umweltverträglichkeit seitens der Anwender bis zum Nachweis ihres Gegenteils vorausgesetzt.

Ohne dies hier vertiefen zu wollen, will ich daraus folgende Schlußfolgerung ziehen: Das Maß der Umweltbelastung durch Bauen läßt sich erst dann einschränken, wenn die Baustoffe auf ihre ökologische Verträglichkeit hin bewertet werden. Bei der Vielzahl der Bauprodukte eine Sisyphusarbeit. Deshalb müßten die Hersteller verpflichtet werden, den Nachweis der Umweltverträglichkeit bzw. seiner Wiedernutzungsfähigkeit zu erbringen.

Wir haben uns in diesen Prozeß mit dem Gefahrstoffinformationssystem Bau eingeklinkt, daß gegenwärtig bei den Berufsgenossenschaften aufgebaut wird. Hierbei sollen schrittweise die mehr als 50.000 verschiedenen Baustoffe erfaßt, in ihrer Zusammensetzung dokumentiert, in ihrer Wirkung auf verschiedene Arbeitssituationen untersucht und gleichzeitig Produktalternativen dokumentiert werden. Zugang zu dieser Informationsbank haben sowohl die Arbeitgeber als auch die Betriebsräte und die IG Bau-Steine-Erden. In gewisser Weise wird darüber auch versucht, gegenüber der Bauchemie Markunacht zu organisieren, weil anders der ökologischen Unübersichtlichkeit im Baubereich nicht mehr begegnet werden kann.

Zugleich bemühen wir uns, an der Bauplanungsphase anzusetzen. Mit der Entscheidung des Auftraggebers bzw. des Architekten, bestimmte Baustoffe einzusetzen, werden wesentliche Umweltschutzaspekte berührt. So wird bereits in dieser Phase festgelegt, mit welchen gefährlichen Stoffen im Bauprozess umgegangen wird und wieviel Schadstoffe dabei in die Umwelt gelangen können. Ebenso entscheidet sich, welche Abfallmengen zu entsorgen sind und welche Schadstoffe während der Nutzungsdauer des Gebäudes in Form von Baustoffen gebunden sind.

Gerade in diesen Prozeß können die öffentlichen Auftraggeber eine Vorreiterrolle für den Umweltschutz einnehmen. Insofern sollte in jeder Kommune ein Katalog umweltverträglicher Baustoffe angelegt werden. Dies hilft im übrigen auch Kosten sparen, denn Entsorgungskosten sind letztendlich auch Baukosten. Indem weitgehend auf ökologische Baustoffe zurückgegriffen wird, lassen sich spätere Sanierungen vermeiden, wie die Beispiele Asbest, PCP in Holzschutzmitteln und neuerdings PCB in Fugendichtungen zeigen. Trotz höherer Investitionen in der Anfangsphase führt vorbeugender Umweltschutz mittelfristig zu Kosteneinsparungen.

In Form von Empfehlungen arbeiten wir darauf hin, daß öffentliche Auftraggeber die Auftragnehmer verpflichten, schadstoffarme Baustoffe einzusetzen und Umweltproblemstoffe ordnungsgemäß zu entsorgen und den Entsorgungsnachweis dem Auftraggeber vorzulegen.

Im übrigen gehört zur Entsorgungssicherheit auch die Einschränkung der Auftragsvergabe an Subun-

ternehmer. Zum einen läßt sich hier nicht prüfen, ob nach dem Stand der Technik/Regeln der Baukunst gearbeitet wird, und zum anderen sind in diesem Bereich die Gesetzesverstöße gebündelt anzutreffen. Wer die Aufträge dem „billigen Jakob“ überläßt, muß mit Verstößen gegen den Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz rechnen, was das Beispiel der Asbestsanierung in hundertfacher Weise dokumentiert.

Die wachsenden Umweltanforderungen sind aber auch mehr und mehr Gegenstand der Berufsausbildung. So wurden Grundkenntnisse in die Erstausbildung integriert, das Berufsbild des Restaurators geschaffen und weitere neue Berufsbilder sind in Vorbereitung.

Gerade der Umwelt werden im Baugenehmigungsrecht viele Fallen gestellt. So müssen im Hochbau in der Regel Stoffe und Bauteile, die der Unternehmer zu liefern und einzubauen hat, ungebraucht sein. Deshalb müssen bei der Abgabe des Ausschreibungsangebots Vorschläge zum Einsatz von Recyclingprodukten gesondert ausgewiesen werden.

Der Markt für Recyclingprodukte muß also erst noch erschlossen werden. Auch hier sieht die IG Bau-Steine-Erden ein Handlungsfeld, indem sie aktiv zu werden hat.

Aus einer Untersuchung des deutsch-französischen Instituts für Umweltforschung in Karlsruhe geht hervor, daß selektiver Rückbau mit dem Ziel des Recyclings kostengünstiger ist als die Abrißbirne. Zum einen werden Deponiekosten und Großgerätekosten eingespart und zum anderen mehr Arbeitsplätze geschaffen als gegenüber dem herkömmlichen Abrißverfahren. Auf diese Weise ließen sich zugleich rund 90 % der Baustoffe wiedergewinnen und nur 10 % wären zu deponieren.

Neben das Baustoffrecycling muß aber auch ein ressourcenschonendes Bauen und eine recyclinggerechte Konstruktion treten. Darum ist eine volle Kennzeichnung aller Inhaltsstoffe, Baustoffe und Bauteile unverzichtbar. Sie muß kombiniert werden mit der Angabe der Verwertungsmöglichkeiten oder spezifischer Entsorgungsbedingungen. Die Wahl der Konstruktion muß sich an leichter Austauschbarkeit bzw. Demontagefähigkeit mit geringem Abfall orientieren. Dies gilt insbesondere für jene Teile, die eine geringere Lebensdauer haben.

Wie diese wenigen Beispiele zeigen, muß sowohl die Baupolitik, die Planung, die Bautechnik, die Baustoffindustrie als auch die betriebliche Praxis auf Umweltverträglichkeit abgestellt werden. Zur Unterstützung dieses Prozesses haben wir 1992 in den neuen Bundesländern unser Umweltberatungsprojekt gestartet, daß von der „Deutschen Bundesstiftung Umwelt“ finanziell gefördert wird.

Mit dem Umweltberatungsprojekt verbinden wir das Ziel, Umwelt- und Gesundheitsschutz miteinander zu verzahnen und die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit auf dem Gebiet des Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutzes zu stärken.

Wir wollen eine umweltbewußte, sensibilisierte, betriebliche Öffentlichkeit herstellen. Arbeitnehmer sollen in die Lage versetzt werden, auf diesem Gebiet den betrieblichen Alltag zu gestalten.

Die Aufgaben des Umweltberatungsprojekts sind u.a.:

- differenzierte Bestandsaufnahme von Umweltproblemen,
- zielgerichteter Aufbau von Arbeitsbeziehungen zu Landes- und Bezirksverbänden sowie Fachgruppen,
- Erarbeitung eines Bildungskonzepts sowie von Schulungsmaterialien zu ausgewählten Umweltrisiken am Bau,
- Konzepte zur Verbesserung der betrieblichen Mitsprache und Mitbestimmungsrechte;
- Entwicklung, Auf- und Ausbau von Kooperationsbeziehungen zu Umwelteinrichtungen und Organisationen.

Vor allem die Schaffung regionaler Kooperationsbeziehungen zur Lösung komplexer Umweltprobleme unter Einschluß einschlägiger Forschungseinrichtungen, der Bauunternehmen der Industrie und des Handwerks ist ein Kernstück des Umweltberatungsprojekts der IG BauSteine-Erden. Ein Beispiel dafür ist das Kooperationsmodell zur „Wiederverwertung und Entsorgung von Bauabfällen“ in der Region Halle. Kooperationspartner sind u.a. der Magistrat der Stadt, das Landesamt für Umweltschutz, das staatliche Gewerbeaufsichtsamt, die Bauberufsgenossenschaft, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, Baubetriebe, wissenschaftliche Einrichtungen und Gewerkschaftsvertreter.

Im Rahmen der Umweltberatungsstelle wirken wir auf den Aufbau einer kommunalen Gewerbeabfallberatungsstelle Bauwesen hin und richten eine Musterbaustelle mit Gefahrstoffuntersuchung bei Abbrucharbeiten ein und wirken auf eine stofffreie Trennung der Altbaustoffe und ihre Wiedereinführung in den Stoffkreislauf hin.

In dieser Weise versteht sich das Umweltberatungsprojekt der IG BauSteine-Erden als Initiator in der Kooperation und aktiver Mitgestalter dieses Kooperationsmodells. Es ist vorgesehen, diese Erfahrung zu verallgemeinern und auf andere Bereiche und Regionen zu übertragen.

Abschließend will ich festhalten: Unsere Umweltpolitik steht auf der Säule Beschäftigungspolitik bei gleichzeitiger Auseinandersetzung mit der Qualität des Bauens, einer Verzahnung von Umweltschutz mit Arbeits- und Gesundheitsschutz als praktisch-betriebliches Handlungsfeld, eine Beeinflussung der Vergabep Praxis und der Bauplanung in Richtung einer Ökologisierung des Bauens, eine Integration des Umweltschutzes in die Ausbildung sowie Formulierung einer umweltbewußten Baupolitik.

Eva-Maria Pfeil

Ich danke dem Kollegen Bernd Schütt für seine Ausführungen und möchte noch soviel dazu sagen, daß wir ja nachher Gelegenheit haben, mit den Kollegen von der IG BSE - und vor allem mit den Kolleginnen und Kollegen, die in den Umweltbüros hier in den neuen Bundesländern tätig sind - zu diskutieren.

Wir wollen jetzt diese drei Vorträge diskutieren. Da wir ein Protokoll unserer Konferenz anfertigen wollen, bitte ich diejenigen, die eine Frage haben, diese hier vorne am Mikrofon zu formulieren und sich namentlich vorstellen.

Wolfgang Florack

Ich fange jetzt einfach mal von rückwärts an, nicht bei den Ausführungen des Vorsitzenden unserer Gewerkschaft, sondern bei dem, was Kollege Schütt eben dargestellt hat. Und ich möchte gleich ein bißchen auf die Thematik "Kooperation und Fusion" eingehen.

Ich möchte hier auch die Bitte zu Protokoll geben, die umweltpolitischen Positionen und Aktivitäten der BSE mal so oder so ähnlich, wie Du sie eben dargestellt hast, mal an uns zu übergeben.

Zumindest in dem Bereich der Fachgruppen Forstbeamte und -angestellte gibt es ja Schwierigkeiten mit dem Beton. In diesem Sinne also die Bitte, doch das umweltpolitische Profil der BSE für uns als Kolleginnen und Kollegen aus der GGLF doch noch etwas plastischer darzustellen. Nicht jetzt an diesem Punkt, sondern als Grundsatzanregung und Bitte.

Hajo Wilms

Das ist überhaupt nicht schwierig, das kann man machen, weil Material schriftlich vorhanden ist und die Redetexte auch. Das ist die eine Seite.

Dann habe ich mitbekommen, daß der "Arbeitskreis Umwelt" bei uns wieder aktiviert werden soll. Dem steht überhaupt nichts entgegen, dann können wir das also auch nochmal besprechen.

Und dritter Punkt: Wir bereiten zur Zeit sogenannte Kooperationsseminare vor mit verschiedenen Landesbezirken, immer drei von uns und drei von Seiten der Bau, Steine, Erden, wo wir uns nicht nur ergehen wollen wieder im organisatorischen Problem, sondern inhaltlich ein paar Punkte besprechen wollen. Und da ist eben auch der Punkt „Umwelt“, der vorbereitet wird. Und ich hoffe jedenfalls, daß dann die Gelegenheit besteht, regional noch mit den Kollegen zu diskutieren, also nicht jetzt hier so vom Podium aus, sondern alle miteinander. Wir haben drei Wochen vorgesehen, wir sind gerade dabei - auf unserer Seite jedenfalls zu organisieren - daß wir auch genug Teilnehmer bekommen.

Jan Berg

aus dem Landesbezirk Nordmark: Ich fand den Vortrag von Herrn Dr. Schütt oder vom Kollegen Schütt sehr interessant gerade in bezug darauf, ob wir die Umweltgewerkschaft sind oder vielleicht doch nicht oder vielleicht jemand anderes. Kollege Schütt hat nämlich deutlich gemacht, daß die Bestrebungen der BSE im Moment ja dahin gehen, die Intensität des Eingriffes in Natur und Landschaft oder die Folgen des Bauens für die Natur und für die Umwelt zu vermindern.

Wenn ich unseren Beitrag zum Naturschutz und zum Umweltschutz als GGLF darin sehe, daß wir ja in der Landschaft tätig sind. Ihr versteht Euch vielleicht auch als Umweltgewerkschaft. Aber dann heißt das, "wir wollen möglichst nicht soviel Schweinkram haben", und bei uns heißt es, "wir wollen Natur und Landschaft gestalten". Ich arbeite im kommunalen Umweltschutz. Dort haben wir die Bereiche "Umwelt und Bauen" insofern vernetzt, als Ihr Eingriffe in Natur und Landschaft durchführt und wir für den Ausgleich und den Ersatz zuständig sind. Das heißt also, Ihr fügt der Natur Wunden zu. Das gehört zu Eurem Job. Und wir müssen diese Wunden ausgleichen oder an anderer Stelle die Natur aufpeppen, damit die Bilanz wieder stimmt. Insofern habe ich jetzt nach Deinem Vortrag gar keine Schwierigkeiten zu sehen, wieso wir die Umweltgewerkschaft sind.

Gunther Kietze

Ich komme aus Thüringen, und ich habe eigentlich zu den vorangegangenen Vorträgen ganz allgemein zu sagen, mir fehlt ein bißchen der Gedanke, daß die ganze Sache ein bißchen mehr von der Basis ausgehen müßte. Das heißt, wenn ich diese Reden höre und diese Konzeptionen, was alle so vorhaben, dann geht das doch immer mehr von höheren Strukturen aus. Ich vermisste das, was das Mitglied unserer Gewerkschaft eigentlich empfindet, wenn es draußen in der Fläche sitzt. Ganz einfach: Wir aus der Land- und Forstwirtschaft sind draußen in der Fläche, und wir sehen im Prinzip all die Sachen, die dafür verantwortlich sind, als Indikator zu wirken, zum Beispiel eben Artenrückgang, Verarmung der Struktur der Landschaft, der Vielfalt insgesamt. Das ist doch das, was der einzelne draußen erlebt. Und der erlebt das ja intensiv und der fragt sich natürlich, was er machen kann.

Und wenn Sie eben angesprochen haben, daß der Polier sagt, ich kann gar nicht normal arbeiten z.B. wegen des Verpackungsmülls, weil ich das Zeug irgendwie loswerden muß, weil ich gar nicht in meinen ganz normalen Ablauf hineinkomme, dann hat der Polier sich doch schon gedanklich damit beschäftigt. Dann müßte doch von dort eigentlich die Anregung ausgehen, und von dieser Grundlage heraus müßte doch dann eigentlich was gemacht werden.

Das habe ich bis jetzt eigentlich in allen Vorträgen ziemlich vermißt.

Bernd Schütt

Ich habe doch gesagt, daß die Poliere sich Gedanken machen, wie sie damit umgehen können. Und daß gerade wir eine Vielzahl von örtlichen Arbeitskreisen haben, in denen nicht irgendwelche Gurus sitzen. Da sitzen unsere Kollegen. Und die machen sich praktische Gedanken darum, wie sie damit umgehen und welche Vorschläge, Handlungskonzepte sie entwickeln. Das machen die Kollegen ganz alleine.

Ich denke, das ist genau der Ausgangspunkt. Wir haben eine Rahmenkonzeption für bestimmte Grundfragen, aber das Feld der ökologischen Stadterneuerung kann ich nicht im Kopf alleine bearbeiten. Ich habe immer ein gutes Beispiel vor meiner Haustür, weil in Frankfurt die Summe aller Stadtprobleme wirklich gebündelt zu finden ist. Insofern kann ich davon ausgehen, daß es die „idealtypische“ (in Anführungsstrichen!) Stadt ist, aus der Handlungskonzepte erwachsen können.

Aber natürlich ist die Situation in Bochum anders als in Halle. Insofern erwarte ich auch, daß unsere Kollegen dort vor Ort handeln. Allerdings, das „hohe Lied der Basis“ kann man natürlich immer singen und macht sich auch immer gut auf jeder Konferenz. Die Tatsache ist nur, daß es ganz wenige gibt, die diese Basis erstens verkörpern oder die diese Initiativkraft entwickeln. Tatsache ist, daß die Anstöße - jedenfalls kann ich das für unsere Organisation sagen - immer nur von oben gekommen sind und ganz selten nur von unten. Es gibt eine große Zurückhaltung der Kollegen, weil es natürlich auch die Schwierigkeit gibt, diese Dinge in die Praxis umzusetzen. Wenn also der Polier ein Abfallkonzept mit seinen Kollegen am Bau entwickelt, dann hat er natürlich die Schwierigkeit, das beim Bauunternehmer erstmal durchzubringen. Und dieses Konfliktfeld ist natürlich das: Inwieweit kann er mitbestimmen, oder inwieweit kann er nicht mitbestimmen, oder inwieweit ist der Unternehmer einsichtig? Er muß sozusagen eine gemeinsame Linie finden. Und ich denke, das ist auch ganz wichtig, jedenfalls für den Baubereich, daß wir also bestimmte Konzepte nur zusammen auch mit allen anderen Beteiligten entwickeln können. Es geht eben nicht, daß eine kleine Gruppe - z.B. die Arbeitnehmer - irgendwas entwickelt, und dann funktioniert es nicht, weil alle anderen bremsen. Also müssen wir beispielsweise die Unternehmer, die Kammern, und was es so alles gibt in dem Bereich, entsprechend einbeziehen, und das ist auch unser Ansatz, sozusagen örtliche Kooperationsbeziehungen herzustellen, um auf vielfältige Weise zu vermitteln.

Die Handwerksunternehmen funktionieren ja anders. In der Regel kommt - z.B. - irgendein Malerunternehmer, der nimmt einen Eimer Farbe und sagt zu seinem Maler: „Karl, probier mal aus!“

Und dann haut der das Zeug an die Wand und sagt hinterher: „War prima“, oder „war nicht prima“, oder „läßt sich gut verarbeiten“, oder „läßt sich schlecht verarbeiten“, oder „ich komme nicht auf meinen Akkord“ oder „ich krieg Kopfschmerzen von dem Zeug“. Das ist so ungefähr die Praxis. Und dann entscheidet der Handwerksunternehmer, was sie damit machen. So banal laufen die Prozesse. Das hat noch gar nichts mit Umwelt zu tun.

Deswegen muß man ja auch erstmal diese Qualifikation auf allen Seiten hinkriegen. Es ist oft so, daß unsere Unternehmer zwar gefordert sind, diesen Arbeits- und Gesundheitsschutz in die Praxis umzusetzen. Sie sind aber oft viel inkompetenter als die Kollegen oder Kolleginnen in den Betrieben. Hier muß also erstmal das gleiche Niveau erreicht werden.

Es ist ein Unterschied, ob ich in einem Großbetrieb arbeite, in dem eine ganze Mannschaft von Profis rumläuft, oder ob so ein kleiner Handwerksunternehmer, der alles wissen muß, vom Umweltschutz bis hin zur Betriebswirtschaft und zum Marketing, der sozusagen den individuellen oder den ideellen Gesamtdarsteller mimt.

Eva-Maria Pfeil

Ja, schönen Dank Bernd.

Vielleicht eine kleine Anmerkung aus meiner Sicht. Es ist ja nicht nur so, daß wir die Kolleginnen und Kollegen von der IG BSE zu unseren Veranstaltungen einladen. Wir werden ja auch eingeladen. So war ich am vergangenen Wochenende zur Angestelltenkonferenz der IG BSE und konnte dort die Erfahrung machen so, wie es Bernd hier dargestellt hat.

In den Branchen der IG BSE macht man sich große Sorgen generell um den Umweltschutz und es gab sehr viele Diskussionen auch von den Delegierten dazu, wie man es in Zukunft besser erreichen könnte, hier sozusagen Handlungsbereiche aufzuzeigen und auch zu finden. So, aber jetzt möchte Hajo noch etwas sagen.

Hajo Wilms

Ja, ganz kurz nochmal zur Frage Basis und Anstöße. Ich denke, und das habe ich auch in meinem kurzen Referat gesagt, daß wir in der GGLF - besonders in der Hauptverwaltung - nicht genau wissen, was alles an der Basis los ist, und was alles gemacht wird. Wenn man manchmal guckt, ich will jetzt nicht anfangen vom „Otter-Zentrum“ bzw. von der „Erhaltung des Otter-Zentrums“ und solche Geschichten. Es gibt aber viele Geschichten, die werden nicht gebündelt, und das ist schade, wenn man sich da was vergibt im politischen Raum. Was nun die Frage anbelangt, wo sind im Grunde genommen von der Basis Anstöße hergekommen? Da möchte ich mal zwei Beispiele bringen:

Einmal denke ich an dieses Spritztagebuch, das wirklich aktiv erarbeitet worden ist und das nach-

her von der Berufsgenossenschaft Gartenbau übernommen wurde.

Und zweitens: Alles, was so im Bereich Forstwirtschaft passiert, Waldprogramm, und, und, und, das sind Sachen, die sind wirklich an der Basis passiert und haben eine Programmatik.

Ein anderer Fall war unsere Position zur Gentechnik. Die Position ist damals in meiner Abteilung mit zwei Wissenschaftlern aus unserem Organisationsbereich erarbeitet worden. Dann gab es eine Hauptvorstandssitzung. Da haben wir alle eine Hand hochgehoben. Ich denke mal, die Hälfte hatte nicht alles gelesen. Und so ist eine offizielle Position entstanden, die im Grunde großartig und ausschließlich von der Basis entwickelt worden ist.

Ich denke mal, da gibt es eben zwei Linien in einer solchen Organisation wie der unseren. Und darüber muß man miteinander reden.

Mein Problem ist eigentlich eher, daß bei uns überhaupt ankommt, was so passiert, damit wir das auch umsetzen und unterstützen können.

Arnd Spahn

Arnd Spahn, GGLF. Ich vermisste in der ganzen Fragestellung eine Strategie dahingehend, wie man in Zukunft versucht, Erkanntes und Beschlossenes in Betrieben umzusetzen.

Man kann sicherlich zu Recht feststellen, daß die Mitbestimmungsgrundlagen im Bereich Umwelt nicht greifen. Ganz im Gegenteil: Wenn man sich die Entwicklung von Patentanmeldungen, von Innovation und dergleichen anguckt, dann trifft zu, was gestern gesagt wurde, daß es nämlich einen Innovationsstau bei den Unternehmen gibt, obwohl die Phantasie bei Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und die Kompetenz breit vorhanden. Sie können sich nicht durchsetzen.

Gerade die weitgehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten in Großbetrieben führen nicht dazu, daß sie im Verhältnis zur Innovation durchgesetzt werden oder sich entwickeln. Ganz im Gegenteil. Die Träger der Innovation sind heute eigentlich kleine und mittlere Unternehmen, und Arbeitnehmer in Klein- und Mittelbetrieben stellen den Kern dieser Innovationsfähigkeit dar. Hieraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß unsere Mitbestimmungsgrundlagen für den Bereich der ökologischen Innovation nicht greifen.

Da habe ich allerdings schon die Fragestellung, nicht die Erwartung, daß wir hier Lösungsvorschläge dafür finden. Es wird jedoch noch ein langer Weg zu beschreiten sein angesichts der Fragestellung, wie weit denn der Stand der gewerkschaftlichen Umweltdiskussion ist, obwohl es sich hier genau um den zentralen Punkt der betrieblichen Umsetzung handelt: ökologische Kompetenz für die Zukunft als Standortfaktor, als Arbeitssicherheitsfaktor, usw., usw.

Bodo Herr

Bodo Herr, GGLF Oberhausen. Ich will noch einmal eingehen auf die Frage, ob die GGLF „die“ Umweltgewerkschaft ist. Ich habe mir das auch schon länger überlegt. Man kann nicht sagen, Bau - Steine - Erden bzw. die Betriebe, die Ihr betreut, das sind die Umweltverschmutzer, und wir sind diejenigen bzw. unsere Beschäftigten, die die Umwelt wieder ordnen müssen oder die wieder gesunden wollen. Ich meine, wenn der Kollege Gärtner gestern gesagt hat, daß ja die Landwirtschaft auch mit ein Hauptverursacher ist des Artenschwundes, dann können wir uns nicht auf diese Position zurückziehen und sagen, wir seien diejenigen, die die Fehler wieder ausbügeln müssen.

Und deshalb bin ich auch der Meinung, daß jede Gewerkschaft ganz spezifische Aufgaben in ihren Bereichen hat, in denen sie sich als Umweltgewerkschaft beweisen muß, in denen sie ihre Aufgabenspezifik „Umwelt“ auch durchsetzen muß.

Es wurde gesagt, daß die Möglichkeiten der Mitbestimmung nicht ausreichen. Ich sehe das eigentlich auch so. Die Forderung der Gewerkschaften insbesondere an die Möglichkeiten der Mitbestimmung auf wirtschaftlichem Gebiet in den Unternehmen ist ja nicht neu, sie stößt jedoch immer an die Grenzen anderer Interessenten, die sich besser durchsetzen können. Da ist es sicher notwendig, daß wir auch im Rahmen der Kooperation und der Zusammenarbeit mit anderen Interessengruppen versuchen, unsere Mitbestimmungsmöglichkeiten durchzusetzen und zu zeigen, daß wir was einbringen können. Denn um mitzuregieren, Demokratie zu üben, ist ja insbesondere Wissen notwendig. Es nützt ja nichts, daß ich ein gutes Instrument habe, wenn ich damit nichts anfangen kann. Die Praxis zeigt mir doch, daß viele Betriebsräte - und ich rede jetzt wirklich von denen, die ich betreue und kenne - sehr große Probleme haben mit in den Mitbestimmungsmöglichkeiten, die das Betriebsverfassungsgesetz jetzt schon bietet, diese überhaupt auszunutzen. Ich denke da z.B. nur mal an die Arbeitszeitregelung.

Ich meine eben, es ist sehr wichtig, daß man auf dem Gebiet der Fortbildung, nämlich der beruflichen Fortbildung und auch der Bildung auf dem Gebiet des Umweltschutzes hier sehr viel zu tun hat. Da sehe ich auch eine wichtige Aufgabe unserer Gewerkschaft an der Basis, in den Bezirken. Danke.

Bodo Remus

Bodo Remus, Thüringen, GGLF.

Es sind ja viele Ansatzpunkte da, und ich will mal zwei Abschnitte herausgreifen und vielleicht ein bißchen werben für die, die aus meiner Sicht interessant sind. Es taucht immer wieder mal die Frage auf danach, ob denn die Rahmenbedingungen vorhanden sind für ökologische Innovation des Kollegen Waldarbeiters, Gärtners oder Landarbeiters. Und wir machen da eine ganz interessante

Erfahrung. Wir sind ja praktisch gezwungen worden durch den plötzlichen Wegfall von Arbeitsplätzen und den fehlenden Alternativen zum Beispiel in der Forstwirtschaft, alternative Arbeitsplätze zu schaffen.

Da gibt es also ein Potential Kolleginnen und Kollegen. Sie werden nicht gebraucht und haben kurz- und mittelfristig auch keine Möglichkeit der Beschäftigung. Und jetzt passiert folgendes: Jetzt ergibt sich den Kollegen sinnvolle Arbeit im Wald, in der Landschaftspflege, im ökologischen Bereich, im Renaturierungsbereich usw. Jetzt wird den Waldarbeitern in den von uns geschaffenen Trägerstrukturen - das sind Betriebe, Vereine, usw. - plötzlich die Möglichkeit gegeben, über das bisherige Berufsbild hinaus tätig zu werden. Genau dieselben Kolleginnen und Kollegen, die vorher im Wald Holz gehackt haben, sind plötzlich so innovativ, weil sie die Spielräume bekommen und sehr gute und sehr sinnvolle Arbeit machen.

Ich denke, das ist es wert auszuwerten und mal nach den Ursachen für die Probleme zu suchen dafür. Wenn ich die Diskussion der letzten drei Jahre zur Erweiterung des Berufsbildes des Forstwirtschafters sehe, wie schwer man sich getan hat. Und daß man sagt, ja wir sind doch diejenigen, die im Wald auch die ökologischen Aufgaben miterledigen könnten, und daß sich das auch entsprechend im Berufsbild wiederfinden könnte.

Wir haben die Anpassungsqualifizierung „Naturwart“ jetzt praktisch durchgekämpft, ob sie nun gut oder schlecht ist. Die Bayern haben eine entsprechende Verordnung, wir noch keine. Diese Anpassungsqualifizierung überlassen wir natürlich unseren Forstwirten, den Frauen und Männern, die in diesem zweiten Arbeitsmarkt sind. Die bekommen sie nämlich über die SF-Mittel usw. Also eine aus der Not geborene Entwicklung, die hochinteressant ist.

Ich will dafür die Lanze brechen, daß es doch durch die Einengung der bürokratischen Mechanismen usw. zur ökologischen Innovation kommt. So konnte der Gegensatz Arbeit und Nachhausegehen überwunden werden durch Naturschutz ausüben. Eine hochinteressante Entwicklung eben nicht bloß in einer kleinen Gruppe. Es sind mittlerweile fast 1.500 betroffene Menschen.

1.200 werden z.Z. vom Land Thüringen beschäftigt, d. h. über den „ersten Arbeitsmarkt“. Wir beschäftigen über den „zweiten Arbeitsmarkt“ demnach mehr als über den ersten in diesem Bereich. Das ist eine interessante Entwicklung. Das ist die eine Geschichte.

Die zweite: Die Gärtner sind hier immer ein bißchen vernachlässigt worden. Nun bin ich von Beruf Gärtner. Hier hinten sitzen eine Reihe Gärtner. Der Gartenbau ist noch nicht tot. Und der Garten- und Landschaftsbau schon gar nicht. Aber, ich will auf eine ganz andere Sache hinaus, die ist heute viel zu kurz gekommen. Wir, die wir uns ja immer erheben, wir sind nicht „die“ Umweltgewerkschaft. Wir gehören zu den Gewerkschaften, die

sich stärker mit diesen Umweltproblemen befassen müssen. Der ganze Bereich, der Nachwuchs, die Frage der Erziehung der Kinder, die Frage der Erziehung Jugendlicher, diese ganzen Inhalte, ich glaube, die gehen ein bißchen verloren.

Ich bin Mitglied - ich mache jetzt keine Werbung - im Deutschen Gartenbauverband. Das ist ein bißchen ein Eliteverein gewesen, wie ich mir habe sagen lassen. Eines machen die dort - und das gefällt mir sehr - sie machen bzw. versuchen, eine hervorragende Nachwuchsarbeit mit Pädagogen in Schulen usw. eine Nachwuchsarbeit, machen Verbände auf und, und, und. Wir können uns nicht nur auf das Klientel, auf uns selbst stützen. Ich denke vor allem an die Erziehung der Kinder, der Jugend zur Natur, zur Umwelt, zu Aufgeschlossenheit in dieser Gesamtproblematik. Dies dürfen wir nicht aus dem Blickfeld verlieren. Dies gehört zur gewerkschaftlichen Aufgabe. Und das ist vielleicht ein bißchen zu kurz weggekommen. Deshalb möchte ich das einfach nochmal in die Diskussion einbringen.

Dies waren die für mich wichtigen zwei Punkte.

Eva-Maria Pfeil

Das stimme ich Dir zu, danke schön, Bodo. Wir kommen jetzt bald zum Ende der Rednerliste.

Botho Demant

Botho Demant, aus Hessen.

Ich wollte nochmal das Problem Arbeitsplätze ansprechen, weil das ja hier auch auftauchte. Kollege Hajo Wilms hat da ja auch die Niedersachsenwahl angesprochen. Wir haben entsprechende Beispiele bekommen, wie mit dem Argument Arbeitsplatzzerhaltung Umweltschutz plattgewalzt worden ist. Ich darf hier nur Stichworte reinschmeißen wie „Emsvertiefung“, „Mercedes-Teststrecke“, „Rüstungsproduktion“ usw. Ich würde aber ganz gerne wissen, wie sich die Gewerkschaften - und da spreche ich auch die IG BSE an - zu dem Problem stellen. Kollege Schütt hat ja sehr deutlich gesagt, daß sich die BSE auch von der Atompolitik, dem Bau von Atomkraftwerken verabschiedet hat, weil nur ein paar tausend Arbeitsplätze daran hängen. Wenn es jetzt ein paar mehr gewesen wären? Hättet Ihr Euch dann auch verabschiedet oder nicht? Die Beschäftigungszahlen beeinflussen also das gewerkschaftliche Umweltengagement. Ist ja richtig. Aber, wo ist die Grenze erreicht?

Eva-Maria Pfeil

Jetzt sind noch drei Kollegen dran, und dann antworten wir, ja?

Wolfgang Florack

Ich möchte mal so zwei, drei Beispiele aus unserer praktischen Gewerkschaftsarbeit erzählen, die wir einsortieren unter Umweltengagement. Vielleicht sehe ich das auch falsch, dann könnt Ihr pfeifen.

Wir von der Fachgruppe Forstbeamte und -angestellte in Niedersachsen haben traditionell die Försterinteressen zu vertreten, und da hat es sich lange Jahre im wesentlichen darum gedreht, die Kraftfahrzeugenschädigung zu verbessern oder die Beförderungsgeschichten zu regeln, und, und, und. In letzter Zeit nehmen aber Umweltschutzthemen und umweltpolitische Themen ganz klar den Hauptteil unserer Arbeit ein. Ein Beispiel unserer Einwirkungsmöglichkeiten war zum Beispiel unser Sich-Einmischen in die Frage der Ökologisierung der Waldbewirtschaftung, ohne daß wir eine gesicherte Rechtsposition haben in Form einer Bestimmung des Personalvertretungsgesetzes oder des Betriebsverfassungsgesetzes. Hier sitzen Leute im Raum, die das, was da zum Beispiel läuft in Niedersachsen mit dem langfristigen ökologischen Waldentwicklungsprogramm noch nicht für ausreichend halten. Das halten wir auch nicht für ausreichend. Aber wir halten das für einen guten Ansatz. Und wir haben uns nachdrücklich im politischen Raum dafür engagiert, daß das ein Landesprogramm wurde, zumindest von einem Landeskabinett verabschiedet wurde. Das ist die klassische gewerkschaftliche Lobbyarbeit, die man eben ansetzen muß, um Einfluß zu nehmen.

Der nächste Punkt ist, daß ein solches Ökologisierungsprogramm in einer Firma, hier die Landesforstverwaltung, dann auch in die Tat umgesetzt wird und nicht nur irgendwo im Ministerium in einem Schrank, auf einem Schreibtisch, vielleicht noch ganz unten in dem Haufen Unerledigtem, liegenbleibt. Unser Engagement hierbei, eben das umzusetzen in Form von Fortbildungsprogrammen, um in dieser politisch, forst-, wald- und umweltschutzpolitischen Richtung Beschlossenes dann auch in die Tat umzusetzen. Lobbyarbeit also, ohne ausdrückliche Rechtsgrundlage, immer wieder sich öffentlich zu Wort melden, einfordern, das ist unsere praktische Handlungs- und Arbeitsmöglichkeit.

Der zweite umwelt- und naturschutzrelevante Bereich, mit dem wir uns sehr intensiv befassen mußten und befaßt haben, das ist zum Beispiel die Einrichtung des Nationalparks niedersächsischer Harz, der von der wiederbestätigten Landesregierung rot/grünen Landesregierung gewollt wurde und zu dem es sicher auch in unseren Reihen sehr unterschiedliche Auffassungen dazu gab. Teils haben die Kollegen eben auch gesagt; „raus mit den Naturschützern, mit dem Quatsch wollen wir nichts zu tun haben, sorgt bitte dafür, daß ich in meiner Försterei weiterhin bis zur Pensionierung so arbeiten und Dienst leisten kann wie bisher“. Wir haben da sehr intensive interne Diskussionen geführt und sind dann aber letzten Endes doch von der großen Mehrzahl unserer Kolleginnen und Kollegen darin bestärkt worden, daß das richtig so ist, ja zu sagen zu diesem Nationalpark, sich einzumischen und einzubringen, ihn sicher auch in unserem Sinne mitzugestalten, nicht einfach nur

die Maximalforderungen der Umweltverbände zu übernehmen.

Nächster Punkt: Unsere Aktivitäten und Handlungsnachweise in Sachen Umweltschutz, das sind die Forderungen, die wir aufgestellt haben und jetzt Umsetzen in politischen Gesprächen, in öffentlichen Forderungen, in Öffentlichkeitsarbeit, in Umweltbildung durch die Forstverwaltung. Dazu gehört auch, daß es im Lande 480 Zweigstellen gibt in Form von Forstämtern und Revierförstereien, die Ansprechpartnerinnen sind für umweltinteressierte, am Wald interessierte Gruppierungen und daß wir damit nicht in Konkurrenz, aber in Ergänzung des Angebotes der Umweltverbände zum Beispiel uns auch präsentieren. Und da sind wir eben dabei, das in die Köpfe unserer Oberförster hineinzubringen, daß dies eben ein neues Aufgabenfeld ist, das man eben auch aktiv wahrnehmen muß.

Diese drei Beispiele sollen an sich nur dazu dienen zu illustrieren, daß man sich einfach einmischen muß als - wenn auch kleine, aber immerhin aktive - gesellschaftliche Gruppierung, um die eigene Position darzustellen, um für die Branche etwas zu erreichen, um Berufsbilder fortzuentwickeln und dies eben auch ohne gesicherte Rechtsposition.

Nur Mut und ran! Und das kann man allen anderen auch zurufen, die hier im Raume sitzen. Ran und nicht lange nach der Position, die erst noch geschaffen werden muß, suchen und abwarten! Danke schön.

Wilhelm Bode

Es war beachtlich, was ich von Dr. Schütt gehört habe. Ich hatte es vermutet, daß die IG BSE eine Umweltgewerkschaft ein Stück weit ist. Natürlich heißt das nicht, daß sie es nicht noch mehr sein kann. Aber ich glaube, es geht wie in vielen Gewerkschaften. Ich denke, das ist auch so, wenn man sich mit der IG Chemie beschäftigt, wenn man weiß, was dort hinter den Kulissen an Umweltschutz wirklich bewegt worden ist. Das ist gar keine Frage. Was aber - ich muß es betonen, - nicht heißt, daß es sich nicht noch verbessern ließe. Mir scheint die Fusion mit der IG BSE - das ist auch in Deinen Ausführungen klar geworden - richtig zu sein. Das habe ich schon länger vertreten. Ich sehe da einfach einen gesunden Antagonismus. Jeder weiß eigentlich, daß sich gesellschaftliche Entwicklungen nur im Antagonismus herauskristallisieren, in gewissem Maße vom Widerspruch leben, von der Diskussion, von den inhärenten Kräften. Die machen letztendlich den Fortschritt. Das ist überall so, wo sich Gesellschaften fortbewegt haben, und ich sehe eben eine ganze Menge von Antagonismen.

Der simpelste, den hast Du angesprochen: Wir wollen Flächen schützen, Ihr wollt sie bebauen. Das ist ein sinnvoller Antagonismus, der die Umweltdiskussion innerhalb der fusionierten Gewerkschaft sicherlich sehr beleben kann.

Aber ich will noch einen anderen Aspekt nennen, weil der mir besonders wichtig ist. Die Reformen im grünen Bereich bleiben hocken, bleiben stecken, maßgeblich auch in der planwirtschaftlichen Struktur des öffentlichen Dienstes. Und mein Engagement zunächst für die Fusion mit der IG BSE war, daß ich von vornherein gesagt habe „um Himmels willen nicht in eine öffentliche Dienstgewerkschaft“. Denn das haben wir noch vor uns, uns kritisch mit dem öffentlichen Dienst auseinanderzusetzen. Und ich denke ganz einfach in einer arbeiterbetonten Industriegewerkschaft wie die IG BSE fällt uns diese Öffentliche-Dienst-Kritik eindeutig leichter, die notwendig ist. Denn wenn wir wirkliche effiziente Umweltpolitik machen wollen - ich denke Hajo Wilms denkt vielleicht nicht ganz so radikal, aber ein Stückchen denkt er sicher auch unter diesem Aspekt nach -, dann werden wir auch eine massive Öffentliche-Dienst-Kritik in unsere Reihen tragen und diese Diskussion aufnehmen müssen. Das ganze heißt natürlich auch, wenn wir eine engagierte umweltpolitische Gewerkschaft sein wollen, daß wir Bündnispartner brauchen. Und bei der Suche nach Bündnispartnern habe ich natürlich auch - als auf Bundesebene, wie Ihr wißt, tätiger Umweltschützer oder Naturschützer bittere Erfahrungen gemacht. Die Umweltverbände hatten sich auf die Politik verlassen und waren verlassen bei der ersten größeren Strukturkrise, die wir haben in der Bundesrepublik. Jeder weiß, was zur Zeit auch bei Scharping noch mit Umweltpolitik zu erreichen ist. Nicht mehr viel! Null! Überall dort, wo entweder die CDU oder die SPD in die politische Entscheidung gekommen ist, sah es bitter aus mit der Umwelt, am schlimmsten - so kann ich sagen - im Saarland, wo einer Ministerpräsident mit ökologischen Sprüchen auf den Lippen wurde und wo es dann eben Sprüche blieben.

Wir haben gemeinsam mit den Umweltverbänden die Erfahrung gemacht - interessanterweise - daß eine der interessantesten und auch verlässlichsten Ansprechpartnerinnen die Wirtschaft ist. Unternehmer, Manager haben tatsächlich die Dimension des Umweltschutzes auch für die Zukunftswirtschaft erkannt zunächst über die Möglichkeit des Verdienstes. So waren es in der Geschichte der Umweltpolitik - über die Gewinnorientierung - zunächst die Filterhersteller und dann auch die Landschaftsarchitekten, die sich dafür interessierten. Inzwischen sind es auch mehr. Wenn also Großverbraucher-Unternehmer, wie zum Beispiel Otto-Versand, sich in erheblichem Maße in Verbänden engagieren oder Schweißfurth, der sein Vermögen in eine entsprechende Stiftung einbrachte, dann ist das auch ein Fingerzeig.

Die Umweltverbände sind ganz stark. Auch auf dem Trip in die Richtung der Unternehmensverbände ist das zum Teil auch positiv.

Aber die Gewerkschaften müssen sehen, daß sie hier Gleichschritt halten. Die Umweltverbände sind die geborenen Bündnispartner der Gewerkschaften nach meinem Verständnis. Und ich sehe

einfach so viele Identitäten von der Problemlage in der umweltschutzpolitischen Diskussion zwischen Naturschützern, Umweltverbänden und Gewerkschaften, daß ich mich wundere, daß sie noch nicht stärker integriert wurden. Wir sollten den letzten Rest unserer Hemmungen als Gewerkschafter fallen lassen und voll die Naturschützer umarmen. Dazu möchte ich gerne plädieren an dieser Stelle.

Und ich möchte zum Schluß dann auch zu dem vorhin Gesagten etwas ausführen. Was da gesagt wurde, hat mir sehr gefallen. Ich unterstreiche dies im Grundsatz, daß ökologischer Fundamentalismus nicht gut ist. Nur, bezüglich des Versagens der politischen Führung in dieser Parteiendemokratie empfehle ich jedem das Buch von van Arning "Staat ohne Diener", der es sehr schön seziiert hat, wie es funktioniert das Versagen der Politik und daß auch keine Hoffnung da ist. Auch das muß man ja sehen.

Es ist aber richtig, und es ist eine sehr interessante Untersuchung, die das Wuppertaler Institut gemacht hat über die Akzeptanz, oder welche nationalen Volkswirtschaften sind vorne beim Thema der Umweltschutzumsetzung. Das ist eine interessante, spannende Frage. Da gibt es bestimmte Länder, die kennt Ihr auch, das sind die Niederlande zum Beispiel, Dänemark ist weit vorne. Da hat man jetzt untersucht, wie sind die dahin gekommen? Eigentlich dadurch, daß dort die politische Führung funktioniert hat. Sie hat nämlich den Umweltschutz auch tatsächlich in der Anwendung immer angefordert. Und das ist unser Problem. Das geschieht nicht. Das heißt demnach, wir werden uns, bis es geschieht, auch ein Stückchen ökologischen Fundamentalismus leisten müssen. Danke.

Dietrich Vahle

Hinter Willi Bode zu sprechen, ist besonders schwer. Ich bin einer von dieser seltenen Spezies: Ich bin nämlich Naturschützer, auch wenn ich Forst gelernt habe. Ich bin Naturschutzdezernent und der klassische Antagonist zum Bau, nämlich zuständig für öffentlich-rechtliche Genehmigungsverfahren Landschaftspflege und Grünordnung in einem Regierungspräsidium, in dem täglich 10, 15, 20 Hektar bebaut werden. Aber Willi Bode sagte es, und ich kann es nur wiederholen: Der Antagonismus sollte kreativ genutzt werden in all den Punkten, wie Du es gesagt hast.

Aber es fehlt etwas. Es fehlen nämlich meine Kollegen hier. Ich weiß nicht, wieviel Naturschützer hier sitzen, wieviel Biologen hier sitzen. Es sitzen einige Landschaftsgärtner hier, ich habe festgestellt, es sitzen viele Forstleute da. Wir brauchen Mut für diesen Aufbruch. Es sollte nicht eine Konkurrenz der Berufsfelder entstehen, eine Konkurrenz zwischen den Förstern und den Biologen, eine Konkurrenz in schmaler werdenden Verwaltungen, zwischen einer Forstverwaltung und denen, die in der Naturschutzverwaltung tätig sind. Gerade für eine Gewerkschaft sollte der Aufbruch gehen nicht

nur in Richtung Verbände. Er sollte auch Öffnung bedeuten für die unterschiedlichen Berufsgruppen. Und ich habe für diese Situation nicht nur die Bitte oder vielleicht auch den eindringlichen Rat, diese Öffnung dorthin weiterzuführen, sondern dieses auch plakativ zu machen. Hier steht „Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft“. Das ist sicherlich die Herkunftsbezeichnung, doch warum steht dort nicht „Gewerkschaft Gartenbau, Land-, Forstwirtschaft und Naturschutz“ oder so etwas in der Richtung? Ich denke, man sollte neben dieser Öffnung für all diesen Bereich, für all diese Bereiche auch die plakative Namensweiterung stellen gerade bei einer Kooperation mit der BSE. Ich weiß, es ist das Spagat, das begriffliche, das verbindet. Es stehen ja auch andere Dinge dahinter, aber ich denke, es gehört dazu. Danke.

Eva-Maria Pfeil

Ja, schönen Dank. So, es haben sich jetzt noch viele hier gemeldet, aber wir müssen leider Schluß machen. Es tut mir echt leid, sicher wäre das noch eine interessante Diskussion geworden. Aber wir wollen ja noch die Fragen beantworten. Zu den Arbeitsplätzen. Bernd?

Bernd Schütt

Ja, ich glaube, ich habe gar keinen Anlaß, mich hier zu rechtfertigen. Ich sehe mich auch nicht in der Rolle des Angeklagten. Ich denke, jeder hat in seinem Bereich auch enorme Umweltprobleme produziert, und das gilt für alle Berufsgruppen. Entscheidend ist ja, in welche Richtung man marschiert. Es ist richtig, sich sozusagen einzumischen vor Ort, auch ohne, sagen wir mal, formale Rechte und Kompetenz einzubringen. Dies finde ich richtig. Andererseits finde ich es ein bißchen undifferenziert zu sagen, 500 Milliarden Verkehrsprojekte, wie steht Ihr dazu? Und wie ich rausgequackt habe, stehen da draußen eine Menge Autos. Und die Verkehrsprojekte in den neuen Bundesländern werden von allen eingeklagt. Und ein Großteil der 500 Milliarden beziehen sich zum Beispiel auf die neuen Bundesländer. Es geht nämlich auch darum, ein vernetztes System von Mobilität zu kriegen bei Vermeidung von Mobilität. Das ist die entscheidende Frage. Wir haben ganz klare Aussagen zum Beispiel zum Transrapid gemacht. Wir haben klare Aussagen gemacht zum Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs. Wir haben klare Aussagen gemacht zum Vorrang des Ausbaues der Eisenbahn usw.

Das sind die entscheidenden Punkte. Es wird natürlich keiner von uns erwarten, daß wir mit Baumaschinen losmarschieren um dafür zu demonstrieren, daß Straßen nicht gebaut werden. Ich glaube, so vermessen kann man nicht sein. Man muß also eine politisch inhaltliche Wertung erheben, und man muß den Kollegen auch sagen, wo es hingehet und wo auch Arbeitsplätze liegen. Ich denke, das ist ein ganz ehrlicher Punkt. Und wer

dies nicht tut, ich sage das so, verarscht die Kollegen. Ich kann nicht glaubwürdig sein, wenn ich Arbeitsplätze bei mir in Frage stelle, und wenn ich denen nicht sagen kann: „Jungs, und da krieg ich neue her.“ Gesamtgesellschaftlich ist das gar kein Problem. Da sieht man ja, wie die Umschichtungen sind: Von der Stahlindustrie, schon erschließen sich andere Felder. Nur, der Stahlarbeiter, der morgen seinen Arbeitsplatz verliert, den interessiert das überhaupt nicht, wie das Feld ist. Der ist nämlich gar nicht derjenige, der darauf ist. Also, da muß man ganz realistisch sein, und diese Verzahnung, die müssen wir leisten als Gewerkschaften, sonst sind wir nämlich auch als Umweltpartnerinnen schlichtweg weg vom Fenster.

Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt, diese Kompetenz herzustellen. Und deswegen, plädiere ich - immer ein bißchen abstrakt vielleicht - für Innovationspolitik. Ich hoffe sehr, daß wir diese Verzahnung hinbekommen.

Und ich finde auch ganz wichtig, die Frage der Dienstleistung zu thematisieren. Ich glaube, der Kritikpunkt liegt ja eigentlich in der „geronnenen“ Form öffentlicher Dienstleistung. Ich finde, Dienstleistungen sind ganz was wesentliches. Und man muß sozusagen wieder über die Inhalte reden. Die Dienstleistung hat ja eine hohe gesellschaftliche Verantwortung und auch eine hohe soziale Kompetenz, und die muß man wieder in den Mittelpunkt stellen. Und die zweite Frage ist dann die nach der Organisationsform. Diese wird natürlich immer - sozusagen - diskutiert als die entscheidende Frage. Und was die Inhalte dann sind, das interessiert keine Sau.

Ich denke, das ist für mich der Knackpunkt. Insofern fände ich eine Diskussion darüber auch ganz wichtig für uns. Es gibt natürlich auch im Baubetrieb eine Hinwendung zur Dienstleistung. Und ich möchte ganz gerne wissen, was denn der Inhalt dieser Dienstleistung ist.

Klar, Umweltverbündete sind natürliche Bündnispartner, in einem Sinne. Im anderen Sinne, so würde ich sagen, haben sie Riesenprobleme mit der betrieblichen Wirklichkeit. Ich habe in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Umweltag im wesentlichen dazu beigetragen, ein Memorandum „Arbeit und Umwelt“ zu entwickeln. Und es wurde ganz gierig aufgesogen. Die Möglichkeit, betriebliche Wirklichkeit kennenzulernen ist für viele Umweltschützer schlichtweg am Tor zu Ende.

Man darf auch die soziale Zusammensetzung der Umweltverbände nicht unterschätzen. Die hat nichts mit der betrieblichen, jedenfalls nichts mit der industriellen Wirklichkeit zu tun. Die Minderheit der Kollegen dort kommt aus der Industrie, das muß man auch sehen. Und ich sage mal, wenn ein Lehrer mir erklären will, wie Umweltschutz in einem Baubetrieb aussehen will, da kann ich schon verstehen, daß ich dann ein bißchen langsam anlaufe. Ich denke, man muß dann sehen, wo die Linien sind. Ich denke, das ist ein gegenseitiger Prozeß, und ich bin schon der Meinung, wir kön-

nen gegenseitig voneinander lernen. Nur wenn wir voneinander lernen, gibt es auch entsprechende Chancen.

Aber ich bin auch dafür, die Konflikte ganz klar auf den Tisch zu bringen und sie zu benennen. Nur wenn man die Konflikte benennt, kann man aus den Konflikten auch wieder raussteigen. Und wer die unter den Tisch kehrt, der wird nämlich das Problem schaffen, daß jeder nachher alleine für sich marschiert und alleine „vor die Wand läuft“. Das ist für mich der Ausgangspunkt, und deswegen plädiere ich auch immer für entsprechende Ehrlichkeit in dieser Auseinandersetzung. Ich denke, damit kann man weiterkommen.

Eva-Maria Pfeil

Ja, danke schön Bernd. So, jetzt möchte Hajo zum Schluß noch das Wort haben.

Hajo Wilms

Aber nicht als Schlußwort, das ist schon drei mal gehalten worden. Ich mache es mal ganz kurz. Ich möchte nochmal auf Willi Bode eingehen. Ich denke, daß wir gerade als GGLF die Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden verstärken müssen. Und das, denke ich mal, wird heute nachmittag auch nochmal arbeitsgruppenmäßig bestätigt werden.

Aber, ich denke genauso, daß wir die Arbeit mit den anderen Gewerkschaften verstärken müssen. Es ist tatsächlich so bei uns, daß wir mit Ausnahme der Bereiche GhK, Bau-Steine- Erden und IG CPK das ganze andere Gewerkschaftsspektrum, was dort alles passiert, was gemacht wird, was auch in unsere Bereiche reinspielt, daß wir das nicht berücksichtigen. Ich denke, da müssen wir genausoviel Arbeit ansetzen.

Und ich meine zum Schluß, daß wir als Gewerkschaft, wie wir da sind, einfach viel politischer werden müssen nicht nur im Umweltbereich.

Eva-Maria Pfeil

So, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt ist die Mittagspause, und ich würde vorschlagen, wir treffen uns um 13 Uhr dann wieder hier in diesem Raum, pünktlich.

Nachmittags:

ab 13.00 Uhr

Exkursion zum geplanten Großprojekt „Ausbau der Havel“

ab 15.00 Uhr

Arbeitsgruppen

Fachkonferenz Umwelt

**der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
vom 25. März bis 27. März 1994
im Bildungszentrum Götzer Berge,
Bergstraße 1, 14778 Götz, Tel.: 033207/2520**

Arbeitsgruppen

1. Umwelt und Arbeit

- neue Tätigkeiten
- Landschaftspflege - ja/nein
- Intensivierung und Extensivierung der Arbeit

verantwortlich: Hans Hübner,
GGLF-Landesbezirk Nordmark

Gesprächspartner/innen: Edgar Gärtner
Ökologe, Kommunikationsberater,
Leitender Redakteur des WWF-Journal

Dr. Monika Glapski
Fachreferentin im Umweltbüro der
IG BSE in Berlin

Gudrun Herlitz
Förderwerk Götzer Berge

2. Umwelt und Geld

(wurde zusammengelegt mit AG 1)

- Finanzierung (Landschaftspflegegroschen, Umschichtung, Subventionierung von Bund, Ländern, EG)
- Umweltpolitische Ziele in Tarifverträge?
- Umweltpolitische Ziele in Gesetzen?

verantwortlich: Ulf Fink
GGLF-Landesbezirk Thüringen

Gesprächspartner: Dr. Jürgen Hoffmann
IG BSE Umweltbüro Leipzig

3. Umwelt und Wissenschaft

- Gentechnologie
- PVC
- Nachwachsende Rohstoffe
- Gesundheitsschutz
- Neue Produkte und Verfahren
- Geschlossene Kreisläufe

verantwortlich: Arnd Spahn,
GGLF-Hauptverwaltung

Gesprächspartner: Dr. H.J. Reents
GGLF-Landesbezirk Bayern

4. Umwelt und Struktur- und Standortpolitik

- Verkehrskonzept (Straße, Wasser, Schiene, Luft)
- Mobilität (Wohnen, Arbeiten etc.)
- Umweltbelastung durch Verkehr
- umweltgerechte Strukturpolitik
- Entwicklung der Arbeit/Qualifikation in ländlichen Regionen

verantwortlich: Kerstin Murken,
GGLF-Landesbezirk Niedersachsen

Gesprächspartner: Dr. Bernd Schütt
IG BSE- Bundesvorstand

Dr. Harald Streitz
GGLF-LB Hessen - Rhl.-Pf. - Saarland

5. Umwelt planen und gestalten

- nachhaltige Durchsetzung der Umweltbelange
- Mitbestimmen bei der Planung
- Bauen contra Landschaftsschutz
- Gestaltung des Wohnumfeldes
- Einsatz natürlicher Rohstoffe
- Rückbau von Straßen und Gewässern

verantwortlich: Thomas Hentschel
GGLF-LB Berlin-Brandenburg

Gesprächspartner/in: Rainer Meister
DGB-Bundesvorstand

Karin Enders
IG BSE Umweltbüro Leipzig

3. Tag

Eva-Maria Pfeil

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen mit unserem dritten Beratungstag beginnen. Ihr habt gestern in den Arbeitsgruppen sehr intensiv diskutiert. Ich habe ja an allen Arbeitsgruppen zeitweilig teilgenommen, habe dort nichts gesagt einfach deshalb, weil es für mich interessant war, was Ihr zu sagen hattet.

Zur Vorstellung des Ergebnisses aus den Arbeitsgruppen haben wir als Moderator Professor Dr. Sauer gewonnen. Ich möchte ihn jetzt bitten, hier diese Moderation zu übernehmen.

Prof. Dr. Peter Sauer

Ja, das klang ja eben sehr förmlich. Vielleicht sollte ich erst einmal etwas zu mir sagen, bevor wir hier einsteigen. Eine Reihe von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen, die hier sitzen, haben mich schon kennengelernt bei den unterschiedlichsten Aktivitäten. Ich bin dem Förderwerk seit zwei Jahren verbunden, habe hier eine ganze Reihe von Beratungsleistungen erbracht und Schulungsmaßnahmen durchgeführt für das Förderwerk. Ich kenne mich also dem Bereich der Arbeitsmarktstrategien sehr gut aus. Ich bin Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule für Sozialarbeit, komme also aus einem ganz anderen Bereich. Ich bin allerdings auch Mitglied einer Gewerkschaft, nämlich in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Von daher habe ich überhaupt keine Probleme, wenn Ihr das kollegiale Du anwendet, ich habe damit auch keine Probleme.

Soweit zum Einstieg.

Wir hatten uns in den Vorüberlegungen das so vorgestellt, daß wir jetzt einmal kurz die Ergebnisse der vier Arbeitsgruppen darstellen hier im Plenum. Ich möchte allerdings bitten, daß diejenigen, die das tun, nicht das Zeitlimit von fünf bis zehn Minuten überschreiten, sonst kommen wir nicht zu der Diskussion. Ich bin da auch sehr rigide.

Ich würde ganz gerne anschließend sozusagen eine Querschnitts-, eine Generaldiskussion führen über das, was wir hier getan haben, und zwar eine Generaldiskussion, die sich orientiert nicht an den erarbeiteten und vorgestellten Themen, sondern an den Themen, die als Arbeitsschwerpunkte auf dem Programm stehen. Und zwar so, daß wir uns erst einmal anhand dieser Fragen entlanghangeln und dann versuchen - vielleicht in der letzten halben Stunde unserer Diskussion - darauf zu konzentrieren, was Eure Gewerkschaft ganz konkret in diesem Bereich tun kann.

Ich habe an vielen Konferenzen teilgenommen, an vielen Gesprächen; es ist immer sehr unzufriedenstellend, wenn man rausgeht und sagt, wir haben drei Tage diskutiert, was machen wir denn eigentlich jetzt? Deshalb würde ich ganz gerne das sozusagen als Endpunkt hier nehmen: Das zusammenstellen, was tatsächlich möglich ist.

Jetzt möchte ich bitten, daß die erste Arbeitsgruppe ihre Ergebnisse vorstellt.

Arbeitsgruppe 1 und 2 Umwelt, Arbeit und Geld

Hans Hübner

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben zunächst unsere drei Gesprächspartner um kurze Statements gebeten. Diese haben wir hier auf der Papiertafel zu Kernaussagen gebracht. Ich darf Ulf Finke bitten, vorzulesen.

Ulf Finke

Im ersten Statement wurde ausgeführt, daß einmal ungenaue Begriffe im Umweltbereich zu Fehlhandlungen führen und daß - als Kernaussage - zum anderen der Mensch über mehrere Jahrtausende hier in unseren Breiten die Bedingungen für eine Artenvielfalt geschaffen hat, daß er aber andererseits durch intensive Produktionsweisen der letzten Jahrzehnte die Einschränkung dieser Artenvielfalt herbeigeführt hat. Dieser Zustand kann wiederum nur durch menschliche Arbeit in Form von Renaturierung positiv beeinflusst werden. Diese Folgerung wird als Chance für Arbeitsplätze betrachtet, vorläufig noch als Idee. Nichtstun kann den bestehenden Zustand nur verschlechtern. Es ist also Aktivität angesagt.

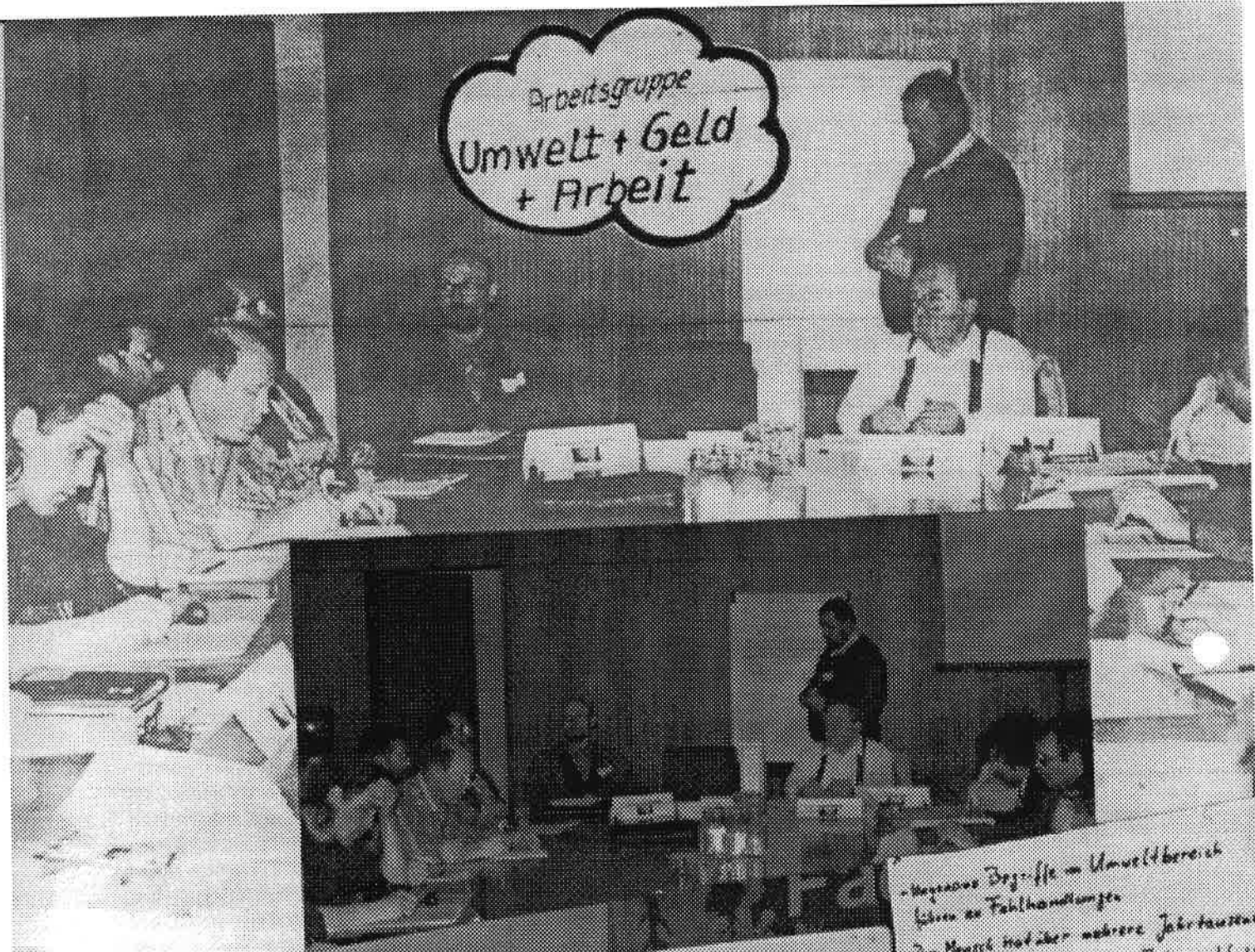
Im zweiten Statement wurde ausgeführt, daß die Gewerkschaften dafür die Verantwortung tragen, daß Umwelt und Arbeit für den Menschen im Einklang sind. Hierzu müssen sich die Gewerkschaften die Kompetenz in Umweltfragen verschaffen.

Es wurde auch herausgearbeitet, daß man während der täglichen Arbeit ständig - aus monetären Gründen - auf Grenzen stößt insbesondere auch im Umweltbereich. Es wurde geschlossen, daß die Gewerkschaften das Vorsorge- und Verursacherprinzip durchsetzen müssen.

Im dritten Statement gab es folgende Leitsätze: Die Gewerkschaften haben neben der sozialen auch eine ökologische Schutz- und Gestaltungsfunktion zu erfüllen. Umweltschutz muß in Politik und Wirtschaft eine größere Bedeutung erhalten, Umweltschutz muß in Verbindung mit Gesundheits- und Arbeitsschutz gesehen und praktiziert werden. Weiterbildung der Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen im Umweltbereich muß in drei Richtungen gehen:

1. Entwicklung von Fachkompetenz,
2. Entwicklung von Gestaltungskompetenz,
3. Entwicklung von Verantwortung und Zivilcourage.

Arbeitsgruppe
Umwelt + Geld
+ Arbeit



- Negative Begriffe im Umweltbereich führen zu Fehlhandlungen
- Der Mensch hat über mehrere Jahrtausende die Bedingungen für eine Artenvielfalt geschaffen
- Die intensive Produktionsweise der letzten Jahrzehnte führt zur Einschränkung der Artenvielfalt
- Dieser Zustand kann durch noch mehr Arbeit (Rohabbau) noch mehr beeinflusst werden → Chance für Arbeit
- Nichts ist kann den bestehenden Zustand verschlechtern!

Gewerkschaften haben neben der sozialen auch eine ökologische Schutz- und Gestaltungsfunktion zu erfüllen

Umweltschutz muß in Politik und Wirtschaft eine größere Bedeutung erhalten

Umweltschutz muß in Verbindung mit Gesundheits- und Arbeitsschutz gesehen und praktiziert werden

Weiterbildung der Teilnehmer zum Umweltschutz hat 3 Richtungen:

Entwicklung von

- Fachkompetenz
- Gestaltungsbewusstsein
- Verantwortung und Zivilcourage

Umweltbewusstsein ist ein zentraler Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung

Im Rahmen der beruflichen Ausbildung ist die Vermittlung von Umweltwissen notwendig

Die Umweltbewusstseinsbildung ist ein kontinuierlicher Prozess

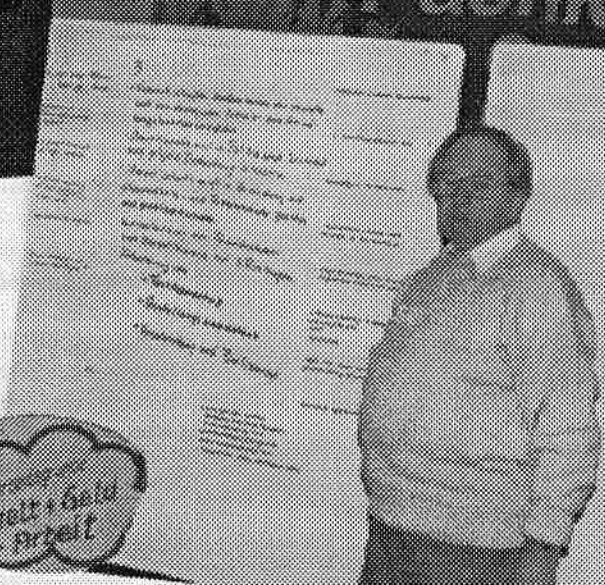
Die Umweltbewusstseinsbildung ist ein zentraler Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung

Im Rahmen der beruflichen Ausbildung ist die Vermittlung von Umweltwissen notwendig

Die Umweltbewusstseinsbildung ist ein kontinuierlicher Prozess

Fachkompetenz

Arbeitsgruppe
Umwelt + Geld
+ Arbeit



Hans Hübner

Nach den Statements haben wir entlang unserem Thema "Umwelt, Arbeit und Geld" diskutiert. Dabei stellte sich heraus, daß wir gut getan haben, indem wir die beiden Arbeitskreise zusammengefügt haben. Denn Arbeit und Geld haben eine Wechselwirkung. Das Thema Geld ohne den Zusammenhang mit Arbeit hat keine 20 Prozent der Diskussion eingenommen. Die Diskussionsbeiträge wurden von uns, Ulf Finke und mir, wieder in Kernsätzen protokolliert. Daraus haben wir nach dem Abendessen einen Extrakt gefiltert, den Ihr dort an der Pinwand lesen könnt.

Wir hatten 23 Diskussionsbeiträge. Es ist sicherlich auch verständlich, daß nicht alle unsere Teilnehmer/Teilnehmerinnen mit jedem Kernsatz einverstanden sind. Wir haben - entsprechend den Vorgaben von Eva-Maria - unsere Kernsätze als Thesen in grüner Schrift und als Strategien in blauer Schrift deklariert. Bezeichnend ist, daß bedeutend mehr Strategien herausgekommen sind. Viele Diskussionsbeiträge haben wir überhaupt nicht zu Kernsätzen verarbeitet, obwohl sie gute Gedanken enthielten. So hat beispielsweise der Beitrag unserer Kollegin aus Mecklenburg-Vorpommern keine Berücksichtigung gefunden, in dem sie sich vehement für die Berücksichtigung der Frauen einsetzte, weil die Berücksichtigung der Frauen ein so komplexes Thema ist, daß wir es nicht auf das Thema Umwelt beschränken wollten. Über zwei Dinge war sich unsere Arbeitsgruppe einig:

1. Diese Konferenz hat unserer GGLF ein gutes Stück Zuwachs an Umweltkompetenz gebracht, weil sie sich den Sachverstand von kompetenten Mitgliedern zunutze machen kann und wird.
2. Diese Konferenz darf keine Eintagsfliege sein. Das hier aufgezeichnete Gruppenwissen der Konferenzteilnehmer/-teilnehmerinnen muß publiziert werden und zur Handlungskompetenz aller Mitglieder führen.

Schönen Dank.

Ulf Finke

Als Thesen haben wir formuliert:

1. Es darf keine Alternative geben: Arbeit oder Umwelt.
2. Umweltschutz muß auf Dauer Arbeitsplätze bringen.
3. Wer Umwelt verbraucht, soll dafür bezahlen.
4. Wer Umwelt schädigt, soll dafür angemessen bestraft werden.
5. Umweltschutz beginnt im Privatbereich, und wir alle sind zu einem großen Teil eben auch Privatpersonen.
6. Umwelt verbessert man nicht durch Verlagerung der Produktion in eine andere Region.

Als Strategien haben wir herausgearbeitet:

1. Die Gewerkschaften müssen sich Verbündete in Sachen Umweltschutz suchen.
2. Die Gewerkschaften müssen eine eigene neue Zukunftsvorstellung zum Umweltschutz entwickeln.
3. Die GGLF muß Anwältin für die Beschäftigung der agrarischen Arbeitnehmer / Arbeitnehmerinnen im Umweltschutz sein.
4. Die Technologieberatungsstellen der Einzelgewerkschaften und des DGB müssen Kompetenz in Umweltfragen entwickeln, um Betriebsräte zu beraten und zu unterstützen.
5. Die Gewerkschaften müssen sich dafür einsetzen, daß Umweltprojekte, die dem Gemeinwohl dienen, angemessen bezuschußt werden.
6. Die Durchsetzung des Rechts auf Mitbestimmung im Umweltschutz muß ein strategisches Ziel der Gewerkschaften sein, einmal auf der Ebene der tariflichen Betriebsvereinbarung und einmal in der Ergänzung des Betriebsverfassungsgesetzes.
7. Die GGLF sollte ihre Zielvorstellung über Naturschutz, Landschaftspflege und Landschaftsentwicklung gegenüber Politik und Wirtschaft vertreten.
8. Die GGLF sollte inner- und außergewerkschaftliche Informationen anbieten zu Themen des Umweltschutzes, zum Beispiel: Naturgarten-Ideen, naturgemäßer Waldbau, ökologische Landbewirtschaftung, Biotopschutzprogramm, Landschaftspflegeprogramm, Naturlandschaftsprogramm, europäisches Naturschutzjahr 1995 etc.

Prof. Dr. Peter Sauer

Vielen Dank, Ulf und Hans, für die Darstellung der Arbeitsgruppe.

Ich finde besonders gut, daß hier zum Schluß eingeteilt wurde auch in Strategieelemente und daß man daraus entnehmen kann, wo man ansetzen könnte.

Ich darf dann die Vertreter/Vertreterinnen der zweiten Arbeitsgruppe bitten mit ihrer Vorstellung zu beginnen. Das wäre ja dann „Umwelt und Wissenschaft“.

Arbeitsgruppe 3

„Umwelt und Wissenschaft“

Arnd Spahn

Es war sicherlich für viele Teilnehmer/Teilnehmerinnen schwierig, sich unter der Arbeitsgruppe Umwelt und Wissenschaft etwas vorzustellen. Vielleicht sind auch die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe nicht repräsentativ für unsere

Umwelt + Wissenschaft



Kreislauf- & Forschung

Eindruck - Wir arbeiten noch im Kreislauf

Handlungsbedarf!

vernünftige Kreisläufe

Lebensqualität

Einfügen der Arbeit in Naturrhythmen

Problem: Umwelt -

Wissenschaft Politik

Strategie

Gewerkschafts Arbeitsrat

Wissenschaftliche Zusammenarbeit

GGLF über Politik Einfluss nehmen auf Strukturen

Fragenkataloge

Workshops zu Problemen

Preis gesetzten für Wissen

Wissenschaft braucht neue Themen

Wissenschaft muß forschen wie "Abfall" zurückführen ist

Industrie

für GGLF: Produktionsweg zu Ende denken

Begriffsklärung

auf Kreisläufe hinweisen

sparsamer

Welche Erwartungshaltung wir an der Wissenschaft

Großenwahn - Sinn

auf Menschen Arbeiter zupfen

gestörtes Verhältnis

Themen

Klimawirkung

gefährliche Stoffe

ökologisches Bauen

Gestechnik

Natur zusammenhängen

Wir hoffen kein Nachschub zu bekommen

Kein Verhältnis Arbeitnehmers Wissenschaft

Gewerkschaft muß auf Wissenschaft zugehen

neue Probleme durch Wissenschaft

Waldsterben

Arbeitswelt

ethische Aspekte der Technologie

neue Produkte und Verfahren

Innovation umsetzen

ökologische Landwirtschaft

Abfallwirtschaft

nachwachsende Rohstoffe

Mitglieder. Auf jeden Fall hat diese Arbeitsgruppe mit wenigen Teilnehmenden stattgefunden, insgesamt acht. Diese geringe Anzahl hat aber die Arbeit in dieser Arbeitsgruppe sehr stark beflügelt.

Wir haben drei „Flügel“ gehabt, einen linken, einen rechten und ein Mittelfeld. Niemand hat sich an der Diskussion nicht beteiligt, niemand hat die Diskussion bestimmt, es gab eine rege Diskussion. Es gab viele Grundverständnisprobleme, es gab unterschiedlichste Erwartungen, und ich glaube, es hat dieser Arbeitsgruppe und unserer Gewerkschaft vielleicht auch gutgetan, zu diesem für uns doch ziemlich neuen Thema und zu einem Thema, zu dem wir nicht unbedingt immer gleich Zugang haben, in einem so kleinen Kreis Ergebnisse durch intensive Diskussion zu erarbeiten.

Diese wird unser zweiter Mann im Team (der dritte ist leider nicht mehr da, das war der Kollege Frank Schmidt von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff) jetzt vorstellen.

Dr. Hans-Jürgen Reents

Wir haben angefangen mit der Frage, welche Erwartungshaltung haben wir an die Wissenschaft? Und da kamen dann verschiedene Erfahrungen heraus, zum Beispiel wurde gesagt:

„Wissenschaftler haben einen Größenwahn“, „der Wissenschaftler muß auf den Menschen bzw. den Arbeiter zugehen“, „aus der Sicht des Arbeiters haben wir kein Recht, etwas dazu zu sagen, was der Wissenschaftler sagt“, „es besteht eigentlich kein Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Wissenschaftlern“, „es entstehen neue Probleme durch die Wissenschaft selber“, „die Wissenschaft muß ihre Ergebnisse verständlich machen“ und dann noch „der Wissenschaftler muß auf den Arbeitnehmer zugehen“. „Gewerkschaft muß auf die Wissenschaft zugehen“, war eine Forderung.

Insgesamt wurde ein gewisses gestörtes Verhältnis zwischen Wissenschaftlern und Arbeitnehmern festgestellt.

Aber auf der anderen Seite war eindeutig, daß die Wissenschaft Grundlagen schaffen und Antworten geben kann, und zwar für unsere eigenen Forderungen. Sie muß uns Lösungen für praktische Probleme geben, sie muß unabhängig sein, und es wurde gefragt danach, wie die Wissenschaft mit Wahrheit umgeht. Wir würden Ergebnissen gerne vertrauen. Wir wissen um die Grenzen der Forschung.

Insgesamt besteht ein hohes Interesse an der Wissenschaft, so daß es eigentlich einen gewissen Gegensatz gibt: einerseits ein gestörtes Verhältnis, andererseits aber ein hohes Interesse an dem, was Wissenschaft macht.

Dann sind wir weitergegangen und haben gefragt nach den Themen, die uns interessieren unter dem Gesichtspunkt „Wissenschaft und Umwelt“. Und da gab es eine ganze Liste: Klimawirkung, gefährliche Stoffe, ökologisches Bauen, Gentechnik, Naturzusammenhänge, Waldsterben, ethische

Aspekte der Biotechnologie, neue Produkte und Verfahren, Innovationen umsetzen, Abfallwirtschaft, aber auch Arbeitsumwelt und Arbeitsschutz, ökologische Landwirtschaft, nachwachsende Rohstoffe.

Aus diesen ganzen Themen haben wir dann ein Thema ausgewählt. Dieses Thema war „Kreislaufforschung“. Wir haben an diesem Thema - beispielhaft - diskutiert darüber, was betrifft uns da eigentlich? Und wo ist da die Wissenschaft gefordert oder die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft?

Wieso dieses Thema? Wir hatten den Eindruck, wir arbeiten nicht in einem Kreislauf. Das war eine Darstellung. Aber wir brauchen vernünftige Kreisläufe. Wir haben uns zu weit entfernt, wir brauchen eine gewisse Lebensqualität. Das ist eine Auswirkung ungestörter Kreisläufe. Wir müssen uns einfügen in die Naturrhythmen bei unserer Arbeit. Es besteht also ein gewisser Handlungsbedarf.

Wir haben auf der anderen Seite die Wissenschaft. Die Wissenschaft braucht sozusagen neue Themen. Die Wissenschaft muß erforschen, wie Abfall zurückzuführen ist, bezogen eben auf die Kreislaufwirtschaft.

Wir brauchen Begriffsklärung.

Wir müssen auf Kreisläufe hinweisen in der Arbeit.

Wir brauchen einen sparsamen Umgang mit Stoffen.

Auch die GGLF muß darauf hinweisen, daß Produktionswege zu Ende zu denken sind, wenn irgendetwas eingeleitet und ausgeführt wird.

Das ist sozusagen ein Kerninhalt der Kreislaufforschung.

Nun die Frage, wie kann man daraus eine Strategie machen für gewerkschaftliches Handeln im Zusammenhang mit Wissenschaft?

Hauptthese war dann eigentlich: „Gewerkschaft muß Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen und Wissenschaftler/Wissenschaftlerinnen zusammenführen“. Sie muß über Politik Einfluß nehmen auf Studiengänge oder Inhalte von Wissenschaft und Forschung und Forschungsprogrammen.

Was kann die Gewerkschaft noch tun? Sie kann z.B. Fragenkataloge entwickeln, sie kann Workshops anbieten zu bestimmten Problemen, in denen sie Arbeitnehmer / Arbeitnehmerinnen und Wissenschaft zusammenführt.

Ein anderer Weg: Sie kann einen Preis aussetzen für wissenschaftliches Arbeiten, um damit bestimmte Themen zu lenken. Sie sollte provokative Fragen stellen, und sie Mitglieder befragen, um innerhalb ihrer eigenen Reihen zu ermitteln, an welchen Themen gearbeitet werden muß.

Dieses wären sozusagen die Ansätze zu Wegen, zu möglichen Strategien. Das waren 2 1/2 Stunden Arbeit. Ich denke, wenn wir auf diesem Weg weitergehen, finden wir Strategien, wie wir der Hauptthese „Gewerkschaft muß Arbeitnehmer und

Wissenschaft zusammenführen" nachkommen können.

Insgesamt als zusätzliches Fazit: Es ist immer ein Problemfeld „Umwelt - Wissenschaft - Politik“ Es gehört immer der schwierige Weg der Umsetzung dazu.

Schönen Dank.

Prof. Dr. Peter Sauer

Ich darf mich bedanken bei den beiden Vortragenden. Ich denke, die Entwicklungslinien sind klar vorgezeichnet und sehr gut verwendbar. Vielen Dank.

So, jetzt kommen wir zur Arbeitsgruppe "Umwelt und Struktur- und Standortpolitik".

Arbeitsgruppe 4 „Umwelt und Struktur- und Standortpolitik“

Kerstin Murken

Wir haben uns zunächst auseinandergesetzt mit der Frage der Mobilität und darüber, was „Verkehr“ eigentlich ist. Und dabei kam sehr schnell heraus, daß Verkehr Ausdruck unserer Produktionsweise ist. Das heißt, daß im Moment das Problem eigentlich ist, daß wir einen sehr starken Stoff- und Materialtransport haben, was zum Teil dazu führt, daß ein Joghurtbecher von der Produktion bis zum Endverbraucher 8.000 km transportiert wird. Und das ist aus ökologischer Sicht nicht angebracht. Damit haben wir auch ganz große, unnötige Energieflüsse. Das kann langfristig nicht sinnvoll sein.

Dabei ist die Umweltverträglichkeit unserer Gesamtmobilität - nicht nur der Stoff- und Materialflüsse, sondern auch der Personen - ein wichtiges Thema. Darüber entstand eine Diskussion, wie weit Mobilität heutzutage zwanghaft notwendig ist nicht nur bezogen auf die Wirtschaftsweise, sondern auch auf die Privatinteressen, und wie weit sich das in Zukunft so fortführen läßt.

Dabei ergab sich einerseits die These "Mobilität wird sich weiter verstärken unter den derzeitigen Voraussetzungen", andererseits gab es die These "Mobilität verstärkt sich nicht".

Wir haben uns am Ende dazu geeinigt, daß sich Mobilität in den nächsten Jahren schon noch verstärken wird, daß wir aber alles tun müssen, dies zu verhindern.

Mobilität bedeutet einfach mehr als nur Verkehr. Mobilität beinhaltet auch die Informationsflüsse, die auch mittels Computer zum Beispiel geleistet werden können. Verkehr bezieht sich auf ein Verkehrsmittel oder auf die eigene Fortbewegung bzw. Güter zu transportieren. Es sind inzwischen auch andere Güter, die auf anderen Wegen transportiert werden können und deswegen ist von Mobilität die

Rede. „Information“ wäre sozusagen auch ein Transportgut.

Insgesamt haben wir erkannt, daß wir eine Ursachenanalyse des Verkehrs unbedingt brauchen. Die EG-Politik, die Politik unseres Landes und letztendlich die internationale Politik bilden hier den Rahmen.

Als Privatverbraucher / Privatverbraucherinnen können wir da natürlich keinen Einfluß nehmen und auch nicht als GGLF. Aber wir können zum Beispiel auf EG-Ebene Einfluß nehmen, über unsere Politiker und Politikerinnen und natürlich auch über die Gewerkschaftsebenen des DGB und der Einzelgewerkschaften.

Wir intensivierten die Frage danach, was eigentlich diese Mobilitätsnotwendigkeit verursacht.

Natürlich hat diese Mobilität erhebliche Auswirkungen auf den Strukturwandel, ausgelöst durch die Standortansprüche. Es werden im Moment Standorte ausgewählt, wie nah sie an wichtigen Verkehrsachsen liegen. Das kann und darf unseres Erachtens nicht weiter die wesentliche Rolle spielen für die Auswahl eines Standortes.

Eine große Rolle spielt hier auch die ungleiche Umweltgesetzgebung der einzelnen Bundesländer.

Gestern war es so gesagt worden, daß die ungleiche Umweltgesetzgebung für das ganze Bundesgebiet insgesamt keine besonders sinnvolle Lösung darstellt, wollte man jedoch gleichziehen, bedeutete dies einen Eingriff in unser derzeitiges Rechtssystem. Dies müßte hier sicherlich noch diskutiert werden.

Standortansprüche sind also im Moment von bestimmten Sachzwängen vorgegeben. Hierzu gehört auch die unterschiedliche Handhabung der Gewerbesteuern. Hier wäre eine andere Ordnungspolitik angebracht, damit Gewerbesteuern auch mal in einer anderen Weise verteilt werden, um durch einen Ausgleich der Gewerbesteuer bestimmte Standortentscheidungen einfach unnötig zu machen. Es gibt keinen Sinn, wenn sich Betriebe von einem Ort in den anderen bewegen, ausziehen aufgrund der Standortansprüche und zentral das ganze Land versorgen.

Das heißt, wir müssen darauf hinarbeiten, daß eine „Reiseproduktionen“ vermieden werden. Es wäre z.B. möglich, die tatsächlichen Wegekosten der Straßenbenutzung als Kostenfaktor auf das Produkt umzulegen. Der Verbrauchende würde dann die entsprechenden Produkte, die z.B. in Bayern vermarktet, aber in Schleswig-Holstein produziert werden (z.B. Butter) nicht kaufen.

Die Übertragung des Systems im Westen auf die neuen Bundesländer hätte nicht geschehen dürfen. Die Folge wird auch hier im Osten eine sehr starke Zersiedlung sein. Ohne diese Übertragung könnte die lokale Innovations- und Chaoskompetenz und ein sehr hoher Bildungsstandard genutzt und die regional angepaßten Strukturen übernommen werden.

Eine zukünftige Politik für den ländlichen Raum muß natürlich auch eine Produktion industrieller

Umwelt+ Struktur- und Standortpolitik



• **LOKALE UND REGIONALE
PRODUKTIONSKONZEPTE**

• **NUTZUNG LOKALER
INNOVATIONS- UND CHAOSKOMPETENZ**

• **GERICHTE NEUDEFINITION
DER BEDÜRFNISSE**

• **INDUSTRIELLE MODELLE SIND
NICHT ÜBERALLHIN ÜBERTRAGBAR**

• **ERHALTUNG UND SCHAFFUNG
LÄNDLICHER KERNE**

• **KEIN AUSSPIELEN
ARBEIT GEGEN UMWELT**

• **LÄCHENRECYCLING UND**

• **VERKEHR IST AUSDRUCK
UNSERER PRODUKTIONSWEISE**

• **VERHEIDUNG VON REISEPRODUKTION**

• **TATSÄCHLICHE WEGEKOSTEN
ALS KOSTENFAKTOR**

• **ÜBERALL
GLEICHE UMWELTSTANDARDS**

• **VORHANDENE SCHIENENWEGE
ERHALTEN UND AUSBAUEN**

• **SINNVOLLE STRASSEN UND
VERLAGERUNG AUF DIE SCHIENE/CPNV**

Umwelt+
Struktur- und
Standortpolitik



Güter beinhalten. Die „Freisetzung des Arbeitskräftepotentials“ auf dem Lande kann nicht nur dadurch aufgefangen werden, daß man nur Klein- und Mittelbetriebe fördert, auch wenn dort aller Voraussicht nach schon das größte Potential liegen.

Insgesamt ist eine dezentrale Regionalpolitik notwendig, die darauf achtet, was bereits vorhanden ist und die damit auch umgeht. Die Erhaltung und Schaffung ländlicher Kerne ist angebracht, was allerdings zu keinem Ausspielen von Arbeit oder-Umwelt führen kann. Es sind viele unterschiedliche Konzepte notwendig, einzelnes Konzept würde diesen Raum langfristig auch nicht erlebenswert machen.

Flächenrecycling ist umzusetzen, die vorhandenen Strukturen sind wiederzubeleben und Industriestandorte sind anzusiedeln, und zwar nicht auf die grüne Wiese.

Die vorhandenen Schienenwege müssen erhalten und auch ausgebaut werden, Straßen müssen sinnvoll geplant werden, natürlich muß der im Moment sehr schlechte Standard der Straßen verbessert werden. Andererseits dürfen die Straßenneuanlagen oder Verbesserungen nicht dazu führen, daß weiterer Verkehr angezogen wird. Ein sinnvoller Straßenausbau, macht intensive Planung und ausreichendes Bedenken der Beschaffenheit und Größe der Straßen notwendig, trotzdem muß gleichzeitig mit gleichen Geldsummen oder mehr Geldsummen und Engagement der Ausbau des Schienennetzes und der des öffentlichen Personennahverkehrs betrieben werden. Eine Verlagerung des Personenverkehrs und auch des Güterverkehrs auf die Schiene und auf den ÖPNV muß angestrebt werden.

Wir haben uns auch darüber Gedanken gemacht, ob eine solche Umweltkonferenz, wie die jetzige sinnvoll ist und es weitere Umweltkonferenzen geben sollte. Wir sind zu der Auffassung gekommen, daß es eine sehr sinnvolle Sache war, sie einzuberufen, und daß auch in Zukunft einmal jährlich eine Umweltkonferenz stattfinden sollte, allerdings zukünftig mit einer eingegrenzten Thematik.

Wir haben dann darüber diskutiert, ob wir einen Umweltausschuß für sinnvoll halten oder nicht. Wir sind überein gekommen, daß ein festes, regelmäßig strukturiertes Gremium nicht unseren Zielen entspricht, weil es auch dazu führen würde, daß die betroffenen Personen infolge der Personalknappheit in der Hauptverwaltung überfordert würden. Allerdings sind die Teilnehmenden der heutigen Arbeitsgruppe bereit, zu bestimmten Fragen, zu denen sie sich fachlich kompetent fühlen, gerne mitzuarbeiten.

Prof. Dr. Peter Sauer

Kerstin, vielen Dank für den Vortrag. Thomas, berichtest Du von der vierten Arbeitsgruppe?

Arbeitsgruppe 5

„Umwelt planen und gestalten“

Thomas Hentschel

Unsere Gruppe hat sich mit Planen und Gestalten beschäftigt. Wir sind so perfekt im Planen und Gestalten gewesen, daß wir nichts geplant und nichts gestaltet haben. Ich denke, das ist auch tatsächlich ein Stück weit das, was in dieser Arbeitsgruppe gelaufen ist. Wir haben uns tatsächlich darüber Gedanken gemacht, daß Planen und Gestalten ja ganz nett ist, daß eine ganze Menge in dieser Republik geplant und gestaltet wird, daß die Ergebnisse jedoch zu wünschen übrig lassen. Von daher haben wir uns erstmal gefragt, was eigentlich die Grundlage von Planen und Gestalten ist. Wir sind dann zu dem Ergebnis gekommen, daß die Bestimmung von Umweltqualitätszielen eigentlich ein entscheidender Punkt ist. Wir sind dann in eine sehr intensive Diskussion eingetreten darüber, was eigentlich diese Ziele sein können. Wir haben dann ein Ziel bestimmt, das wurde benannt als „mehr Naturnähe“. Wir waren eine relativ große Gruppe von 20 - 23 Leuten, die wir unser Ziel so definiert haben. Dabei wurde dann auch schon sehr deutlich, daß es relativ schwierig ist, überhaupt Umweltqualitätsziele zu bestimmen. Das wurde dann an dem Widerspruch festgemacht, daß man sozusagen auf der Autobahn rausfährt in die Natur, um dort „die Natur“ zu erfahren, daß man jedoch die Natur dem Menschen wieder näherbringen muß, daß also eigentlich eine Entfremdung von der Natur stattfindet.

Karin Enders

Ich möchte vielleicht doch zunächst nochmal etwas sagen zur Zusammensetzung der Gruppe. Wir waren eine recht große Gruppe mit ca. 20 oder 23 Leuten mit viel Fachkompetenz, auch mit Stadtplanern. Die Gruppe war auch aus relativ jungen Teilnehmern/Teilnehmerinnen zusammengesetzt, so daß das alles ein bißchen unkompliziert zugeht. Es ist auch in unserer Gruppe sehr viel diskutiert worden auch dazu, was die GGLF Besonders vorzuweisen hat, um sich als Umweltgewerkschaft darzustellen. Diese Besonderheiten haben wir in zwei Punkten herausgearbeitet.

Thomas Hentschel

Wir haben mehrere Zettel fertiggestellt, die wir jetzt anpinnen. Der erste ist:

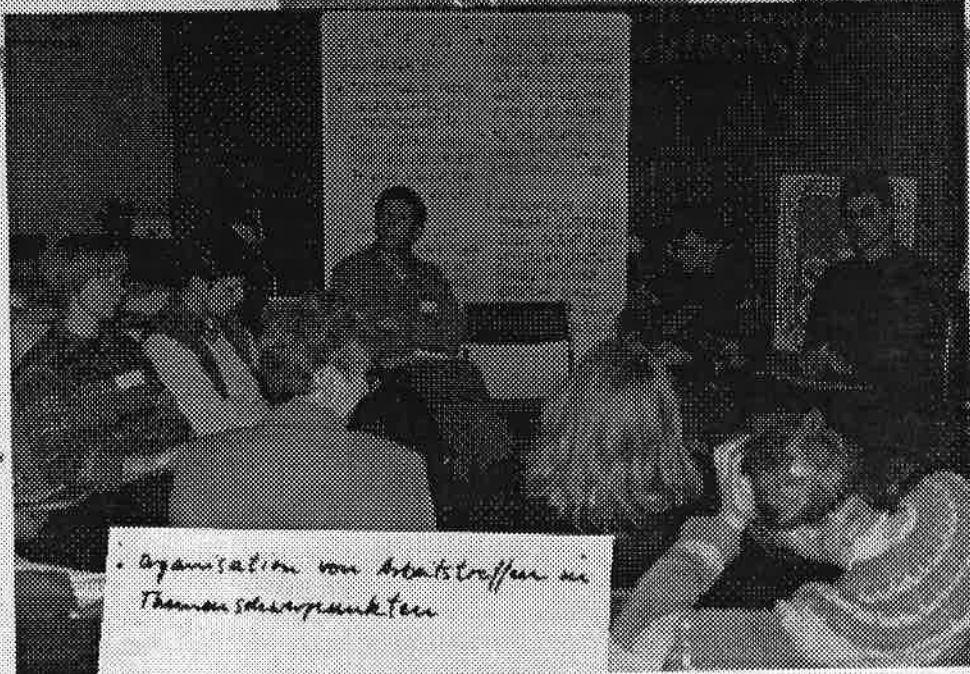
„Fachwissen nutzen für Bildung, Information und Beratung“.

Diese Frage hat dann auch dazu geführt, daß wir sagten, es gibt auch eine Menge Fachwissen in anderen Gewerkschaften und daß dieses Fachwissen zusammengeführt werden sollte. Wir haben sehr intensiv diskutiert und dann am Schluß versucht, mehrere Vorschläge zu finden dazu, wie eigentlich eine Arbeit weiterlaufen kann. Es sollte

Umwelt planen und ge- stalten



- Diskussionen nutzen für Bildung, Information u. Beratung
- Chancen der GGF, Fachwissen an den Campus nutzen
- Kontaktveranstaltung im Süd-amerika u. PM
- allgemeine Ziele, in der Region kon- kretisieren u. umsetzen
- Bildung eines Pools von Fachkom- petenzen in US-Region
- Umweltbewerte auch in anderen Regionen anstreben
- Projektkontext vor Ort fördern für Proje- kte, mit verschiedenen Gleichvertrauten u. Verbänden
- Organisierung der bestehenden Fach- kompetenz in der Region (Städteunion)



- Organisation von Arbeitsgruppen zu Themen Schwerpunkten
- Bildung einer Projektgruppe zur Um- weltqualitätszertifizierung vom Beispiel "Kavalaubbaum"
- Definieren der Rolle der Gewerkschaften im US um Unterstützung im Verbänden
- Umweltqualitätszertifizierung aus Sicht der Gewerkschaften bekommen

• Vorabentscheidung der Resolutions- anträgen vom Kavalaubbaum
HEUTE

z.B. die Umweltberichterstattung im „Säemann“ und in der „fm“ ausgebaut werden.

Als zweiter Punkt wurde dann genannt:

„Allgemeine Ziele in der Region konkretisieren und umsetzen!“

das heißt, daß es in vielen Fällen so ist, daß man allgemeine Umweltziele zwar definiert, aber in der Region dann konkret vor dem Problem steht, sich auf die Situation dort beziehen zu müssen. Und da ist dann wieder die Frage nach dem Fachwissen in der Region von den Kolleginnen und Kollegen, die die Probleme in der Region und in den Betrieben einfach am besten kennen und hierdurch dann ja auch gestaltend und planend einbringen können.

Was hier ja auch bereits Thema war, ist die Bildung von Pools an Fachkompetenz in Umweltfragen. Es wurde festgestellt, daß es auch für die GGLF sehr nützlich sein wird, tatsächlich zu wissen, in welchen Bereichen Fachkompetenz vorhanden ist, und diese dann entsprechend abzufragen.

In diesem Sinne wird ja der Fragebogen auch ausgefüllt werden, den Ihr alle auf Euren Tischen liegen habt.

Bezüglich Fachwissen nutzen ist es natürlich wichtig, daß Umweltbeiräte gegründet oder gebildet werden sollten auf der regionalen Ebene. Es wurde festgestellt, daß es in Brandenburg und in Berlin mehrere Umweltbeiräte gibt und daß sich dort auch die Gewerkschaften einbringen können in die Planung und Gestaltung der Politik.

Dann hatten wir festgestellt bezüglich „Projektarbeit vor Ort fördern“ innerhalb einer Kooperation von verschiedener Gewerkschaften und Verbände würde bedeuten, daß tatsächlich die Gewerkschaften vor Ort präsent sind und am ehesten wahrgenommen werden. Hier muß also zum einen ein Diskurs innerhalb der Gewerkschaften stattfinden, zum anderen aber ist auch die Diskussion mit den Umweltverbänden und anderen Umweltvertretungen zu suchen, zu pflegen und zu nutzen.

„Organisation von Arbeitstreffen zu Themenschwerpunkten“

Wir haben festgestellt, daß diese Umweltkonferenz nur ein erster Schritt sein kann und daß es notwendig ist, zu einzelnen Themen Arbeitstreffen zu organisieren und diese Themen dann im Detail abzuarbeiten. Es ist dann als konkreter Vorschlag herorgekommen, daß eine Projektgruppe gebildet werden sollte zu dem Thema Umweltqualitätsziele, was ich am Anfang schon ausgeführt hatte. Beim Planen gilt es erstmal, sich überhaupt über die Umweltqualitätsziele einig zu sein und diese auch konkret an einem Beispiel anzustreben. Als konkretes Beispiel wurde hier - auch, nachdem wir gerade von der Exkursion zurückgekommen waren - der Havelausbau vorgeschlagen.

Als weiteren ganz konkreten Punkt haben wir dann noch verabredet, eine Resolution hier vorzutragen und darüber abzustimmen damit sie heute verabschiedet werden kann.

Rainer Meister

Ihr seht, Umwelt planen und gestalten ist relativ chaotisch, und damit das nicht wo weitergeht, sind wir hier tätig geworden. Wir haben ja alle das miterlebt bzw. draußen vor Ort vorgestellt bekommen, was dort mit der Havel geplant wird. Wir sind der Auffassung, daß die GGLF da auch was dagegen unternehmen sollte, und haben eine Resolution vorbereitet. Diese Resolution soll veröffentlicht werden in der regionalen und überregionalen Presse, soll an die entsprechenden Parteien im Bundestag gehen und an die Naturschutzverbände, soll auch veröffentlicht werden in den Gewerkschaftsorganen.

Der Landesbezirk wird sich dafür einsetzen, daß der GGLF-Hauptvorstand tätig werden kann, beim Versuch, dieses Großprojekt doch noch zu verhindern.

Ich werde die Resolution jetzt vorlesen, und ich denke, es ist auch sinnvoll, daß wir darüber abstimmen, um damit auszudrücken, daß die Teilnehmer und Teilnehmerinnen auch dahinter stehen.

„Die Teilnehmer der Fachkonferenz Umwelt der GGLF vom 25. bis 27. März 1994 in Götzerberge/Brandenburg sprechen sich entschieden gegen den geplanten Ausbau der Havel zur Großschiffahrtsstraße (Projekt 17 der Verkehrsprojekte Deutscher Einheit) aus. Die beabsichtigte Baumaßnahme führt zur Zerstörung einer in Mitteleuropa einzigartigen, eiszzeitlich geprägten Flußlandschaft mit zahlreichen zum Teil hochgradig gefährdeten bzw. vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten. Die hohe ökologische Wertigkeit dieses Gewässer-Öko-Systems kann auch durch die projektierten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in keiner Weise wieder hergestellt werden. Im übrigen gefährden die Ausbaupläne nicht nur das direkte Gewässer-Öko-System der Havel, sondern den gesamten Wasserhaushalt des Umlandes mit seinen zahlreichen, teilweise naturschutzrechtlich geschützten Feuchtgebieten, die große Bedeutung für den internationalen Vogelzug und nicht zuletzt auch für den erholungssuchenden Menschen besitzen.“

Da der wirtschaftliche Vorteil dieser Baumaßnahme mehr als fragwürdig ist, kann auch aus der Sicht einer an der Sicherung von Arbeitsplätzen interessierten Gewerkschaft kein übergeordnetes Gemeinwohl erkannt werden, das diesen gigantischen Natureingriff rechtfertigen könnte.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die zuständige Fachverwaltung anzuweisen, sämtliche Ausbauplanung sofort einzustellen und die für dieses Projekt bereitgestellten Finanzmittel in ökologisch sinnvollere Strukturmaßnahmen zu investieren.“

Und noch eine kleine Information: Hier ist eine Zeitung ausgelegt „Grünstift“. Wer noch Näheres dazu wissen will: Hier ist ebenfalls ein Artikel enthalten zu dem Projekt 17.

Prof. Dr. Peter Sauer

Ich schlage vor, daß wir die Resolution in der Pause unterschreiben und für alle sichtbar aufhängen und daß wir bei dem Punkt 3 "was kann die Gewerkschaft sehr konkret tun" dann nochmal auf diese Resolution zurückkommen. Ich denke das wäre eine ganz gute Aktion. Vielen Dank.

Ich möchte mich auch bei den Vortragenden der letzten Arbeitsgruppe bedanken.

Wir haben gesehen, daß Chaos durchaus schöpferisch sein kann und daß man Ergebnisse dann am Ende doch vorzuweisen hat. Vielen Dank.

Wir haben jetzt für die allgemeine Diskussion noch Zeit. Anschließend wird Eva-Maria versuchen, die Ergebnisse und die Aussichten zusammenzufassen. Wir sollten die fünf Viertelstunden, die uns jetzt bleiben, dazu nutzen, eine Generaldiskussion zu führen.

Wenn Ihr vielleicht nochmal in das Programm reinseht, dann habt Ihr oben fünf Fragen stehen. Diese fünf Fragen sollen uns jetzt leiten in der Diskussion:

- Warum ist die GGLF die Umweltgewerkschaft?
- Wo liegt der qualitative Unterschied zu den Einzelgewerkschaften in Sachen Umwelt?
- Welche Handlungsmöglichkeiten zeigt die GGLF auf betrieblicher, gewerkschaftlicher, regionaler und Landesebene auf?
- Welche Schwerpunkte hat die GGLF in der nächsten Zeit in Sachen Umwelt umzusetzen?
- Wie sollen diese Schwerpunkte und Inhalte umgesetzt werden?

Ich glaube es ist sinnvoll, wenn wir versuchen, die ersten beiden Fragen zu einem Block zusammenzufassen. Daß wir uns dann mit der zweiten Frage hier beschäftigen, wobei ich auch empfehlen würde, das etwas genereller zu betrachten und nicht nur auf die GGLF zu beziehen, sondern einmal die Frage zu stellen danach, welche grundsätzlichen Handlungsmöglichkeiten Gewerkschaften haben. Und dann der dritte Schritt, wie kann die GGLF bestimmte Dinge umsetzen?

Ich habe aus der Diskussion am Freitag, aus den Vorträgen am Freitag, aus den Diskussionen und Vorträgen gestern, mir wichtige Statements mitgeschrieben, und ich präsentiere Euch diese zu den jeweiligen Themenblöcken. Ich habe die Bitte, daß wir darüber einsteigen und bitte gleichzeitig die Vertretungen der Arbeitsgruppen, daß sie ihre Punkte, die sie zu diesen Themenschwerpunkten haben, dann an dieser Stelle noch einbringen. Gudrun wird es mitschreiben, so daß wir dann alles komplett hätten zu den Themenschwerpunkten. Es wurde u. a. gesagt:

- Der grüne Bereich spürt als erster steigende Belastungen in den verschiedensten Dimensionen.

- Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich sind mehr gefährdet als in anderen Bereichen.
- Es ist ein Verdienst der Umweltverbände, daß Umweltpolitik als Gewerkschaftsaufgabe verankert wurde.
- Die Kenntnis der Umweltverbände hört am Fabrikator auf. Das halte ich persönlich, wenn ich als Wissenschaftler darangehe, für einen wichtigen Standortvorteil der Gewerkschaften.
- Es gibt nicht die Umweltgewerkschaft, sondern jede Gewerkschaft ist in ihrem Bereich die Umweltgewerkschaft.
- Ökologie ist eine Querschnittsaufgabe aller Gewerkschaften. Organisationen, bei denen ein Teil dieser Aufgaben nicht existiert und die keine neuen Aufgaben finden, haben sich von selbst erledigt.

Ich denke, das könnte ein Leitmotiv sein, das wir über alles schreiben.

Ich habe aus diesen Punkten diese letzte Frage für die GGLF herausgenommen. Wenn es tatsächlich komplementäre Verhältnisse gibt, welche Aufgabe müßte die GGLF im Verbund der Gewerkschaften wahrnehmen, wo liegen ihre Standortvorteile? Das wäre für mich die Frage an die Gewerkschaft. Das müßte untersucht werden.

Und wenn es komplementär ist und wenn jede Gewerkschaft ihre eigenen Standortvorteile hat, welche Erfahrungen haben andere Gewerkschaften gemacht, und wie weit sind diese Erfahrungen übertragbar auf die GGLF?

Also die Untersuchung dessen, was bei anderen an Erfahrung vorliegt und wie das integriert werden kann in die Maßnahmen dieser Gewerkschaft.

Kerstin Murken

Ich muß sagen, daß mir die Art der Diskussionslage im Moment nicht besonders behagt und ich mich auch ein wenig gedrängt fühle in bestimmte Positionen, die ich nicht mag. Ich sehe Ihre Aufgabe schon darin zu moderieren und auch in gewisser Weise zu strukturieren, aber ich fühle mich im Moment überstrukturiert.

Prof. Dr. Peter Sauer

Damit habe ich keine Probleme umzugehen. Das sind nicht meine Thesen, sondern die Thesen, die aus dem Raum kommen, die sollten zur Diskussion anregen.

Erwin Lang

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, wir sollten jetzt nicht über die Strategie diskutieren, sondern wir sollten schnellstmöglich zu den inhaltlichen Punkten kommen. Ich denke, daß die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft eine ganze Menge Ansatzpunkte hat und daß auch eine Menge Sachverstand hier versammelt ist, der überall einzubringen ist.

"Welche Handlungsmöglichkeiten zeigt die GGLF auf im Betrieb, auf gewerkschaftlicher, regionaler und Landesebene? Wir können uns durchaus einbringen und tun das auch weitestgehend. Wir haben bei uns in Hessen zum Beispiel in jedem Landkreis die sogenannten Naturschutzbeiräte. Dort haben wir überall unsere Mitglieder hingesandt, um dort die Sachkenntnis einzubringen, die bei uns vorhanden ist.

Wir haben in Hessen keine Landwirtschaftskammern, sondern wir haben sogenannte Agrarausschüsse als Beratergremien bei den „Landwirtschaftsämtern“. Dort haben wir in fast jedem Agrarausschuß zwei Mitglieder sitzen, einmal aus dem landwirtschaftlichen Bereich, und wenn das nicht gereicht hat, auch aus anderen Bereichen. Und wir sind jetzt in Hessen gerade dabei, den regionalen Raumordnungsplan fortzuschreiben, um bestimmte Dinge in bestimmte Bahnen zu lenken und auch den Interessensausgleich zwischen den verschiedenen Regionen herzustellen. Und dort waren die Gewerkschaften auch gefordert, und dort haben wir uns auch eingebracht mit unserem Wissen und unserer Kenntnis. Ich denke, daß das gute Wege sind und auf diesen Wegen sollten wir fortfahren und sollten alle Möglichkeiten in diesen Bereichen intensiv nutzen in Vorgesprächen und dann durch Abgabe entsprechender Stellungnahmen.

Prof. Dr. Peter Sauer

Erwin vielen Dank. Das ist ein direkter Übergang sozusagen zum zweiten Punkt. Noch einen Beitrag zum ersten Punkt?

Friedrich-Wilhelm Georg

Ich möchte diese erste Frage eigentlich übergehen. Nicht daß ich diese Frage nicht für berechtigt halte. Ich wollte sie nur so stehenlassen, und ich denke, es geht auch nicht darum, jetzt zu sagen, der Anspruch Umweltgewerkschaft ist berechtigt durch die bisherigen Leistungen. Ich sage mal, er ist berechtigt aufgrund der Verantwortung im Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, also für beinahe die gesamte Landschaft. Ich habe in der Diskussion schon gesagt, gerade der Strukturwandel in der Landwirtschaft und auch im Forst erfordert, daß sich hier die GGLF einmischt in die Zieldiskussion. Das ist eine ganz wichtige Sache. Innerhalb der Gewerkschaften, das ist mir in den Tagen hier klar geworden, gibt es noch zu wenige Informationen, zu wenig Erfahrungsaustausch. Wenn man Partner sucht für mehr Umweltschutz, dann sollte man zuerst im eigenen Haus, bei den DGB-Einzelgewerkschaften suchen. Das wäre die erste Forderung.

Die zweite Forderung ist mehrmals gestellt worden: Partner suchen, die Umweltverbände umarmen. Ich habe etwas zusammengezuckt. Umarmung, das ist ja etwas sehr Inniges, das kann schön sein. Aber da muß man sich natürlich genau

überlegen, wen man umarmt, was man damit einfängt.

Aber ich will auf diesen Punkt nochmal eingehen, weil ich im Ehrenamt Verantwortlicher bin für einen anerkannten Naturschutzverband auf Landesebene und in meinem Hauptberuf mit vielen Naturschutzverbänden zu tun habe und die Szene kenne. Und ich denke schon, daß hier eine Zusammenarbeit sein sollte. Nur muß man natürlich auch überlegen, daß diese Zusammenarbeit erstens erfordert, daß sich auch die Gewerkschaften eine Sachkompetenz aneignen, daß sie also wirklich mitreden können. Und daß man dann auch in der Zusammenarbeit bestimmte Dinge berücksichtigen muß. Daß zum Beispiel die Umwelt- und Naturschutzverbände in der Regel ehrenamtlich arbeiten, zum Teil haben sie inzwischen auch hauptamtliche Leute, oder viele arbeiten ehrenamtlich und sind durch die vielen Aufgaben total überfordert. Da muß man natürlich auch sehen, daß eine solche Umarmung nicht sofort zu den Erfolgen führt, die man sich vielleicht erhofft an Unterstützung. Aber insgesamt gesehen denke ich schon, daß hier eine stärkere Zusammenarbeit erfolgen könnte. Und ich will auch noch Konkretes zu überlegen geben:

Wir haben in Hessen zum Beispiel eine Arbeitsgruppe "Sport und Umwelt", das heißt eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Landessportbundes, der einzelnen Sportverbände und der 29er Naturschutzverbände. Wenn die Gewerkschaften stärker daran interessiert sind, mit den Umweltverbänden zusammenzuarbeiten, wäre ja auch die Frage, in welchen Arbeitsformen oder Organisationsformen man eine solche Zusammenarbeit verstärken könnte.

Prof. Dr. Peter Sauer

Vielen Dank. Hier sind eine ganze Reihe Positionen genannt worden, die - glaube ich - im dritten Punkt noch einmal eine Rolle spielen. Wie kann die Gewerkschaft ganz konkret umgehen? Die Frage der Kooperationspartner im eigenen Haus ist sicher eine wichtige Strategie dabei.

Thomas Hentschel

Ich denke es geht auch darum, ein Stück weit hier an der grünen Identität weiterzuarbeiten auch im Hinblick auf eine gemeinsame Gewerkschaft mit der Bau, Steine, Erden. Daß wir ja auch diese grüne (jetzt nicht politische, sondern standespolitische) Identität einfach auch ein Stück weit rüberretten. Ich denke, das ist einfach wichtig, daß wir das so diskutieren unter der ersten Frage.

Zum zweiten gebe ich zu bedenken, daß unsere GGLF-Kolleginnen und Kollegen aufgrund ihres Arbeitsplatzes den anderen Menschen oder den anderen Gewerkschaftskollegen die Natur einfach auch näherbringen können. Im forstlichen Bereich ist es einfach so, daß die Kolleginnen und Kollegen Führungen anbieten dort, wo vor Ort die Umweltschäden zu sehen sind. Und dieser Effekt - der

Bildungseffekt oder der gesellschaftspolitische Effekt - ist, denke ich, nicht zu unterschätzen. Wir sind eine Gewerkschaft, die wirklich die Umweltprobleme vor Ort zeigen kann wie kaum eine andere Gewerkschaft. Diese Identität sollten wir beibehalten und weiterentwickeln.

Dr. Bernd Schütt

Ich glaube, es ist wichtig festzustellen, daß die Art und Weise, wie hier moderiert wird - meiner Meinung nach - notwendig ist. Wir können es uns nicht leisten, permanent unsere Ressourcen zu diskutieren. Wir diskutieren viel als Gewerkschaft. Aber, wo sind die Ergebnisse? Deswegen also mein Plädoyer: Das ist richtig so. Jetzt laßt mich das als Profi sagen, und ich glaube, alles andere hat wenig Sinn, auch wenn ich gruppendynamisch die Problematik sehe.

Der zweite Punkt: Was ich hier gelernt habe, es gibt ungeheuer viel Kompetenz in der Organisation. Die ist hier versammelt. Ich habe mindestens drei programmatische Ansätze gehört, zu denen ich sagen müßte, da muß man weiterarbeiten, auch wenn sie noch widersprüchlich sind.

Aber was nützt Kompetenz, wenn sie nicht organisiert ist? Das ist der entscheidende Punkt. Und eine Gewerkschaft, da liegt eigentlich die Hauptaufgabe, muß diese Kompetenz bündeln und organisieren. Das ist meiner Meinung nach die erste Hauptaufgabe jeder Gewerkschaft. Der grüne Bereich spürt die Belastung. Aber diese Kompetenz organisieren, das ist für mich die Kernfrage, von der wir ausgehen müssen. Nur dann kann sich die Gewerkschaft, egal welche, als Bündnispartnerin, als Umweltprojekt oder Voranbringerin in ihrem Bereich auch darstellen und nach außen wirken. Und das ist der zweite Punkt. Man kann sich innerlich natürlich gut beschäftigen mit einem Problem, aber man muß raus aus dem Ghetto - so sage ich mal - seiner eigenen Unmündigkeit und raus in die Öffentlichkeit. Und das geht eben nur, wenn man beides miteinander verbindet.

Prof. Dr. Peter Sauer

Vielen Dank. Ich möchte dazu auch nicht weiter Stellung nehmen.

Bodo ...

Wenn ich meinen Vorgänger oder Vorredner aufgreife, dann bitte ich darum, daß wir uns vielleicht aus dem ersten Punkt endlich verabschieden und in den zweiten und dritten einsteigen, denn das ist das, was wir hier diskutieren müssen. Die GGLF ist nicht die Umweltgewerkschaft. Das ist ausdiskutiert, denke ich.

Zum Punkt 2. Der Kollege vorher aus Hessen hat das ja schon so schön dargestellt, wie wir in Hessen aktiv sind, und daß die Gewerkschaft dort in allen Ebenen vertreten ist und was tut. Also, ich möchte das etwas relativieren. Es sind sicher eine Reihe von Mitgliedern in den entsprechenden

Gremien tätig, es ist eine Menge Fachkompetenz vorhanden, die auch zum Teil überall arbeitet, aber sie wird auf gewerkschaftlicher Ebene nicht zusammengeführt. Das sollten wir jetzt diskutieren.

Prof. Dr. Peter Sauer

Ich denke, Du hattest das letzte Wort hierzu, wir sollten diesen Punkt verlassen.

Ich habe gestern und vorgestern diese ganzen Statements zu dem Punkt zwei mitgeschrieben. Was können Gewerkschaften - nicht exemplarisch bezogen auf die GGLF, sondern grundsätzlich - tun? Ich lese es nochmal ganz kurz vor, und wir sollten dann in die Diskussion eintreten.

Es wurde mehrmals betont: Die Beschäftigungsfragen sind zentral - nach wie vor - für jede Gewerkschaft. Es wurden eine ganze Reihe Voten abgegeben, die sozusagen nicht das gewerkschaftseigene Interesse betreffen, sondern - sozusagen - die Personen in den Gewerkschaften, den einzelnen, das Individuum.

Es fängt bei uns an. Wo bleibt der Aufschrei? Richtig kaufen, ethisches Versagen! Dann geht es schon über in gewerkschaftseigene Möglichkeiten wie Solidarisierung in der Gesellschaft, Kooperation hat einen größeren Stellenwert als Klassenkampf. Vom Klassenkampf zum Co-Manager. Ohne Gewerkschaften keine Nachhaltigkeit in der Gesellschaft, das ist ja eine wichtige gesellschaftspolitische Aussage. Demokratisierung der Beschäftigung als eine übergreifende Politik der Gewerkschaft. Partizipation, das also sozusagen jetzt runtergebracht, Partizipation der Arbeitnehmer bei Investitionsentscheiden, Integration des Innovationspotentials der Beschäftigten. Das, was eben gerade mehrmals angeklungen ist: Es ist unheimlich großer Sachverstand da. Aufhebung der Trennung zwischen Arbeitnehmer- und Interessensvertreter, also nicht vormittags Arbeitnehmer zu sein und nachmittags der Demonstrant für irgend etwas oder gegen irgend etwas. Verzahnung von Beschäftigung und Umwelt, Vermeidung von Zielkonflikten durch Vernetzung von Politikbereichen, mehrmals beschworen in den unterschiedlichsten Formen. Wir können nicht mehr nur Arbeitsmarktpolitik betreiben, sondern müssen Arbeitspolitik verbinden mit Gesundheitspolitik, mit Strukturpolitik, mit Umweltpolitik, mit Landesentwicklungsplanung usw. Und es wurde einmal sehr deutlich gesagt, nicht ideologisch vorgehen, pragmatisch vorgehen.

So, jetzt kommen eine ganze Reihe ganz konkreter Maßnahmen, die irgendwann mal im Raum gestanden haben:

- Umweltschutz wieder als zentrales Politikfeld etablieren, als Aufgabe der Gewerkschaften!
- Öffentlichkeitsarbeit durchführen.
- Mitarbeit bei gesetzlichen Maßnahmen.
- Schaffung von integrierten Konzepten, sich und seine Bedürfnisse einbringen zu können.
- Schaffung von Kommunikationsstrukturen.

- Kommunalisierung der Umweltarbeit.
- Verzahnung der verschiedenen Gestaltungsbereiche in Gesundheit-, Umwelt-, Arbeitsmarktpolitik.
- Erarbeitung von Empfehlungen, das erhöht die Marktgegenmacht der Gewerkschaften
- Änderung der Berufsausbildung, sei es durch neue Inhalte oder sei es durch neue Berufe.
- Abkehr in der Tarifpolitik von kurzfristigen zu weitergehenden Zielen im Sinne der Integration anderer Maßnahmen
- Integration von Politikbereichen
- Erschließung von Märkten für Recyclingprodukte
- regionale Kooperationen mit Arbeitgebern, mit Kammern, mit Kommunen, mit Wissenschaft
- Schaffung von örtlichen Arbeitskreisen
- Öffentlichkeit als Marktgegenmacht.

Die Schaffung von Trägerstrukturen - da darf ich mal persönlich aus der Rolle des Moderators schlupfen hier - da denke ich, daß die Gewerkschaft GGLF ein unheimlich gutes Instrument hat, was überhaupt nicht diskutiert wurde in dieser Umweltkonferenz, nämlich das Förderwerk. Hier gibt es Möglichkeiten, neue Dinge auszuprobieren. Klammer zu, ja?

- Erweiterung des Berufsbildes (über neue Tätigkeit Qualifikationen und Spielräume zu bekommen)

Ich glaube, das hängt auch mit den Trägerstrukturen zusammen.

- Erziehung zur Umwelt als Aufgabe
- Lobbyarbeit auch ohne Rechtsbasis zu haben
- Nicht unbedingt Maximalforderungen der Umweltverbände übernehmen
- Reformen bleiben stecken in Strukturen des öffentlichen Dienstes
- Bündnispartner in Wirtschaft, bei Managern suchen
- Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden und Gewerkschaften
- Anstöße von oben geben
- Aufhebung von Denkblockaden.

Gundolf Belz

Ich suche eigentlich die ganze Zeit irgendwie etwas Griffiges, etwas, was ich mit nach Hause nehmen kann, was zu machen ist. Und bei der Frage, wie sind die Handlungsmöglichkeiten betrieblich, regional usw., da muß ich sagen, da haben wir doch ein ganz klares Handlungsdefizit.

Am besten von der ganzen Latte, die hier aufgeführt ist, gefällt mir eigentlich „Schaffung von örtlichen Arbeitskreisen“. Ich meine das nicht auf Gemeindeebene bezogen. Wir sollten, müssen, brauchen unbedingt - zumindest auf Landesbezirksebene - eine Art Umwelt-AG, und zwar eine ständige Umwelt-AG, die zumindest innerhalb der GGLF fachgruppenübergreifend ist und vielleicht auch Kooperationspartner sucht zum Beispiel bei

der BSE. Eine Umwelt-AG, die anstehende Probleme, die wirklich vor Ort im eigenen Land anstehen, (Havel-Begradigung oder sonstige irgendwelche andere Probleme), die wirklich landesspezifisch auftauchen, um die Sachen fachgerecht anzugehen. Und es wäre eigentlich zunächst einmal die erste Quintessenz, die hier aus der Umweltkonferenz rauskommen muß. Sonst war das ganze eine Alibiveranstaltung.

Prof. Dr. Peter Sauer

Vielen Dank. Wir hatten ja vorhin ein anderes Votum gehört, allerdings speziell auf den Hauptvorstand bezogen: kein Arbeitskreis, das ist eine zu große Arbeitsbelastung. Also ganz unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema.

Hans Hübner

Ich möchte aus der Arbeit unseres Arbeitskreises doch sagen, daß wir einen ganz konkreten Handlungsauftrag mitgegeben haben. Wir haben nämlich gesagt, wir sollten betriebliche Vereinbarungen zum Umweltschutz als erstes anstreben und als zweites eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, das es den Betriebsvertretungen und den Gewerkschaften ermöglicht, in den Betrieben stärker auf Umweltschutz bei der Produktion und bei sonstigen Dingen hinzuwirken.

Prof. Dr. Peter Sauer

Vielen Dank, Hans. Ich denke, strategisch sind das sicher zwei Elemente. Betriebsvereinbarungen einerseits, die auch kurzfristig erreichbar sind, und Betriebsverfassungsgesetze, etwas, was in einen höheren Politikbereich strebt und auch nicht von einer Einzelgewerkschaft zu leisten ist.

Dietrich Vahle

Was mir hier noch ein bißchen fehlt: Wir müssen den Umwelt- und Naturschutzbegriff für das Verständnis der Gewerkschaft und gerade im Hinblick auf die Kooperation definieren. Ich glaube, wir haben alle einen sehr unterschiedlichen. Ich meine, er sollte sehr umfassend sein im Sinne von einem umfassenden Ressourcen-Schutz, dem Schutz von Boden, Wasser, Luft. Und er sollte auch umfassend sein im Hinblick auf diejenigen, die damit umgehen. Diejenigen nämlich, die planen, diejenigen, die das eigentlich verantwortlich verwalten, das sind nicht die Naturschützer, sondern die anderen. Und wir hatten gesagt - eigentlich schon ganz am Anfang - hier sitzt eine Kompetenz zusammen, die im agrarischen Bereich tätig ist, die in Hessen überwiegend im forstlichen Bereich tätig ist. Es gibt dann so die ersten Ansätze derer, die im gärtnerischen Bereich tätig sind und derjenigen, die so ein bißchen exotischere Dinge machen.

Eigentlich hatten wir gesagt, die Gewerkschaft will eigentlich all diejenigen ansprechen als Personen, als Personenpotential, die in den Fachbereichen Naturschutz und Umwelt tätig sind, in öffentlichen

Verwaltungen, in Betrieben, in Planungsbüros. Ich denke, das ist eine ganz andere Situation als nur diese hier. Sich innerhalb des Sektors zu bewegen, das heißt eigentlich wir sollten den Blick öffnen in diese anderen Bereiche und auch lenken auf die potentielle Mitgliedschaft nach dem Motto, das sind unsere Leute, das sind die Beschäftigten, a) die, die damit zu tun haben und b) natürlich dann auch die, die daraus resultierend Politik- und Handlungsfelder erschließen". Dies geht natürlich dann noch weiter in Bereiche wie Raumordnung, in Bereiche wie Verkehrspolitik und anderes. Ich hatte zumindest so die Vorstellung oder das Verständnis auch ein bißchen, daß diese Öffnung vom Personenkreis und von der Themensituation notwendig ist.

Und dieses Ergebnis gehört mit hinein. Was kann die Gewerkschaft tun? Sich nämlich öffnen für all diese Bereiche, eben nicht nur in dem ehrenamtlichen Bereich. Wir haben jede Menge Angestellte, Beamte, Naturschutzmitarbeiter, dies nur aus meinem Sektor. Es gibt auch andere, die vielleicht sogar in Bauämtern oder anderen Bereichen Naturschutz und Umweltschutz machen und dort verantwortlich sind deshalb, weil sie nämlich Genehmigungen aussprechen etc.

Prof. Dr. Peter Sauer

Das waren ja ganz unterschiedliche Strategien, die Du ansprachst.

Einmal die Strategie, den Begriff "was heißt das eigentlich" näher zu definieren.

Das andere: Dieser Kooperationsgedanke steht ja mehrmals hier, aber der Gedanke, der jetzt noch neu bei Dir war, ist nicht nur Kooperation mit bestehenden Einrichtungen, sondern auch versuchen - sozusagen über neue Inhalte - an andere heranzukommen.

Dietrich Vahle

Ja, wir sollten im Prinzip ein viel größeres Handlungsfeld haben gerade, wenn wir mit der IG BSE kooperieren, nämlich mit denjenigen, die in dem Sektor arbeiten und gestalten und entscheiden. Dazu müssen die gemeinsamen Ziele und die Mitarbeiter und die Kreise gezielt ansprechen.

Hans Hübner

Ich stimme Dir zu, wenn Du sagst, wir müssen Mitarbeiter in den Verwaltungen ansprechen und dort etwas erreichen. Gestern haben wir festgestellt im internen Kreis, daß unsere Hochschulgruppenarbeit dringend der Aktivierung bedarf.

Wir haben erst neulich in Nordmark festgestellt, daß aus der Hochschulgruppe Bonn in Hamburg in der Wirtschaftsbehörde jemand sitzt, der gerade im Umweltbereich ganz erhebliche Kompetenzen hat, Entscheidungskompetenzen hat. Und ich denke, wenn wir diese Schiene noch weiter fahren, die Hochschulgruppenarbeit aktivieren, dann werden wir in ein paar Jahren erheblich mehr Mitglieder

in Entscheidungs-, Verwaltungs- und sonstigen Kompetenzen haben, die uns auch zuhören, wenn wir etwas sagen.

Prof. Dr. Peter Sauer

Hans, als Hochschullehrer weiß ich um die Bedeutung dieser Dinge. Das ist nachher sehr viel leichter. Man schafft sich Infrastrukturen, wenn man gleich in der Ausbildung sozusagen dort anknüpft. Dazu muß die Gewerkschaft präsent sein. Ich habe sehr lange einen Lehrauftrag hier an der TU gehabt. Ich habe nie die Gewerkschaft dort irgendwo gesehen. Aber vielleicht gab es sie nicht.

Thomas Hentschel

Es ist, glaube ich, vorgestern ist auch die Frage Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes besprochen worden. Ich denke, wir sollten das hier nicht vertiefen. Wenn man den Umweltschutz in das Betriebsverfassungsgesetz integriert, dann heißt das, daß auch die Betriebsräte mit verhaftet werden können bei entsprechenden Umweltproblemen. Das sollte man zumindest berücksichtigen bei dieser ganzen Diskussion.

Wir sollten hier nicht so tun, als ob vor Ort eine ganze Menge geschehe. Es ist auch gesagt worden, die Kollegen aus dem Forst machen Waldführungen, und es finden verschiedene Projekte statt. Hier möchte ich mal anknüpfen. Projektarbeit, die konkrete Arbeit vor Ort weiterentwickeln, sich an konkreten Maßnahmen orientieren, diese Umweltkonferenz! Hier werden ja auch Kontakte geschaffen, hier wird auch Fachkompetenz ausgetauscht. Dies ist ein Punkt, der weiterentwickelt werden sollte, ggf. auch mit einer spezielleren Fragestellung, vielleicht auch in kleinerem Rahmen.

Ich wollte daran anknüpfen, was schon Bodo und Peter Sauer zum Förderwerk gesagt haben: Wir haben mit diesem Förderwerk als Gewerkschaft gemeinsam mit den Arbeitgebern vor Ort Strukturen geschaffen, in denen konkrete Umweltprojekte angegangen werden. Dies ist in erster Linie finanziert über den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt, über ABM-Projekte oder über § 249 h-Projekte. Das läuft. Und hier könnte ich mir auch vorstellen, daß dies wesentlich stärker in die gewerkschaftliche Arbeit auch mit einfließt. Damit meine ich, daß die Sachkompetenz, die in den Gewerkschaften ja vorhanden ist, den Kolleginnen und Kollegen, die in solchen Umwelt-, in solchen Landschaftspflegeprojekten arbeiten, zur Verfügung gestellt wird.

Ein Punkt, der mir auch aufgefallen ist hier: Es wird immer beklagt, daß immer mehr feste Arbeitskräfte abgebaut werden im landwirtschaftlichen Bereich, im forstwirtschaftlichen Bereich. Auf der anderen Seite werden aber über solche ABM-Projekte, über § 249 h-Projekte - das sind wesentliche Instrumentarien für die neuen Bundesländer -, also über den sogenannten zweiten - geförderten - Arbeitsmarkt die Arbeitsplätze ausge-

dehnt werden. Es gibt schätzungsweise 20.000 bis 30.000 Beschäftigte im grünen Bereich in den neuen Ländern, die über dieses Instrumentarium beschäftigt werden. Ich denke, hier ist auch eine gewerkschaftspolitische Aufgabe, das zu problematisieren und zu sagen, hier müssen feste Arbeitsplätze geschaffen werden, damit dies nicht nur eine Übergangssituation für diese Kolleginnen und Kollegen ist.

Kai Hofstetter

Kai Hofstetter, Hochschulgruppe Bonn. Ich finde es gut, daß die Hochschulgeschichte angesprochen wurde. Wir sind nach langer, langer Schlafzeit der Hochschulgruppenarbeit seit mehr als einem Jahr wieder dabei, was aufzuziehen. Es ist interessant, daß auch in Hamburg ein ehemaliger Bonner Hochschulgruppier in verantwortlicher Position sitzt, wußte ich bis jetzt nicht. Wir hatten vor 10 Jahren mal eine aktive Gruppe, diese Leute sitzen jetzt wirklich überall in Ministerien, Kammern, im Bundestag usw. Das sind die Positionen, die wir besetzen müssen. Die Studentenverbindungen machen das auch. Die sichern sich überall ihren Einfluß, in der Wirtschaft und in den Behörden. Ich will jetzt schlicht und einfach nur Lobbyarbeit betreiben für unsere Hochschulgruppen. Vielleicht schaffen wir es ja in fünf oder zehn Jahren auch wieder da zu sitzen, wo es was zu sagen gibt. Auch wenn wir noch ein recht kleiner Laden sind mit außerordentliche geringer finanzieller Unterstützung aus der Hauptverwaltung, so haben wir doch alle Freiheiten, und wir können auch ordentlich powern, wenn wir wollen. Also Appell an alle, die hier sitzen: Verliert die Angst vor den Studenten und Studentinnen und den Wissenschaftlern/Wissenschaftlerinnen. Und das ist auch ein Appell an die IG BSE: Bitte, tragt ihn weiter, Kolleginnen und Kollegen.

Martin Schwenninger

Du hast schon das wesentliche angesprochen. Ich will aber nochmal auf was ganz anderes kommen: Wir haben landesweit, bundesweit Fachkompetenz, so haben wir gesagt. Wir sind ein sehr kleiner Haufen in der GGLF. Wir sind übersichtlich, und deshalb kennen wir die Kolleginnen und Kollegen und können auf örtlicher Ebene diese Kompetenz relativ schnell bündeln. So spreche ich jetzt für das Land Baden-Württemberg. Wenn wir ein Problem haben, dann können wir das auf baden-württembergischer Ebene relativ einfach lösen, weil man die entsprechenden Leute eben kennt, und die kennen dann wieder welche. Und schon haben wir eine Arbeitsgruppe zusammen.

Auf Bundesebene wird nicht zusammengeführt. Da sehen wir eindeutig Defizite. Daß das wohl auch behoben wird, ist für mich ein Diskussionsergebnis, das wir angehen müssen. Wir aber auch - und das müssen wir ganz ehrlich sagen - zu wenig Mann- oder Frau-power in dem Fall, weil wir eben

zu wenig Arbeitskräfte haben, die das auch hauptamtlich koordinieren können, da soll man die Erwartungen nicht überziehen.

Das nächste - ganz wichtig! - hat Kollege Vahle angesprochen. Denkblokkaden aufbrechen und zwar auch innerhalb unserer Gewerkschaft. Wir denken als Förster, wir denken als Waldarbeitergruppe und dann als Gärtnergruppe oder auch als Floristen und Landschaftspfleger. Wir haben innerhalb der GGLF nicht das Gesamtdenken, sondern das Gruppendenken. Und davon müssen wir wegkommen.

Dann müssen wir Zukunftsfelder erschließen. Seit Jahren diskutieren wir in der Bundesfachgruppe Forstbeamte und -angestellte darüber, daß man den Namen der GGLF, „Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft“ erweitern müßte in Richtung Umwelt- oder Naturschutz. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen z.B. eben in Planungsbüros, und wo sie auch immer sitzen, oder in Kommunen, eben da, wo sie verantwortlich Umwelt gestalten, und die gehören eigentlich zu uns. Und es gibt das Gruppendenken ebenso in der BSE und in anderen Gewerkschaften. Das sind ganz starke Denkblokkaden, die wir aufheben müssen, an denen wir aktiv arbeiten müssen. Diese Denkblokkaden haben auch den Parteien und Naturschutzverbänden gegenüber ganz, ganz lange gehabt.

Unbek. Sprecher

Ich glaube, wir müssen uns immer wieder deutlich machen, daß diese große Liebe zur Umwelt, die wir hier in dieser Konferenz insbesondere verspüren, nicht unbedingt von allen unseren Mitgliedern getragen wird. Ich halte es erstmal für einen ganz wichtigen Ansatzpunkt, in der Außendarstellung - und zwar auf allen Ebenen, auch bis hin in den Bezirk und vor allen Dingen auch in den Betrieben - diese Diskussion fortzusetzen. Das heißt also wirklich, rauszugehen, um zu sagen: „Wir haben als Gewerkschaft über den Umweltbereich diskutiert dort, wo viele Kollegen und Kolleginnen saßen, die solches sehr wichtig fanden, die ganz bestimmte grundsätzliche Dinge angesprochen haben in diesem Umweltbereich. Sie haben z.B. gefordert, daß wir uns hier im Betrieb (ich mit Dir zum Beispiel) mal so überlegen und angucken, wie die Auswirkungen der Arbeit, die wir hier machen, „umweltfreundlich“ beeinflusst werden könnten. Was hältst Du eigentlich davon?“ Oder auf der kommunalen Ebene zum Beispiel, sich hinzusetzen und zu sagen: „Ich als Feierabend-Umweltschützer und auch die Gewerkschaften oder Verbände oder Umweltverbände etc. haben Interesse daran, eine kommunale Gruppe, eine örtliche oder regionale Gruppe zu gründen. Wir suchen eigentlich schon lange Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter, Freunde, die sich versammeln und in diesen Bereichen mitarbeiten. Warum machen wir das eigentlich nicht?“

Ich glaube, daß uns diese Konferenz bei der Frage der Umsetzung sowohl im betrieblichen als auch

im räumlichen, also im Bodenzugehörigkeitsbereich, sehr viele Anstöße hat geben können. Ich würde mich freuen, wenn diese Konferenz nicht nur dazu beitragen würde, den Druck auf die Satzungsorgane - obwohl der auch notwendig ist - zu verstärken. Daß wir daraus eine organisatorische Bündelung entwickeln, die ja eine Kenntnisbasis und Umweltaforderungen hat, die wir als Mitglieder vertreten müssen und Ihr in den Bezirken und in den Betrieben.

Friedrich-Wilhelm Georg

Eine Anmerkung noch zu der Frage Handlungsmöglichkeiten oder Handlungserfordernisse. Ich denke, wir müssen uns in der Verantwortung auch für mehr Umweltschutz einsetzen, wenn es auch Mitglieder geben mag, die diese Bedeutung vielleicht noch nicht erkennen. Aber wenn wir was bewirken wollen, muß sich in den Köpfen was ändern. Und da bedarf es auch der Umweltbildung.

Ich habe dieses Thema im Vorfeld dieses Kongresses angemeldet, das war nicht mehr zu organisieren. Aber ich habe mitbekommen, daß Umweltbildung eigentlich als Querschnittsforderung in allen Arbeitskreisen angesprochen worden ist. Meine Forderung: Umwelt-Bildung muß eine vorrangige Aufgabe sein, weil vieles, was wir durchführen wollen, von der Information und Weiterbildung unserer Mitglieder in diesem Themenbereich abhängt.

Gerd Schürmann

Auch ich möchte eine kleine Lanze brechen dafür, daß die Gewerkschaft in ihren ergebnisorientierten Diskussionen Raum läßt für grundsätzliche Diskussionen. Hier wird viel über Fachkompetenz geredet, über Sachwissen. Ich selber bin in meinem Berufsfeld auch viel mit Fachidiotie bzw. wenig übergreifendem Wissen konfrontiert, und ich denke, daß gerade in dem Bereich der Umwelt- und Naturschutzdiskussion ganz wichtig ist, an bestimmten Punkten eine ganzheitliche Diskussion zu führen. Ich kann mich sehr schnell in Einzelprojekte ergen, und darüber wird sehr schnell Raum für ganzheitliche Diskussionen genommen, Raum für die Diskussion über Naturverständnis, über Umgang mit Natur, über Verhältnisse zur Natur.

Bodo Herr

Bezüglich Handlungsmöglichkeiten und zumindestens Handlungsnotwendigkeiten bitte ich, folgendes mal einzubeziehen: Wir haben hier viele Vertreter der Forstfachgruppe. Ich möchte da anknüpfen, wo Martin Schwenninger vorhin sprach vom Überwinden des Gruppendenkens, der Gruppenschränken. Ich meine, Umweltdenken ist übergreifend, aber andererseits hat die Gewerkschaft natürlich ihren Ursprung in der Vertretung von Gruppeninteressen. Und daß wir Fachgruppen

haben, ist richtig und notwendig. Das sollte auch so bleiben und ist ja auch eine Bedingung dafür, daß wir unsere Interessen später auch durchsetzen können.

Ich sehe aber als Problem das Überwinden von Ständedenken. Erstens bin ich der Meinung, daß in örtlichen Umweltabeitsgruppen, die ich begrüße, alle Gruppen einbezogen werden müssen. Und zweitens sollte man sich auch mal überlegen, ob es nicht notwendig wäre, die Fachgruppe Forst zu bündeln und anstelle der jetzigen Fachgruppe Forstbeamte und -angestellte eine gemeinsame Fachgruppe „Forst“ zu installieren, in die Arbeiter, Angestellte und Beamten einbezogen sind.

Ulf Finke

Wir haben uns zwar von dem hochtrabenden oder einengenden Begriff "wir sind die Umweltgewerkschaft" getrennt, aber wir sind der Meinung, wir sind eine grüne Gewerkschaft. Immer noch in Richtung Fusion sprechen wir davon, die grüne Säule in der neu zu bildenden Gewerkschaft aufrecht zu erhalten. Das heißt also, wir erheben Anspruch auf eine bestimmte Tätigkeit und auf einen bestimmten Ausdruck dessen, was wir verkörpern. Und da kommt es mir ein bißchen merkwürdig vor, wenn wir dann sagen, aus Personalgründen können wir in der Hauptverwaltung keine Arbeitsgruppe oder keinen Arbeitskreis „Umwelt“ installieren, der übergreifend für die Gesamtgewerkschaft initiiert.

Es gibt eine ganze Reihe, das haben wir gehört, guter Beispiele vor Ort. Es gibt in den Bezirken, es gibt in den Ländern und es gibt auch kleine Gruppen, die ganz intensiv arbeiten. Wichtig ist doch eigentlich, daß wir uns a) als Gewerkschaft nicht richtig darstellen in der Öffentlichkeit. Wenn wir schon sagen wir sind die grüne Gewerkschaft, dann müssen wir viel stärker als bisher Stellung beziehen. Und Stellung beziehen auch aus zwei Gründen. Einmal, um für jedes unserer Mitglieder deutlich zu machen, was wir wollen, selbst eben auch für die, die noch nicht so gerne mitziehen. Wir müssen uns aber auch - als mögliche Partner - (ich komme wieder auf die Kooperation zurück) anbieten als profunde Kenner der Thematik. Und auf der anderen Seite sollte man vielleicht auch mal überlegen, ob man nicht sogar schon vor Ort versucht, in den Schulen wirksam zu werden, um dazu beizutragen, den Umweltgedanken zu verbreiten. Wir schlagen da zwei Fliegen mit einer Klappe: Einmal bringen wir unserer Jugend den Umweltgedanken nahe, auf der anderen Seite werben wir nämlich für uns als e i n Träger dieses Umweltgedankens für die Gewerkschaft GLF.

Prof. Dr. Peter Sauer

Vielen Dank für Deinen Beitrag. Ich habe ein bißchen Probleme jetzt, zum dritten Punkt zu gehen. Was kann die GGLF speziell tun? Als ich gestern versucht habe, diese Ergebnisse einigerma-

ßen plakativ zu erfassen, ist mir eigentlich relativ wenig eingefallen zu dem, was so ganz konkret da stand, was gemacht werden könnte. Jetzt ist ja vielmehr gesagt worden. Wenn ich hier sehe, was jetzt insgesamt da an die Wand gepinnt steht, dann könnte man sehr viel tun. (Mal in Klammern: wenn man die Ressourcen hätte, usw.) Ich lese es der Vollständigkeit halber vor:

Es wurde einmal gesagt,

- Wir wollen von unserer Gewerkschaft hören, wie wir uns verhalten sollen!
- Plakative Namensänderung.
- Aufbau eines gewerkschaftlichen Informationssystems.
- Arbeitskreis Umweltpolitik schaffen und beleben.
- Regionale Konferenzen mit der IG BSE.
- Einleitung eines strukturellen Wandels zugunsten der Menschen im ländlichen Raum, diesen nicht nur auf Arbeitnehmer beschränken, sondern Zielgebiet ist der ländliche Raum.

So, das war nochmal der kurze Mitschnitt sozusagen. Blitzlichter aus den Diskussionen, ich glaube, es ergänzt das, was wir hier schon auf den Tafeln haben.

Kerstin Murken

Ich möchte gerne nochmal das aufgreifen, was Bernd Schütt gestern gesagt und vorgestellt hat, daß wir uns nämlich Gedanken machen beim Einsatz unserer Arbeitsstoffe, unserer Werkstoffe, was damit hinterher passiert, und ob Arbeitnehmer auch die Möglichkeit haben, Einfluß darauf zu nehmen. Gerade im gartenbaulichen Bereich, im gesamten Bereich des Garten- und Landschaftsbau, im Bereich der Baumschulen, besonders auch der Floristik, für den landwirtschaftlichen und den forstlichen Bereich, haben wir hier eine ganz, ganz große Aufgabe. Gerade der Gartenbau hat hier eine zentrale Aufgabe.

Was jetzt - erfreulicherweise - auch an der Tafel steht, ist, daß wir uns Gedanken machen, wie wir uns den ländlichen Raum in Zukunft vorstellen, daß wir uns Gedanken machen, wie wir Regionalpolitik und Raumplanung auf regionaler Ebene durchsetzen können, und welche Bereiche wir bedenken müssen im Zusammenhang zum Beispiel mit dem zweiten Arbeitsmarkt. Bedenken müssen wir aber auch, wie wir diesen ganzen gesellschaftlichen Umbau, der im Moment passiert, ganz katastrophal passiert in den östlichen Bundesländern, wie wir damit umgehen. Und: Genau so, wie wir mit dem ländlichen Raum in den alten Bundesländern umgehen, gibt es auch im Westen Regionen, die völlig abgeschnitten sind von jeglicher wirtschaftlicher Entwicklung, wie zum Beispiel das Wendland. Da hat die GGLF die Aufgabe, sich einzuschalten.

Prof. Dr. Peter Sauer

Kerstin, vielen Dank. Darf ich mal aus meiner Profession etwas dazu sagen? Ich habe vor einem Jahr eine Untersuchung gemacht über Sozialarbeit im ländlichen Bereich, weil die Fachhochschulen sich nicht mit dem Thema beschäftigen. Ich war ganz erstaunt, daß es darüber gar nichts gibt. Ich hätte daraus entnehmen können, daß die Menschen im ländlichen Bereich alle glücklich sind, sehr alt werden, usw.

Dietrich Vahle

Wir dürfen auch eines nicht vergessen, wir kommen aus dem ländlichen Raum. Ein Großteil von uns arbeitet jedoch in der Stadt. Naturschutz hört nicht an der Stadtgrenze auf. Stichwort Stadtökologie und andere Dinge! Und die Gewerkschaft Bau - Steine - Erden arbeitet, glaube ich, meistens dort, wo nicht mehr der ländliche Raum ist, sondern in der Stadt, wo gebaut wird. Ich sage das jetzt mal ein bißchen provokativ. Wir sollten auch dort unsere Sichtweise soweit öffnen, daß wir sagen - wie eben im Naturschutzbereich oder in der Gesamtökologie -, es gibt keine Raumgrenze. Es gibt im Prinzip nur ein flächendeckendes Problem und auch einen flächendeckend anzusprechenden Kreis.

Die Kolleginnen und Kollegen, die in einem Stadtförstamt arbeiten oder die Landschaftsplanung machen, die arbeiten nämlich auch nicht in der „Traumfabrik Ländlicher Raum“.

Prof. Dr. Peter Sauer

Dietrich, vielen Dank.

Als ich am Freitag herkam hatte ich nicht erwartet, daß so viele, doch relativ konkrete Dinge hier am Ende auf der Tafel stehen würden ...

Dr. Bernd Schütt

Ich meine, als IG Bau haben wir ja mittlerweile enorm viel Aufträge hier gekriegt. Das hieße, daß wir die Mitglieder verdoppeln müssen und das Personal auch. Deswegen habe ich natürlich ein enormes Interesse daran - das sage ich mal für den Bereich Umweltschutz - daß sich auch tragfähige Strukturen in der GGLF entwickeln, mit denen wir als zukünftiger Partnerin auch arbeiten können. Ja, ich sage mal, ich will das mal auch so ganz deutlich formulieren: Diese Form von Selbstorganisation muß auch in der GGLF geleistet werden, damit sie sich sozusagen auch nahtlos integrieren kann. Das ist für mich eine ganz wichtige Voraussetzung. Deswegen meine ich, muß ich nochmal auf die Organisationsform hinweisen.

Es gibt natürlich immer diesen alten Spruch „wenn Du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis“. Und ich sage auch aus meiner 10-jährigen gewerkschaftlichen Erfahrung: Arbeitskreise bei Hauptvorständen, das ist auch wie eine Beerdigung erster Klasse. Ja, das ist eindeutig so.

Warum ist die GGLF die Umweltschutzgewerkschaft?

Wo liegt der qualitative Unterschied zu anderen Einzelgewerkschaften in Sachen Umwelt?

Welche Handlungsmöglichkeiten zeigt die GGLF auf betrieblicher, gewerklicher, regionaler und Landesebene?

Welche Schwerpunkte hat die GGLF in der nächsten Zeit in Sachen Umwelt umzusetzen?

Wie sollen diese Schwerpunkte und Inhalte umgesetzt werden?

VERKEHR IST ANSCHAUEN
UNSERER PRODUKTIONSWEISE

VERHEIDUNG IM REISEPRODUKTION

TATSÄCHLICHE WERKSTOFFEN
ALS KOSTENFAKTOR

ÜBERALL
GLEICHE UMWELTSTANDARDS

VORHANDENE SCHÜTTUNG
ERHALTEN UND AUSBAUEN

SINNVOLE STRASSEN UND
VERLAGERUNG AM DIE SEITE



Prof. Dr. Peter Sauer

ENBAU LAND- U. U. erenz

ERGEBNISSE von KONFERENZEN/TAGUNGEN MÜSSEN WEITERGEGEBEN WERDEN

ARBEITSPLÄTZE IM UMWELTSCHUTZ MÜSSEN DAUERHAFT ARBEITSPLÄTZE WERDEN (AUS AUS ABM) LOBBY ARBEIT

INTERESSENSICHERUNG
Rufen für gemeinsame Betrachtungsweise zulassen
GGLF muß viel stärker & nach außen Stellung beziehen

BETRIEBSVEREINIGUNG
ÖFFNUNG in Richtung neue Personenkreise
HOCHSCHULGRUPPEN VERWALTUNGEN neue Inhalte

BETRIEBSVEREINIGUNG
Anleitung
An und
Verwaltung
Umwelt
Verwaltung
Verwaltung

nicht unbedingt Maximalforderungen
Umweltverbünde übernehmen
Reformen: bilden stecken in Struktur
öffentl. Dienstes -> Dienstkritik
Bündnispartner in Wirtschaft und bei Manager suchen
Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden, Gewerkschaften und bei politischer

Anstesse von oben geben
Anleitung von Zielsetzungen

FÖRDERUNG PARTNER im DGB suchen
KOMPETENZ muß

ORGANISIERT werden

von Arbeitswelt generell (in hohe Verantwortung)

Umwelt AG, GGLF & Co.

THEMENORIENTIERTE Projektgruppen, Bereichsarbeit

Beratung von Einrichtungen (Förderung der Nachhaltigkeit)
Anleitung der Dienstleistungen (Zentrale, neue Dienste)
Rollen in Wirtschaft, um wirtschaftl. zu weitergehenden Zielen
Entwicklung von Projekten für Regierung

Angewandte Kooperation mit AG, Umweltkommission, Umweltverbünde
Schaffung von Arbeitsplätzen
Entwicklung von Kontakten zur Sozialpartnerschaft mit allen

Bündelung von Maßnahmen (Öffentlichkeit, Zusammenarbeit)
Trägerstruktur stärken

Erweiterung des Berufsstandes

Über neue Tätigkeiten, Qualifikation und Qualifikation, Qualifikation
Erweiterung zur Umwelt

Lobby-Arbeit (auch ohne Parteipolitik)

der große Bereich Sport als erster steigende Belastungen
Arbeitssituation in Landwirtschaft mehr gefährdet als in anderen Bereichen
wichtigste Umweltverbünde der Umweltverbünde der Landwirtschaft
die Meinung der Umweltverbünde der Landwirtschaft
Faktor auf
in der Umweltverbünde der Landwirtschaft
in der Umweltverbünde der Landwirtschaft

Kompetenz-Sektor zu anderen
Bewertungen
Gruppe ist gewerkschaftliche
Aufgabe
Organisationsstruktur der Umweltverbünde der Landwirtschaft
nicht mehr relevant und die Umweltverbünde der Landwirtschaft
nicht mehr relevant und die Umweltverbünde der Landwirtschaft
welche Erfahrungen haben andere
Gewerkschaften gemacht?
GGLF-Aufgaben nach der AG in der Umweltverbünde der Landwirtschaft
GGLF-KANN von ORT
BILDUNG beibehalten

GGLF hat mehr funktionale Kompetenz
GGLF in AUSSCHÜSSEN EINGEFÜHRT
GGLF-Mitglieder haben MEHR ZUGANG ZUM UMWELTSCHUTZ/ UMWELTPROBLEMEN

Wir haben mit der Umweltverbünde der Landwirtschaft
Schritt gemacht, wir sind weiter
proaktive Kommunikation, Beratung
Aufbau eines gewerkschaftlichen Info-Systems
Zentralisiertes Umweltverbünde der Landwirtschaft
Regelung der Umweltverbünde der Landwirtschaft
Einleitung eines strukturellen Wandels
Regelung der Umweltverbünde der Landwirtschaft

Deswegen funktioniert tatsächlich nur die Strategie: unten Arbeitskreise und dann dazwischen teamorientierte Projektgruppen, die die fachliche Kompetenz zeitlich befristet bündeln. Man muß nämlich auch sehen, daß die Kollegen und Kolleginnen mit Kompetenz auch extrem eingespannt sind in vielen, vielen Bereichen, und wir dürfen die nicht verschleißen. Wenn wir die einmal verschlissen haben, kriegen wir die nie wieder. Aber wir brauchen sie immer wieder. Deswegen bin ich für zeitlich befristete kleinere Projekte, die miteinander vernetzt werden, um eine Gesamtstrategie zu finden. Und aus diesem - sage ich mal - variablen System von Arbeit muß man entsprechende Strukturen schaffen, die auch immer wieder flexibel genug sind, um auf die tägliche Situation und auch auf neue Herausforderungen entsprechend zu reagieren.

Nutzt diese Zeit, bis aus zwei Gewerkschaften eine wird, Eure Strukturen so zu entwickeln, daß sie auch überlebensfähig sind. Das ist für mich ganz wichtig, ich habe daran Interesse.

Prof. Dr. Peter Sauer

Vielen Dank ...

Ich denke, es sind hier so 7, 8, 9 Punkte in den unterschiedlichsten Facetten, die wir hier insgesamt zusammengetragen haben. Es sind einmal Punkte, die auf mehr abzielen auf

1. längerfristige Konzeptionen:

- Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes
- Änderung von bestimmten politischen Rahmenstrukturen,

also etwas, was sicher auch über die Möglichkeit einer Einzelgewerkschaft weit hinausgeht und was sicher nicht kurzfristig erreichbar ist. Diese Dinge, eher

2. kurzfristiger Art

Die betreffen einmal in einem sehr starken Umfang Kooperationsmöglichkeiten in den unterschiedlichsten Formen.

- Kooperationsmöglichkeiten zur Wissenschaft,
- Kooperationsmöglichkeiten zu anderen Gewerkschaften,
- Kooperationsmöglichkeiten zu Umweltverbänden,
- Kooperationsmöglichkeiten zu Arbeitgebern,
- Kooperationsmöglichkeiten zu Kammern.

Es wird auch ein weiterer Punkt, ein dritter Punkt thematisiert:

3. Öffentlichkeitsarbeit,

also das Hinausgehen aus der Gewerkschaft zur generellen Öffentlichkeit, aber auch zur Öffentlichkeit im Sinne der Beschäftigten in diesem Bereich, also Fachöffentlichkeit.

Es ist ein weiterer Punkt hier, der in einigen dieser Streifen erscheint,

4. die Berufssituation generell.

Die Frage der

- Schaffung neuer Qualitäten oder neuer Qualifikationen, neuer Inhalte
- Schaffung neuer Berufsbilder
- Nachwuchsförderung

Ein weiterer Punkt:

- auf die Produktseite einzuwirken: Was produzieren wir eigentlich, und was ist mit der Produktion an bestimmten Umweltschäden oder auch Gesundheitsschäden verbunden?

Weitere Punkte, der im engen Zusammenhang ist mit dieser Frage der Produktketten, der Produktseite, sind

5. die Arbeitsweisen,

die, jeweils durchgeführt werden müssen, die von Umwelt in den verschiedensten Formen betroffen:

- Schädigung des einzelnen,
- Verfahrensweisen,
- Abfallstoffe.

6. Die innere Struktur der Gewerkschaft

Was ist opportun zu tun?

- Arbeitskreis beim Hauptvorstand?
- Gezielte Arbeitskreise auf einer anderen Ebene?
- Wie kann das organisiert werden?
- Die Nutzung der Einrichtungen, der Strukturen des Förderwerkes, um bestimmte Inhalte zu transportieren.

Und schließlich ist mir noch ein letzter Punkt aufgefallen, die man als Überschrift wählen könnte, die Frage der

7. Tarifpolitik (auch im engeren Sinne)

8. betriebliche Vereinbarungen direkt vor Ort.

Ich denke, das sind so die Themenschwerpunkte, die hier irgendwo stehen, verstreut auf den Tafeln.

Ja, damit darf ich mich persönlich bedanken. Wir müssen Schluß machen. Ich glaube nicht, daß wir sämtliche Punkte heute morgen angesprochen haben, aber ich denke, irgendwann sollten auch Gewerkschafter sehen, daß sie noch ein Stückchen zu ihren Familien kommen und den Sonntag heiligen oder nutzen, ja? Vielen Dank.

Eva-Maria Pfeil

Alles, was hier vorne auf den Tafeln festgehalten wurde, das bedeutet ja sehr viel Arbeit. Da könnte man einen ganzen Bereich beschäftigen.

Aber, die Gewerkschaft wird getragen von ihren Mitgliedern Wir können unsere Wünsche und Forderungen nur verwirklichen, wenn Ihr alle Euch mit daran beteiligt.

Und ich bin froh, daß ich die Kollegin Doris Hantke als meine Mitarbeiterin habe, die mich auch hier bei der Vorbereitung dieser Umweltkonferenz mächtig unterstützt hat.

Und ich bin auch froh, daß Kollege Arnd Spahn in der Hauptverwaltung ist, der ja durch seine vorhergehende Tätigkeit sehr viele Erfahrungen in den Umweltbereich einbringt.

Und auch ein Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen, die bei der Vorbereitung hier im Hause mitgeholfen haben.

Und ich möchte auch sagen, daß allein das Transparent für unsere Umweltkonferenz in so viel liebevoller Kleinarbeit von Doris Hantke und Kerstin Murken erstellt wurde, daß ich auch schon deshalb hoffe, daß dieses nicht eine einmalige Verwendung findet, daß wir nämlich eine nächste Konferenz oder eine Fachtagung auch in Zukunft durchführen möchten, vielleicht dann auch unter einem anderen Namen.

Auch nochmal ein herzliches Dankeschön all denjenigen, die sich eingebracht haben bei der Podiumsdiskussion und auch bei der Abschlußmoderation.

Es war wichtig für uns, daß sich auch Kolleginnen und Kollegen aus anderen Gewerkschaften wie zum Beispiel aus der IG Chemie Papier Keramik, aus der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, von der IG Bau-Stein-Erden und auch vom DGB beteiligt haben.

Es war wichtig, daß wir auch einen Kollegen hatten, der alles aufgezeichnet hat, so daß es uns nach dieser Konferenz nicht schwerfallen dürfte, ein aufschlußreiches Protokoll anzufertigen. Wir werden Euch dieses dann auch zur Verfügung stellen. Wir werden dann nachlesen können, was hier beraten wurde.

Wir haben herausgearbeitet, daß die GGLF das Sprachrohr für die Umwelt im DGB sein muß und auch in der neuen Gewerkschaft.

Wir haben erfahren, daß es auch in unserer Gewerkschaft ganz unterschiedliche Haltungen zur

Umweltpolitik gibt. Da gibt es auch Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern liegt der Schwerpunkt unserer Arbeit auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik, das ist auch an der Beteiligung an dieser Konferenz zu erkennen.

In den alten Bundesländern ist es so, daß wir, also die Hauptamtlichen, oft gar nicht wissen, was wir alles für Kolleginnen und Kollegen haben und wo sie sich überall einbringen.

Für mich war es deshalb äußerst wichtig, daß ich hier viele kennengelernt habe und bei einigen nun weiß, wer sich hinter diesem oder jenem Namen verbirgt. Und ich glaube, daß wir durch diese Konferenz doch den Kontakt zueinander irgendwie enger gestalten werden.

Ich habe auch nachgedacht über diesen Arbeitskreis Umwelt und mit Hajo Wilms darüber gesprochen. Es steht dem eigentlich nichts im Wege. Aber wenn ich etwas mache, dann möchte ich das richtig machen und nicht irgendwie halb. Und ich habe da kein gutes Gefühl, weil ich denke, ich schaffe das nicht. Ich schaffe das nicht, das alles in Bewegung zu halten, was in meinem Aufgabengebiet liegt.

Ich würde es aber schaffen, wenn ich die Umweltkonferenz mit den Landesbezirksleitern und vielleicht auch mit den Bezirksleitern und Bezirksleiterinnen auswerte mit der Absicht, daß in den Ländern wieder Arbeitskreise Umwelt ins Leben gerufen werden.

Ich freue mich, daß so viele Kolleginnen und Kollegen hier ihre Bereitschaft dazu erklärt haben, auf diesem oder jenem Sachgebiet mitzuwirken.

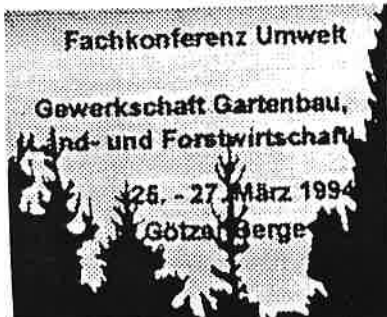
Ob es sich um den Waldschadensbericht handelt oder um das Bodenschutzgesetz oder um die Luftreinhalteung oder andere möglichen Probleme, dann werde ich auf Euch zurückgreifen können.

Ich möchte jetzt keine große Zusammenfassung vornehmen. Es kommt darauf an, daß Schlußfolgerungen oder Festlegungen getroffen werden für die zukünftige Arbeit, daß wir das vor Ort umsetzen und daß Ihr für mich in Zukunft die Ansprechpartner/Ansprechpartnerinnen sein werdet.

Ich möchte Euch dafür ganz herzlich danken und wünsche Euch eine gute Rückfahrt. Ich hoffe natürlich auch, daß Ihr das, was Ihr hier erlebt habt, auch zu Euren Kolleginnen und Kollegen weiterträgt, damit wäre uns innerhalb unserer Gewerkschaft außerordentlich gedient.

Schönen Dank und auf Wiedersehen!





**Gewerkschaft Gartenbau, Umweltpolitik
Land- und Forstwirtschaft Forstpolitik
Hauptverwaltung**

**Druseltalstr. 51 0561/9379-130 (Tel. Eva-Maria Pfeil)
34131 Kassel 0561/9379-131 (Tel. Doris Hantke)
Postfach 410180 0561/9379-0 (Telefon zentral)
34063 Kassel 0561/9379-220 (Telefax)
99630 (Telex)**



Resolution

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachkonferenz Umwelt der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) vom 25. - 27. März 1994 in Götzer Berge / Brandenburg sprechen sich entschieden aus gegen den geplanten Ausbau der Havel zur Großschiffahrtsstraße (Projekt 17 der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit).

Die beabsichtigte Baumaßnahme führt zur Zerstörung einer in Mitteleuropa einzigartigen eiszeitlich geprägten Flußlandschaft mit zahlreichen zum Teil hochgradig gefährdeten bzw. vom Aussterben bedrohten Tier- und Pflanzenarten. Die hohe ökologische Wertigkeit dieses Gewässerökosystems kann auch durch die projektierten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in keiner Weise wieder hergestellt werden.

Im übrigen gefährden die Ausbaupläne nicht nur direkt das Gewässerökosystem der Havel, sie gefährden den gesamten Wasserhaushalt des Umlandes mit seinen zahlreichen teilweise naturschutzrechtlich geschützten Feuchtgebieten, die große Bedeutung haben für den internationalen Vogelzug und nicht zuletzt auch für den erholungssuchenden Menschen.

Da der wirtschaftliche Vorteil dieser Baumaßnahme mehr als fragwürdig ist, kann auch aus der Sicht einer an der Sicherung von Arbeitsplätzen interessierten Gewerkschaft kein übergeordnetes Gemeinwohl erkannt werden, das diesen gigantischen Natureingriff rechtfertigen könnte.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die zuständige Fachverwaltung anzuweisen, sämtliche Ausbauplanungen sofort einzustellen und die für dieses Projekt bereitgestellten Finanzmittel in ökologisch sinnvolle Strukturmaßnahmen zu investieren!

**Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer
der Fachkonferenz Umwelt
Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft**

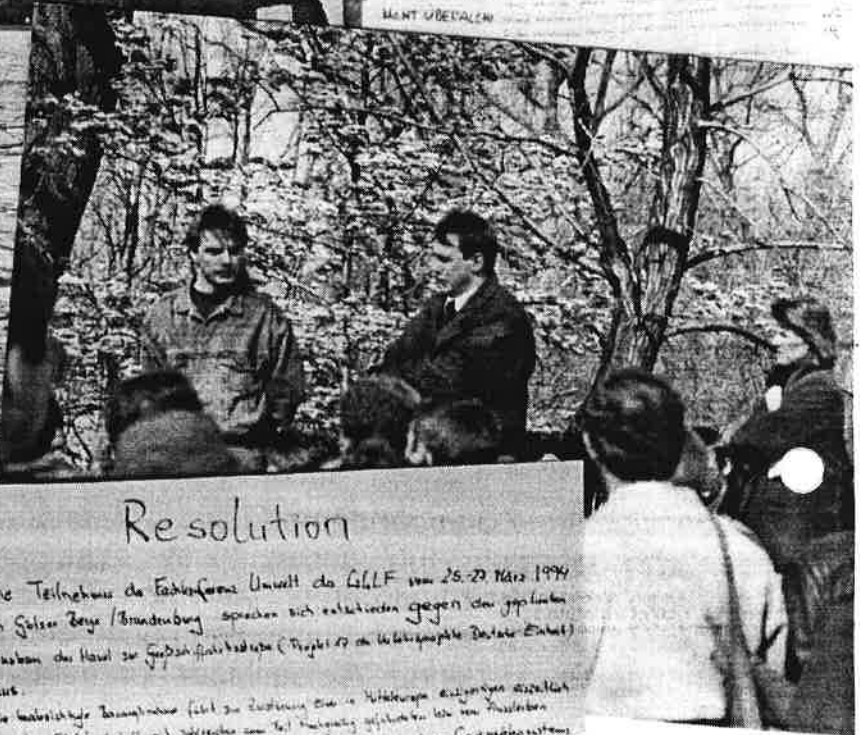
Eva-Maria Pfeil

**Eva-Maria Pfeil
Stellv. Vorsitzende der GGLF**

Fachkonferenzen



LOKALE UND PRODUKTIONEN
NUTZUNG
 IMAGINATION - VON
 GEGENWÄRTIG
 DER BEDÜRFTEN
 INDUSTRIELLE
 NACHT ÜBERWÄLTIGT



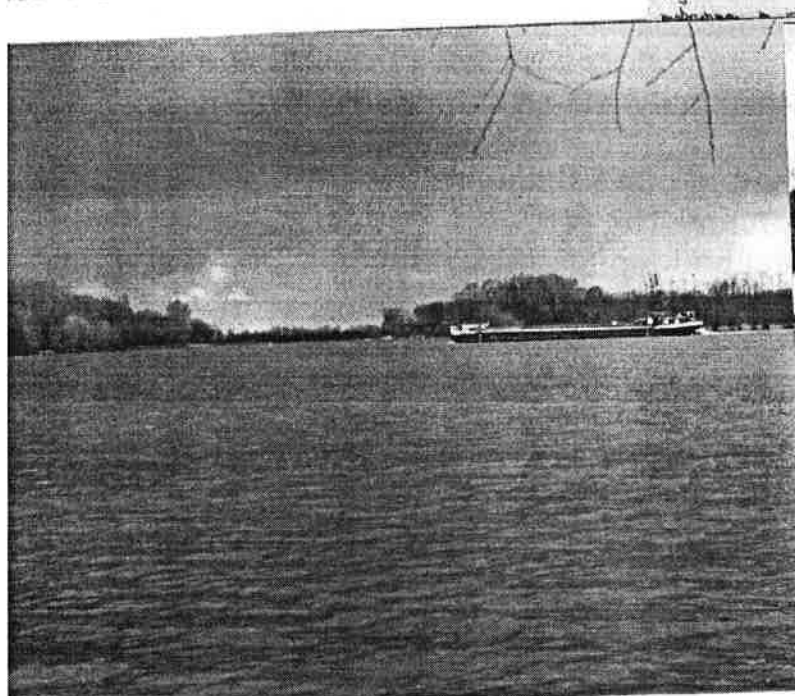
Resolution

Die Teilnehmer der Fachkonferenz Umwelt der GILF vom 25.-29. März 1994 in Gelsenberg/Brandenburg sprechen sich einmütig gegen den geplanten Ausbau der Havel zur Großschifffahrtskammer (Projekt 22 der Wasserbauplanke Berlin) aus.

Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung führt zu Verschmutzung durch Düngemittel, Pestizide und anderen Schadstoffen, die in die Havel gelangen. Diese Verschmutzung ist eine Bedrohung für die Gesundheit der Menschen, die die Havel als Trinkwasserquelle nutzen. Die Havel ist ein wichtiger Bestandteil des Ökosystems und hat eine hohe kulturelle Bedeutung. Der geplante Ausbau der Havel zur Großschifffahrtskammer würde die Umwelt verschmutzen und die Gesundheit der Menschen gefährden.

Die Teilnehmer der Fachkonferenz fordern die Bundesregierung auf, den Ausbau der Havel zur Großschifffahrtskammer zu stoppen und die Havel als Trinkwasserquelle zu erhalten. Sie fordern auch, dass die Bundesregierung die Havel als Nationalpark ausweist und die Havel als wichtiges Kulturgut anerkennt.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die landwirtschaftliche Bewirtschaftung zu stoppen und die Havel als Trinkwasserquelle zu erhalten. Wir fordern auch, dass die Bundesregierung die Havel als Nationalpark ausweist und die Havel als wichtiges Kulturgut anerkennt.



Teilnehmende Fachkonferenz Umwelt der GGLF vom 25. März bis 27. März 1994 in Götzer Berge

Podium

Wolfgang Florack	Bundesfachgruppe Forstbeamte u. -angestellte der GGLF
Friedrich-Wilhelm Georg	Geschäftsführer Naturschutzzentrum Hessen
Dr. Dietmar Edler	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
Bernd Heins	Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik
Edgar Gärtner	Ökologe, Kommunikationsberater, Leitender Redakteur des WWF-Journals
Dr. Harald Streitz	Mitglied der Bundesfachgruppe Forstbeamte und -angestellte der GGLF
Dr. Matthias Freude	Leiter der Landesanstalt für Großschutzgebiete im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung
Dr. Bernd Schütt	Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden
Wilhelm Bode	Landesbeauftragter für Klimaschutz und ökologische Wirtschaftspolitik im Saarland

Eröffnungsreferate

Eva-Maria Pfeil	Stellv. Vorsitzende der GGLF (Forstpolitik und Umweltpolitik)
Hans-Joachim Wilms	Vorsitzender der GGLF (Agrarpolitik und Europa)
Dr. Bernd Schütt	Gewerkschaft IG BSE / Abt. Bundesvorsitzender (Grundsatzfragen)

Arbeitsgruppe 1 und 2 „Umwelt und Arbeit und Geld“

Hans Hübner	GGLF-Hauptvorstand und - Berufsbildungsausschuß
Edgar Gärtner	Ökologe, Kommunikationsberater, Leitender Redakteur des WWF-Journals
Dr. Monika Glapski	IG BSE-Umweltbüro Berlin
Gudrun Herlitz	Förderwerk Götzer-Berge
Ulf Finke	GGLF-Hauptvorstand, GGLF-Thüringen LB-Vorsitzender
Dr. Jürgen Hoffmann	IG BSE-Umweltbüro Leipzig
Dorothea von Saucken	
Bodo Herr	
Winfried Wehrhan	
Ralf Haenel	
Gunther Kietze	
Reinhard Bechmann	
Ulrich Mühlenradt	
Rüdiger Jankó	
Gabriele Beier	
Olaf Zeuschner	
Dr. Sabine Kryszon	
Michael Schwarz	
Stefan Götz	
Bernd Budde	
Robert Göller	
Guillaume Krause	
Friedrich-Wilhelm Georg	

Arbeitsgruppe 3 „Umwelt und Wissenschaft“

Arnd Spahn	Persönlicher Referent des Vorsitzenden der GGLF
Dr. Hans Jürgen Reents	Koordinator für ökologischen Land- und Gartenbau TUM - Weihenstephan
Dr. Heiderose Jeschke	
Burkhard Voigt	
Johannes von Bebbler	
Siegfried de Vries	
Wolfgang Berges	
Dr. Jürgen Hoffmann	

Arbeitsgruppe 4 „Umwelt und Struktur- und Standortpolitik“

Kerstin Murken	GGLF-Mitglied Niedersachsen
Dr. Bernd Schütt	Gewerkschaft IG BSE
Dr. Harald Streltz	Mitglied der Bundesfachgr. Forstbeamte u. -angestellte der GGLF
Armin Amrehn	
Walter Krögner	
Erwin Lang	
Jörn Förster	
Ilona Quathamer	
Albert Hasenbein	
Bodo Remus	
Beate Schmücker	
Kai Hofstetter	
Peter Sauer	
Dietrich Vahle	

Arbeitsgruppe 5 „Umwelt planen und gestalten“

Thomas Hentschel	Geschäftsführer Förderwerk Götzer Berge
Reiner Meister	DGB-Bundesvorstand
Karin Enders	IG-BSE-Umweltbüro Leipzig
Jürgen Schunk	
Frithjof Zimmermann	
Botho Demant	
Cornelius Ziegenhagen	
Jan Birk	
Thorsten Kruse	
Marion Brüns	
Heike Sievers	
Gerd Schürmann	
Heike Peter	
Frank Michael Jäger	
Eicke Granitzky	
Gabriele Thiering	
Daniela Hausmann	

**Lichtbildervortrag „Gewässer - Abwasser, Landschaft
Kosten und Möglichkeiten für Berufsangehörige des Agrarbereiches**

Ewald Müller	GGLF LB Niedersachsen
--------------	-----------------------

Abschlußmoderation

Prof. Dr. Peter Sauer	evang. Fachhochschule Sozialpädagogik Berlin, selbständig
-----------------------	---